



- Militärethik – international (Teil 2)
- Arabischer Frühling – Medientagung des CV
- XXV. Forum KAD
- Neuer koptischer Papst (Teil 2)
- Katholischer Medienpreis 2012
- Eugenio Pacelli – Leben und Wirken bis 1939 (Teil 2)

EDITORIAL 3

SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN 4

PRESSEMITTEILUNG DER GKS ZUR VERLÄNGERUNG DES
AFGHANISTAN-MANDATES 5

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

AMI Tagung in Belgien
von *Christoph Auer* 6

Militäretik Finnland
von *Dieter Ponsold* 7

Militäretik USA
von *Christoph Auer* 9

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Arabischer Frühling (CV-Medientagung)
von *Bertram Bastian* 11

Jemen – der Sonderweg
von *Said AlDailami* 15

Neuer koptischer Papst (Teil 2)
von *Dieter Kilian* 18

Patriarch von Alexandria krank
von *Dieter Kilian* 22

Das Zeichen des Kreuzes
von *Andreas M. Rauch* 23

Juden und Christen heute
von *Andreas M. Rauch* 24

BILD DES SOLDATEN

Nach dem Arbeitsleben
von *Fritz Mahn* 26

RELIGION UND GESELLSCHAFT

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands
XXV. Forum und Mitgliederversammlung
von *Bertram Bastian* 27

Impulsreferate beim Gesprächsprozess
Bischof Overbeck, Bischof Bode 28

Herbstvollversammlung ZdK
von *Joachim Lensch* 32

Die Herzen der Menschen berühren
Katholischer Medienpreis 2012
von *Bertram Bastian* 35

BLICK IN DIE GESCHICHTE

Leben und Wirken von E.Pacelli (Teil 2)
von *Philipp Weber* 37

KIRCHE UNTER SOLDATEN

In der „Kirche unter Soldaten zuhause“
Walter Wakenhut wurde 70
von *Carl-H. Pierk* 41

Einweihung der Pater Rupert Kapelle
Pressestelle GebJgBrig 23 42

Der Heilige Sebastian
von *Andreas M. Rauch* 43

Herbstbesprechung der AKS
von *Rainer Zink* 45

AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

GKS KREIS AUGUSTDORF

Kontrastreiches Programm 48

GKS-BEREICH WEST

Reales Familienleben versus virtuelles Leben . . 48

KURZ BERICHTET: 10, 21, 36, 40, 47, 50

TERMINE: 51

IMPRESSUM: 52

Redaktionsschluss für
AUFTRAG 289
Freitag, 25.01.2013

Titelbild: Der Vorsitzende der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Rottenburg-Stuttgart Dr. Gebhard Fürst, mit den Preisträgern (von links: für Elektronische Medien: Hauke Wendler und Carsten Rau vom NDR, rechts neben Bischof Fürst der Preisträger für Printmedien: Wolfgang Bauer vom Magazin NIDO)

editorial:



Finnland und den Vereinigten Staaten von Amerika fort. Dieter Kilian stellt den neuen koptischen Papst vor, der kürzlich gewählt wurde.

Von der Medientagung des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studenten (CV) wird berichtet ebenso wie von dem XXV. Forum und der Mitgliederversammlung der Katholischen Akademikerarbeit, der die GKS angehört. Zusammen mit dem Bericht von Joachim Lensch über die Herbstvollversammlung des ZdK bekommen Sie einen guten Einblick in das „Katholische Deutschland“.

Der Gesprächsprozess ist mit einem Wochenende in Hannover fortgesetzt worden. Bei der Auswertung in verschiedenen Verbänden, an denen die Redaktion teilnahm, wurde festgestellt, dass wenig vom Gesprächsprozess einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Deshalb hat sich die Redaktion entschlossen, zwei Impulsreferate der Tagung in Hannover abzdrukken, von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck aus Essen und von Bischof Dr. Franz-Josef Bode aus Osnabrück. Diese beiden Referate zeigen, dass erstens der Gesprächsprozess ernst genommen wird und zweitens, dass sich die Bischöfe den Problematiken durchaus bewusst sind.

Geschichtlich betrachtet, wird der Bericht über die Zeit von Eugenio Pacelli bis zu seiner Papstwahl 1939 abgeschlossen.

Anlässlich des 70. Geburtstages des Apostolischen Protonotars Militärgeneralvikar Walter Wakenhut schrieb Carl H. Pierk einen Bericht über den Seelsorger, der wie kein anderer die „Kirche unter Soldaten“ darstellt.

Für die bevorstehende Jahreszeit wünscht die Redaktion Ihnen besinnliche Tage, die Zeit und Gelegenheit geben, Kräfte zu sammeln, ein schönes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr alles Gute und Gottes reichen Segen, Ihr

J. Lensch

Liebe Leserschaft,

in der Vorweihnachtszeit herrscht gelegentlich Hektik. So auch in der Redaktion, die krankheitsbedingt das Septemberheft erst im November heraus brachte und gleichzeitig am Dezemberheft arbeitete. Die Redaktion wurde nach Erscheinen des Heftes 287 aufmerksam gemacht, dass Urheberrechte verletzt worden seien. Deshalb hat die Redaktion in der elektronischen Form auf der Web-Seite den Artikel auf den Seiten 43 bis 47 im AUFTRAG 287 aus dem Netz genommen. Wir bitten Sie um Beachtung dieser Maßnahme und weisen auf den Artikel von Prof. Thomas Hoppe im AUFTRAG 286 hin, der dort auf den Seiten 11 bis 17 die „responsibility to protect (R2P)“ beschrieben hat.

Interessante Themen erwarten sie in dieser Ausgabe. Der Internationale Sachausschuss setzt seine Reihe über die Militäretik in den anderen Nationen mit

„Ein Blick zurück – und nach vorn!“

Der Jahreswechsel ist immer wieder Anlass zum Innehalten, zum Bilanzziehen und um einen Ausblick zu wagen. Dies drängt sich auch in diesem Jahr auf, denn wir haben manches erreicht und weitere Herausforderungen liegen noch vor uns.

Auf das Erreichte können wir mit Stolz zurückblicken. Beim 98. Katholikentag in Mannheim ist es uns zusammen mit unseren Mitstreitern gelungen, ein sicherheitspolitisches Thema aus ethischer Perspektive betrachtet auf das Podium zu hieven. Die Frage nach dem Rückzug aus Afghanistan beschäftigt uns Soldaten im Alltag, denn die Rückverlegung des dort in zehn Jahren immer wieder aufgestockten Materials wird eine große Aufgabe. Der GKS ging es jedoch mehr um die Frage, wie ein verantworteter Rückzug aussehen mag. Schließlich war es das erklärte Ziel, das Land für die Afghanen lebenswerter zu machen als es vorher war.

Auch bei der Bundeskonferenz konnten inhaltliche Akzente gesetzt werden, die uns weiter beschäftigen werden. Die Bewertung aktueller Konflikte stellt immer die Frage nach der Verantwortung für das eigene Handeln oder eben Unterlassen. Die Konzeption der „Schutzverantwortung“ (responsibility to protect – kurz R2P) gewinnt dabei weiter an völkerrechtlicher Relevanz und setzt anerkannte Maßstäbe.

Wir müssen aber mit Blick nach vorn weiterhin die konkreten Fragestellungen aufgreifen, die zu unseren Kerninteressen gehören. Die aktuelle Diskussion um sogenannte „Kampfdrohnen“ ist so eine Frage. Hier ist es für uns wichtig, mit eigener Position anzutreten, um die öffentliche Debatte mitzutragen. Die Thematik ist nicht einfach, sind doch viele Aspekte zu berücksichtigen.

Es gibt Waffensysteme oder Kampfmittel, die wegen ihrer spezifischen Eigenschaften grundsätzlich abzulehnen sind. Streubomben und Landminen gehören zu dieser Gattung, die auch Jahrzehnte nach ihrem Einsatz eine unkontrollierbare Gefahr für die Zivilbevölkerung darstellen. Dieses Merkmal sehe ich bei unbemannten, bewaffneten Luftfahrzeugen nicht gegeben. Ich meine, es geht vielmehr um die



Frage, in welchem Gesamtrahmen dieses Waffensystem seine Fähigkeiten entwickelt. Genau in diese Diskussion um die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen sollten wir uns einbringen. Wie zuverlässig wird ein Ziel aufgeklärt und bei der Bekämpfung überwacht? Wie ist der Bediener in die Führungskette eingebunden und wo befindet er sich? Das sind nur einige der Fragen, die in diesem Zusammenhang zu betrachten sind. Manche sind noch nicht einmal neu, sondern stellen sich auch beim Waffeneinsatz von bemannten Luftfahrzeugen. Möglicherweise ist es die Gelegenheit, auch hier noch einmal genau hinzuschauen. Wenn wir

den Blick nach vorn richten, sollten wir dies tun!

Beim Blick nach vorn möchte ich schon jetzt auf die GKS-Akademie „Oberst Dr. Helmut Korn“ hinweisen, die vom 04. bis 08.11.13 wieder in Fulda stattfinden wird. Unseren Beitrag zur Vermittlung von Urteilsfähigkeit – auch in der obigen Frage – wollen wir bei dieser Veranstaltung vermitteln.

Zunächst aber wünsche ich uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

*Rüdiger Attermeyer, OTL
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*



Gemeinschaft Katholischer Soldaten zur Verlängerung des ISAF-Mandats in Afghanistan

Heute steht die Verlängerung der deutschen Teilnahme am ISAF-Mandat der Vereinten Nationen auf der Agenda des Deutschen Bundestages. Diese Verlängerung wird jetzt mit Blick auf den beabsichtigten Abschluss des militärischen Einsatzes Ende 2014 zu betrachten sein.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat den Einsatz in Afghanistan mit den Erklärungen

- „Der Friede ist möglich“ (2004),
- „Verantwortung übernehmen – moralisch handeln“ (2008) und zuletzt
- „Übergabe in Verantwortung“ (2012)

kritisch begleitet.

Alle Erklärungen sind im Volltext verfügbar unter:

<http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/index.php/erklaerungen-der-gks>

Insbesondere die jüngste Erklärung „Übergabe in Verantwortung“ stellt die Rahmenbedingungen dar, die auch für einen Rückzug aus Afghanistan gültig sind. Dabei ist es wichtig, die Verantwortung für die eigene Sicherheit schrittweise so an die afghanischen Organe zu übergeben, dass sich die Lebensverhältnisse für das afghanische Volk nachhaltig verbessern und nicht in einen Zustand vor dem Eingreifen zurückfallen. Dazu darf das internationale Engagement nicht mit dem Abzug der Streitkräfte beendet sein. Der Schwerpunkt der Unterstützung muss dann auf Felder wie Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur sowie Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei verlagert werden.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten ist davon überzeugt, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten auch weiterhin im Bewusstsein ihrer Verantwortung mit großer Ernsthaftigkeit debattieren, um diesen größten Friedenseinsatz unserer jüngsten Geschichte zu einem für alle Beteiligten erfolgreichen Abschluss zu führen.

Berlin, 13.12.2012

Rüdiger Attermeyer, OTL
Bundesvorsitzender der GKS

Apostolat Militaire International (AMI)

Jahrestagung des AMI 2012 in Retie, Belgien

VON CHRISTOPH AUER

Man hätte die berühmte Stecknadel fallen hören können, als Diakon Neil Galloway aus Großbritannien die letzten Sätze seines Beitrages sprach¹:

„Wer aber bleibt übrig, wenn das Orgelspiel aufhört, alle Gebete gesprochen und alle Kränze niedergelegt sind? Es sind vier Menschen, zwei davon in Uniform. Der erste im Rollstuhl, seine Verwundung für jedermann sichtbar. Er hat seine Jugend und seine Unversehrtheit der gerechten Sache geopfert. Wer kümmert sich um ihn? Der zweite steht aufrecht und wirkt stark und unversehrt mit seiner ordensgeschmückten Brust. Niemand sieht ihm seine psychischen und seelischen Wunden an. Wer kümmert sich um ihn, wenn ihn Alpträume plagen? Die anderen beiden Personen sind noch trauriger. Eine junge Witwe, die die Liebe ihres Lebens verloren hat. Ihr Mann ist im Sarg zurückgekommen. Wer hilft ihr in ihrer Trauer und der Rolle der alleinerziehenden Mutter, in die sie gestoßen wurde? An ihrer Hand ein kleines Mädchen. Ihr Vater kam nicht nach Hause und wird auch an Weihnachten nicht da sein. Er wird nicht zu ihrer Theateraufführung in der Schule kommen, er wird ihr nie mehr die Kummertränen von den Wangen küssen und er wird seine kleine Prinzessin nicht an den Traualtar führen. Und wer hilft ihr, wenn sie versucht ihre weinende Mutter zu trösten?“

Ich habe den Ruf gehört; das ist meine Aufgabe. Ich hatte die Ehre, lange Zeit als Offizier in der Royal Air Force mit herausragenden Männern und Frauen zusammenarbeiten zu dürfen. Es ist nun eine große Ehre für mich, ihnen und ihren Familien als ihr Seelsorger zu dienen.“

Neil Galloway hat vor seiner erst kürzlich erfolgten Weihe zum Diakon

25 Jahre lang als RAF flight sergeant in der Royal Air Force gedient, hat Einsätze im Irak und Afghanistan absolviert und den Zuhörern einen bewegenden Einblick in seinen Glauben und das Heranreifen des Entschlusses, den Soldatenberuf aufzugeben und stattdessen Diakon in der Militärseelsorge zu werden, gewährt.

Und damit sind wir mitten im Thema der diesjährigen Konferenz des Apostolat Militaire International (AMI) in Retie, Belgien. Unter dem Generalthema „The Christian Soldier in the Service of Just Peace. To live authentically according to the Word of God and to spread the gospel.“ ging es im Speziellen um das Gedenken an die Gefallenen, militärische Zeremonien der Trauerfeierlichkeiten und die Fragestellung, ob und wie der persönliche Glaube bei der Bewältigung von Angst und Furcht auf dem Gefechtsfeld hilft.

Diesem Thema stellten sich unter der Leitung des neuen Präsidenten des AMI, Herrn Generalmajor Norbert Sinn, Kommandeur der Militärakademie des Österreichischen Bundesheeres, Delegationen aus 12 Ländern von vier Kontinenten².

Dazu legte ein weiterer Vortragender, Brigadegeneral Arie Vermeij aus den Niederlanden, der aus seinen Erfahrungen als stellvertretender KpChef 1982 im Libanon, als Bataillonskommandeur 1998/99 bei SFOR und schließlich als stellvertretender Kommandeur des Regional Command South in Kandahar, Afghanistan berichtete. Er sprach von der Sinn-Suche der Soldaten, die im Einsatz nicht nur den Sonntagsgottesdienst, sondern auch Bibelabende besuchten, von der eigenen Nähe zu Gott, von den schwierigen Entscheidungen über Leben und Tod, vom Umgang mit verwundeten und gefallenen Kameraden. Aber auch von seinen Selbst-

zweifeln, ob seine Rollen als Christ und Soldat noch zusammenpassten. Und er thematisierte die Bibelstelle, die ihm Kraft gab: „Sie [die staatliche Gewalt] steht im Dienst Gottes und verlangt, dass du das Gute tust. Wenn du aber Böses tust, fürchte dich! Denn nicht ohne Grund trägt sie das Schwert. Sie steht im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der Böses tut.“³ Zusammenfassend stellte er für sich fest, dass ihm in den Phasen großer Anspannung und Belastung der persönliche Glaube und das Gebet Kraft gegeben hat. Und er wies darauf hin, dass gelebter Glaube von den Untergebenen sehr wohl registriert wurde.

Chaplain Wim Smit näherte sich in seinem Vortrag dem Thema über die Fragestellung, wie lange Traumatisierung durch gewaltsamen Tod anhalte und machte am Genozid an den Juden im 2. Weltkrieg klar, dass diese Nachwirkungen bis in die dritte Generation danach habe. Entscheidend allerdings war sein Fazit: er forderte ein Glaubensfundament, das weder Dogmen, noch eine vermeintliche Sinnhaftigkeit des Leidens in den Mittelpunkt stelle, sondern dem traumatisierten Leben die Hoffnung auf die Wiederauferstehung entgegensezte.

In anderen Sachvorträgen⁴ wurden weitere theoretische Grundlagen vermittelt, aber auch Einblicke in die bei der Bundeswehr gefundenen Formen und Zielsetzungen der Trauerfeierlichkeiten im Einsatzland, der Ankunft der Gefallenen in Deutschland, der Zentralen Trauerfeier und schließlich der Beisetzung in einem Ehrengrab der Bundeswehr gegeben.

Besondere Erwähnung verdient auch die Abhandlung von Oberst i.G. MMag. DDr. Phil. Andreas Stupka von der Österreichischen Verteidigungsakademie, in der die Typen des „Miles protector“, also dem Soldaten

1 Freie und sinngemäße Übersetzung. Im Original auf Englisch gehalten. Nachzulesen unter www.apostolat-militaire-international.com/latest-conference/My_witness_Deacon_Neil_Galloway.pdf

2 Belgien, Deutschland, Gambia, Großbritannien, Kenia, Niederlande, Nigeria, Österreich, Philippinen, Slowakei, Ungarn und Vereinigte Staaten von Amerika

3 Römerbrief, Kapitel 13, Vers 4 [und 1]

4 Alle Vorträge und Grußworte finden sich im Internetauftritt des AMI, siehe Fußnote 1

als Diener eines gerechten Friedens, dem (religiösen) Fanatiker und dem Söldner gegenüber gestellt wurden. Sie würden sich nicht nur durch ihre intrinsische Motivation, auch durch ihre Vorgehensweise, ihre Befürchtungen sowie die Kriterien des Erfolges und Misserfolges unterscheiden. Daraus ließen sich unmittelbar ihre Ängste, ihre Schwächen und damit ihre Bekämpfbarkeit ableiten.

Während der Konferenz haben die Delegationen aber auch den Kontakt mit der Öffentlichkeit gesucht und wir haben unsere Anliegen als Soldaten und Christen nach außen getragen. Schon der Eröffnungsgottesdienst, ein vom Erzbischof von Mecheln-Brüssel, zugleich katholischer Militärbischof von Belgien zelebriertes Pontifikalamt in der Kathedrale von Antwerpen wurde mit der dortigen Gemeinde gefeiert. Auch an allen anderen Tagen feierten wir die Eucharistie zusammen mit anderen Christen: zweimal mit der Gemeinde von Retie, einmal in der Militärakademie in Brüssel zusammen mit den dortigen Offizieranwärtern und abschließend in einem Pontifikalamt mit dem Apostolischen Nuntius in Belgien, Msgr. Giacinto Berloco mit der Gemeinde der Carolus Boromaeus Kirche in Antwerpen.

Aber auch im politischen Raum wurden wir wiederum von hohen Repräsentanten des Gastlandes, insbesondere von Belgischen General-

stabschef der Streitkräfte, General Van Caelenberge, vom ersten stv. Sprecher des Landesparlaments von Flandern, Carl Decaluwé in Brüssel, der Gouverneurin der Provinz Antwerpen, Cathy Berx und dem 2. Bürgermeister der Stadt Antwerpen Marc van Peel wahrgenommen. Dabei war uns klar, dass wir dies vor allem auch den hohen kirchlichen Würdenträgern unter uns zu verdanken hatten, welche die Delegationen ihrer Länder begleiteten und sich in die Konferenz einbrachten. Bischof Rotich aus Kenia, Bischof Rábek aus der Slowakei und Bischof Moth aus Großbritannien bereicherten unsere Konferenz und be- und geleiteten uns in unserem Handeln und Denken.

Welchen Fazit zieht man aber aus einer solchen Konferenz?

Zunächst ist der größte Wert das gesponnene und gepflegte Netzwerk und der Informationsaustausch. Bei vielen Mitgliedsländern führt der Weg zu den aktiven Laien (und das AMI wurde als ein Verband der Laien gegründet) über die Militärggeistlichen. Diese erfahren, wie in anderen Ländern die Laien in die Militärseelsorge eingebunden werden und die Laien lernen Organisationsformen kennen, die eine Weiterentwicklung in ihrem eigenen Land anstoßen und beflügeln können.

Dann muss man aber einräumen, dass die Konferenz sich zwar einig

war, dass der persönliche Glaube ein starkes Fundament für den verantwortungsvoll handelnden Soldaten ist. Aber schon in der Frage der angemessenen Form des Totengedenkens, bzw. des Heldengedenkens, wenn man den 2. Weltkrieg als Opfer Deutschlands und seiner Verbündeten erlebte, gibt es keine gemeinsame Meinung. Auch der Umgang mit den Opfern der Einsätze aus jüngeren Zeiten und dem Veteranengedenken zeigt über die Nationen und Kontinente hinweg historisch gewachsene Unterschiede. Insofern konnte es keine gemeinsame Erklärung zu den konkreten Ergebnissen dieser Konferenz geben.

Meines Erachtens ergibt sich aber für die Kreise und Gremien der GKS eine Frage, deren weitere Erörterung lohnt. „Wie kann uns unser Glaube im täglichen Dienst und im Einsatz Richtschnur und Hilfe sein?“ Das Gespräch darüber ist hilfreich und gibt Halt.

Und um das Thema endlich auf Deutsch zu nennen: Wenn wir durch unser Beispiel ein Glaubenszeugnis ablegen wollen und die Botschaft des Evangeliums verbreiten wollen, dann lasst uns unseren Glauben offen bekennen, geben wir unseren Kameraden Anknüpfungspunkte zum Gespräch, lasst uns die GKS an der Basis der Kreise so lebendig werden, dass man uns kennt und wir kein Dasein im Verborgenen führen. □

Internationaler Sachausschuss

Militäretik in Finnland

VON OLIVER PONSOLD¹

Bis zum heutigen Tag hat sich in Finnland die Wehrpflicht erhalten. Sie gehört zum Alltag. Nur jeder fünfte finnische Junge beantragt Ersatzdienst. Im Juli 2011 wurden 14.000 zum Dienst an der Waffe gerufen, darunter – freiwillig – 200 Frauen². Die Armee ist darauf aus-

gerichtet, sich im Kriegsfall durch Reservisten zu verzehnfachen³. Das entspräche einem Zehntel aller in Finnland lebenden Menschen. Mit militärischen Ambitionen in der Außenpolitik hat dies wenig zu tun. So sendete Finnland keine Soldaten in den Militäreinsatz in Libyen 2011,

die Beteiligung an ISAF ist mit 156 Soldaten eher symbolisch⁴. Finnland steht militärischen Bündnissen äußerst skeptisch gegenüber; ist bis heute nicht Mitglied der NATO. Zur Mitgliedschaft in der Nordic Defence Cooperation (NORDEFECO) wird im jährlichen finnischen Militärreport betont, dass es sich hier um eine reine militärische Kooperation, nicht

1 Major Oliver Ponsold ist Mitglied im Internationalen Sachausschuss

2 Cornelia H.E. Kiaupa: Onlineauftritt „Finnland on Line“ in einer

Kurzmeldung von Juli 2011

3 Wikimedia Foundation Inc.: Deutscher Auftritt der Wikipedia z.T. „Finnische Streitkräfte“

4 Wikimedia Foundation Inc.: Deutscher Auftritt der Wikipedia z.T. „ISAF“

um ein Militärbündnis, „not a defensive alliance“⁵, handelt. Die Militärpolitik in Finnland wird anhand von zwei Thesen untersucht und dargestellt.

Erste These:

Militäretik in Finnland, auf politischer Ebene und ebenso in den Köpfen der Bevölkerung, ist von einem tief verwurzelten Wunsch nach staatlicher Souveränität geprägt!

Für die These spricht die exponierte geostrategische Lage, dokumentiert in der Geschichte des Landes der letzten 1000 Jahre. Finnland feiert erst in Kürze seine hundertjährige Selbstständigkeit als Nation feiert! Die Jahrhunderte zuvor waren Land und Bevölkerung Spielball der lokalen Großmächte Schweden und Nowgorod, später Russland. Eine Nation, fremd bestimmt in Sprache und Kultur, unfreiwilliger Teilnehmer⁶ kriegerischer Auseinandersetzungen und Grenzziehungen auf finnischem Boden. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit nach 1917 verursachte die neu gegründete Sowjetunion innenpolitische und außenpolitische Instabilität. Die erneut gefühlte Ohnmacht manifestierte sich in den Gebietsansprüchen und dem nachfolgenden Einmarsch sowjetischer Soldaten trotz bestehendem Nichtangriffspakt und Resolution im Völkerbund. In der Nachkriegszeit war Finnland neutral, eine politische Herausforderung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Warschauer Pakt. Im bereits zitierten Militärreport heißt es: „in Finland, national defence concerns the entire country and all citizens“. Sind Militärpolitik, Einsätze und Krieg grundsätzlich ethisch vertretbar, wenn sie konsequent auf den Schutz der Bevölkerung und des Landes ausgerichtet sind? Die Achillesferse dieses Ansatzes liegt in der praktischen Ausübung der Gewalt

und damit einhergehender Kompromisse in der Wahl der Mittel.

Zweite These:

Ein militärischer Einsatz steht in der praktischen Umsetzung an der Schwelle der Unmoral

Die Nähe zum Abgrund der Unmoral zeigt sich am Beispiel Finnlands im Fortsetzungskrieg zur Rückeroberung sowjetisch besetzter finnischer Gebiete. Einerseits, von offizieller Seite betont, war Finnland 1939 kein Verbündeter Deutschlands, sondern ein gleichzeitig Krieg führender Staat. Vorherige Bemühungen, sich mit skandinavischen Nachbarn oder den Westalliierten zu verbünden, waren gescheitert. 300 Juden kämpften nun für ihr Vaterland in der finnischen Armee, teils Seite an Seite mit Waffen-SS-Verbänden⁷. Es wurde eine Feldsynagoge eingerichtet. Höhepunkt dieser Groteske war der Versuch, Salomon Klass und Leo Skurnik das deutsche Eisernes Kreuz zu verleihen, beide lehnten dankend ab⁸.

Andererseits wurde im Verborgenen das Einsatzkommando Finnland (EK) gegründet, um ideologisch und rassistisch minderwertige Individuen auszumerzen, unterstützt von einer rechtsextrem orientierten finnischen Staatspolizei⁹. Rund 100 Gefangenenlager betrieben die Deutschen zwischen 1941 und 1944 auf finnischem Boden. Der finnische Soldat, mehrheitlich konfessionell gebunden, dem militärischen Gehorsam und seinem Gewissen verpflichtet, dürfte es in dieser Zeit schwer gehabt haben, in der konkreten Situation zwischen Gut und Böse zu entscheiden. Die ethische Gesamtbewertung gleicht einem Drahtseilakt.

Der „gerechte Krieg“, lat. „bellum iustum“, engl. „Just War“, ist in der praktischen Umsetzung Mythos und Illusion. Nach den dramatischen

Erfahrungen im letzten Jahrhundert ordnete sich folgerichtig staatliche Souveränität im militärischen Aspekt einer weltumspannenden Völkergemeinschaft, dem Völkerrecht und einem grundsätzlichen Gewaltverbot unter¹⁰. Finnische Außenpolitik in der Nachkriegszeit war von einem festen Wunsch nach Frieden und Neutralität geprägt. Die erste blockübergreifende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fand in Helsinki statt. Nach Wegfall der Blöcke beteiligten sich dann Finnland und Russland an der „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) der NATO. Eine übernationale Heimat hat Finnland mit der EU gefunden. Es beteiligt sich im Rahmen gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik militärisch, stellt Soldaten für die EU Battlegroups.

Doch selbst in Einsätzen, völkerrechtlich legitimiert und mit Einsatzregeln (RoE) hinterlegt, lauert der moralische Abgrund. Professor Aki-Mauri Huhtinen, ehemals Dozent im Bereich Führungslehre der National Defence University in Helsinki, postuliert ein neues ethisches Dilemma für finnische Soldaten dieses Jahrhunderts hinsichtlich der zunehmenden Vermischung von Unterhaltung und Krieg¹¹. Filme und Spiele greifen auf die Erfahrungen der Kriege zurück, um Spannung durch die Illusion von Realität zu erzeugen. Umgekehrt wächst die Distanz der Soldaten zum realen Geschehen. Militärische Aufklärungsmittel und Waffen werden vom Heimatland ferngesteuert zur Wirkung gebracht. An der Steuerungskonsole wird die reale Welt virtuell dargestellt, kaum noch von Spielwelten unterscheidbar. Besonders kritisch sieht Professor Aki-Mauri Huhtinen in diesem Zusammenhang amerikanische Werbungsplattformen, die sich der Unterhaltungsindustrie bewusst bedienen. Die Militärpolitik der USA ist ein weiteres Themenfeld, welches einer genaueren Betrachtung lohnt. □

5 Defence Command Public Information Division 2011: The Finnish Defence Forces Annual Report 2010

6 „Finnische Soldaten machten den größten Teil der schwedischen Armeen aus“, Quelle: Wikimedia Foundation Inc.: Deutscher Auftritt der Wikipedia z.T. „Geschichte Finnlands“

7 Hannu Rautkallio: Cast into the Lion's Den: Finnish Jewish Soldiers in the Second World War

8 Onlineredaktion „Zweiter-Weltkrieg-Lexikon.de“, Abschnitt Auszeichnungen, Eisernes Kreuz und Ritterkreuz

9 Oula Silvennoinen: „Hemmelige Vaapenbrödre“ (Heimliche Waffenbrüder)

10 Charta der Vereinten Nationen, Artikel 2 Ziffer 4

11 Aki Huhtinen: The worlds of service: Military recruitment from reality to the virtual and back

Militäretik in den Vereinigten Staaten von Amerika

VON CHRISTOPH AUER¹

Die Welt erwartet von der westlichen Führungsnation, dass diese sich für den Frieden auf der Welt einsetzt und dabei in der Wahl ihrer Mittel ethischen Grundforderungen gerecht wird. Wie jeder Staat, erwarten auch die Vereinigten Staaten von Amerika, dass ihre Soldaten tapfer und situationsgerecht untadelig handeln. Beide Gruppen, der Amerikanische Staat als Gesamtheit, wie auch die Amerikanischen Streitkräfte sehen sich aber in der öffentlichen Meinung, zumindest aber in der veröffentlichten Meinung der Medien Vor- und Anwürfen ausgesetzt, die im Kern unmoralisches Handeln thematisieren.

Guantánamo, Abu Grey, gezielte Liquidationen mit Drohnen und ins Rampenlicht gezerrte Verfehlungen einzelner Soldaten sollen hier als Schlagworte dienen. Wie stehen die U.S.A. also zur Militäretik, zu den Postulaten, dass der Soldat tapfer aber auch klug, gerecht und besonnen zu handeln hat und der Staat sein Machtmonopol nur in den Grenzen des Internationalen Rechts und der engen moralischen Grenzen einer allgemeingültigen Friedensethik gebrauchen darf? Im Vordergrund dieses Artikels soll aber nicht die Frage nach dem Recht (oder der Pflicht) des Staates, Militär einzusetzen (*jus ad bellum*) stehen, sondern das rechtmäßige Verhalten der Soldaten (*jus in bello*), das aber sehr wohl Rückwirkungen auf den Einsatz insgesamt hat.

Die Kernfrage ist also: Was tun die Amerikanischen Streitkräfte, um ihre Soldaten zu ethisch untadeligem Verhalten zu befähigen und zu erziehen?

Um es vorwegzuschicken: das Thema der Überschrift sprengt jeden Rahmen. Bei einer ungefilterten Suche in google bringt „military ethics u.s.“ ungefähr 181 Millionen Treffer. Rückfragen bei Vertretern der Militärseelsorge in den Amerikanischen Streitkräften bringt hingegen eine einheitliche Antwort: „There is no single

source“, es gibt kein grundlegendes Basisdokument. Aber es gibt viele Grundlagenpapiere und Institutionen. Ähnlich wie bei der Militärseelsorge, die teilstreitkraftsweise verfasst und organisiert ist², unterhält jede Teilstreitkraft ihre eigene Bildungseinrichtung für Militäretik und erlässt auch die jeweiligen Vorschriften.

So wurde im Field Manual 6-2 (Army Leadership) im Oktober 2006 die Grundlagen für die Anforderungen an Army-Angehörige bezüglich ihres Charakters und ethischen Festigung gelegt. Aufgebaut auf einem Dreiklang SEIN – WISSEN – HANDLEN werden die grundlegenden Prinzipien, Konzepte und Ausbildungsinhalte für Leadership niedergelegt. Die acht Kernkompetenzen werden dabei gemäß der abgebildeten Graphik (Bild 1) miteinander verwoben.

An der U.S. Militärakademie in Westpoint werden diese Werte durch das Simon Center for Professional Military Ethic (SCPME) vermittelt. Daneben gibt es an dieser Militärakademie aber auch das R.E.A.L. Dieses Akronym, ein wohl gewolltes Apronym, das einen Gegenpol zur virtuellen Welt des Krieges mit videospiegelartig kontrollierten Wirkmitteln großer Distanz bildet, steht für „Respect, Ethics And Leadership“ (Bild 2). Es wurde von den Kadetten selbst gegründet und wird durch diese geführt. Die Zielsetzung ist ehrgeizig: „Förderung und Entwicklung der Fähigkeit zum kritischen Denken, moralischem Abwägen und wertebasierter Entschlussfassung durch Austausch mit anderen Studenten in ganz Amerika.“

Die Kadetten stellen sich also ganz bewusst in die Diskussion mit Gleichaltrigen ihres Intellekts um militärisches Denken und Handeln aus einem „zivilen“ Blickwinkel zu reflektieren.

Die U.S. Army vermittelt diese Werte über alle Dienstgrade hinweg im Center for Army Profession and Ethic (CAPE), die U.S. Navy unterhält mit ähnlicher Zielsetzung das Stockdale Center for Ethical Leadership.

Abschließend sollen nun die vermittelten Inhalte exemplarisch an einer (in toto sehr lesenswerten) Rede des Leiters der des Navy-Stockdale Centers an der Air Force Academy in Colorado Springs im November 2007, die noch nichts von ihrer Aktualität verloren hat, beleuchtet werden.

Dr. George R. Lucas jr. referierte vor dem Führernachwuchs der U.S. Luftwaffe über „Unangenehme Wahrheiten“³ und vertrat dabei insbesondere eine These: Noch nie in der Geschichte war dem einzelnen Soldaten so große Macht in die Hand gegeben. Und noch nie zuvor waren die Folgen von falschem Machtgebrauch, Macht-Missbrauch oder schlichten Ermessensfehlern so schwerwiegend und weitreichend. Während früher die Trennlinie zwischen dem Staatsrecht (*jus ad bellum*) und dem persönlichen Wohlverhalten im Kriege (*jus in bello*) klar gezogen war, so ist sie heute hoffnungslos unscharf und die beiden moralischen Betrachtungsweisen untrennbar verbunden⁴.

Denn in der Öffentlichkeit wird jedes Fehlverhalten einzelner Soldaten zum Anlaß genommen, die staatsrechtliche Rechtfertigung des zugrunde liegenden Militäreinsatzes in Zweifel zu ziehen.

Verantwortlich dafür sei nicht nur der „CNN-Effekt“ also die stete Teilhabe der Öffentlichkeit am militärischen Handeln. Viel entscheidender ist das stete Wechseln müssen des Soldaten zwischen seiner Rolle als

1 Oberstleutnant Christoph Auer ist Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses

2 siehe Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr, Forum 20, Religion within the Armed Forces, ISSN 0177-7599, Straussberg, 1998

3 20th Annual Joseph Reich, Sr. Memorial Lecture

U.S. Air Force Academy (Colorado Springs) November 7, 2007

“Inconvenient Truths” -Moral Challenges to Combat Leadership in the New Millennium-

G. R. Lucas U.S. Naval Academy (Annapolis)

4 Ebenda, Seite 27

militärischer Kämpfer und als „Peacekeeper“. Und in der Rolle des unparteiischen Friedenshüter werden weder Fehler, geschweige denn Fehlverhalten toleriert. „In unserer Antwort auf Terrorismus, in unseren Bemühungen einer geschundenen Bevölkerung Hilfe zu leisten, stehen und fallen wir als Soldaten und unsere ganze Nation steht und fällt mit den Handlungen von jedem einzelnen Soldaten. Hier gelten keine Entschuldigungen, gibt es keine Ausnahmen, keine Teppiche, unter die man Fehler oder Fehlverhalten kehren könnte.“⁵

Er machte seinen Zuhörern klar, dass der Soldat von heute im Zweifelsfall ein erhöhtes Risiko auf sich nehmen muss, um potentiellen Schaden für den Einsatz insgesamt zu vermeiden. Dies machte er am Beispiel des tragischen Ausgangs der „Operation Red Wing“⁶ klar. Als sich ein vierköpfiges SEAL-Team bei einer Talibanverfolgung entschied, drei Schäfer unbehelligt zu lassen, wussten sie noch nicht, dass diese ihnen eine Hundertschaft Insurgenten auf den Hals hetzten. Dabei kamen drei von vier um und die 16 zu ihrer Rettung eingesetzten Kameraden kamen beim Abschuss ihres Hubschraubers ebenfalls zu Tode. Dennoch war das Handeln des SEAL-Teams richtig. Die drei Schäfer vorsorglich zu erschießen, wäre nicht nur juristisch angreifbar, sondern auch moralisch verwerflich gewesen.

Auch wenn sich der einzig Überlebende in seinem Buch „Lone Survivor“⁷ die heftigsten Vorwürfe macht⁸, die drei Afghanen nicht getötet, und damit den Tod von 19 Kameraden mittelbar herbeigeführt zu haben, es wäre falsch und unrecht gewesen. Eine medienwirksame Darstellung als Gräueltat der ISAF an unbewaffneten Afghanen hätte einen kollektiven

Aufschrei der Empörung und massenhaften Zulauf zu den Taliban bewirkt.

Nicht von ungefähr hat der Grundsatz „assume additional risk to minimize potential harm“ Eingang in das Field Manual 3-24 der U.S. Army gefunden⁹. Dieses mit „Counterinsurgency“ (COIN) betitelte Standardwerk für die Bekämpfung Aufständischer trägt ganz deutlich die Handschrift von General Petraeus, der wohl wie kein anderer Kompetenz in dieser Materie besitzt. Sein Wirken als Oberbefehlshaber im Irak und in Afghanistan ist weithin bekannt. Dass dieser promovierte Wissenschaftler in seiner Doktorarbeit¹⁰ auch über

9 Field Manual 3-24, No. 7-30, Dec 2006

10 Petraeus, David H. (1987). The

den Algerienkrieg und die Fehler der Franzosen bei der Bekämpfung der Aufständischen geschrieben hat, gehört zu weniger bekannten Fakten¹¹. Auch wenn sein überraschender Rücktritt von seinem letzten öffentlichen Amt als Direktor der CIA einen gewissen Schatten auf sein bis dato makellofes Ansehen wirft: Würde jeder Soldat der U.S. Streitkräfte die in den beiden genannten Vorschriften niedergelegten Grundsätze beherzigen: die Vereinigten Staaten hätten nur untadelig handelnde Soldaten. □

American military and the lessons of Vietnam: a study of military influence and the use of force in the post-Vietnam era. Princeton, NJ: Princeton University. OCLC 20673428.

11 Siehe Fußnote 2, ebenda Seite 16

Kurznachrichten

Renovabis fordert mehr Solidarität mit Behinderten in Osteuropa

Das katholische Hilfswerk Renovabis ruft zu mehr Solidarität mit Behinderten in Osteuropa auf. Die Folgen der sozialistischen Behindertenpolitik seien in Rumänien, aber auch in anderen Teilen Osteuropas heute noch spürbar, sagte Caritasdirektor Andras Marton aus Alba Iulia beim bundesweiten Renovabis-Partnerschaftstreffen in Freising. Aus den Zeiten seiner Kindheit in Tirgu Mures, einer Stadt mit rund 150.000 Einwohnern in Siebenbürgen, könne er sich lediglich an eine Handvoll behinderter Menschen erinnern. „Die Menschen wurden systematisch an den Rand und aus der Gesellschaft gedrängt.“ Der Umgang mit Behinderten habe sich zwar heute verbes-

sert, so der rumänische Caritasdirektor. Dennoch werde es weitere 50 Jahre dauern, um die in 50 Jahren „sozialistischer Verdrängungspolitik“ gewachsenen Strukturen zu verändern. Beim Partnerschaftstreffen beschäftigten sich rund 140 Teilnehmer aus Pfarrgemeinden und katholischen oder kirchennahen Organisationen mit dem Thema der Renovabis-Pfingstaktion 2013, das die Situation Behinderter in Osteuropa in den Fokus stellt.

Der Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof unterstützt mit seiner Aktion Nachbarschaftshilfe in Zusammenarbeit mit Renovabis Projekte in Osteuropa. □

(KNA)

5 Ebenda, Seite 27 f

6 Siehe auch: Laura Blumenfeld in „The Sole Survivor“ Washington Post, Ausgabe vom 11. Juni 2007

7 Lone Survivor, Marcus Luttrell, 2007

8 It was the stupidest, most southern-fried, lamebrained decision I ever made in my life,” he writes in the book. “I must have been out of my mind. I had actually cast a vote which I knew could sign our death warrant. I’d turned into a f---ing liberal, a half-assed, no-logic nitwit, all heart, no brain, and the judgment of a jackrabbit.

Cartellverband der katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV)

Arabischer Frühling

Aufbruch zur Demokratie oder Weg ins Ungewisse?

VON BERTRAM BASTIAN

Von Freitag, den 2. November bis Sonntag, den 4. November hatte der Cartellverband der katholischen Deutschen Studentenverbindungen (CV) zu seiner diesjährigen Medientagung, die in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt wird, ins Kloster Banz eingeladen. Arabischer Frühling – die Revolutionen in den nordafrikanischen und arabischen Staaten wurden allenthalben als Errungenschaften auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen gefeiert. Inzwischen hat sich die Sicht der Dinge relativiert. Zwar hat sich die Lage im nördlichen Afrika weitestgehend beruhigt, ohne dass allerdings die zukünftige Entwicklung mit absoluter Sicherheit abzuschätzen wäre. Weiter östlich ist die Revolution in Syrien noch in vollem Gange und das mit einem ungewissen Ausgang. Dabei stehen die Fragezeichen nicht nur über der Zukunft Syriens. Der dortige Konflikt hat vielmehr in verschiedener Weise auf die Nachbarländer übergegriffen. Inwieweit er den Libanon und Jordanien infizieren wird, ist momentan noch ungewiss. Und auch, wer in den Kämpfen am Ende die Oberhand behalten wird. Würde sich der Grenzkonflikt zwischen Syrien und der Türkei im weiteren Verlauf noch ausweiten, könnte für die NATO schnell ein Bündnisfall werden. Und unabhängig von alledem schwelt der Konflikt zwischen Israel und Iran. Diese Lage wurde auf der Medientagung von Experten beleuchtet. Die Spannweite ging von einem Mitglied des syrischen Nationalrates bis hin zum Generalkonsul Israels, die ihre Sicht der Dinge den Teilnehmern darlegten und für Fragen zur Verfügung standen.

Freitagabend hielt das Mitglied des syrischen Nationalrates Ferhad Ahma¹ aus Berlin seinen Vortrag mit dem Titel: „Der arabische Frühling und der Westen – mit Fallbeispiel Syrien“.

Zu Beginn seines Vortrages machte Ferhad Ahma (Bild 1) klar, dass es keine einfachen Antworten gäbe. Der Staat Syrien habe seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich 1946 erst einmal Wahlen kennen gelernt, die demokratisch genannt werden könnten. Seit 1963 herrsche eine einzige Partei und seit 1970 die Familie Assad. Unter der Herrschaft von Hafiz al Assad, dem Vater des jetzigen Präsidenten, seien politische Angelegenheiten nicht in der Öffentlichkeit behandelt worden, führte Ahma aus, der sich im Selbstverständnis als Stimme der unterdrückten Syrer sieht. Dazu unterhalte er tägliche Kontakte nach Syrien, so dass er immer einen aktuellen Überblick habe. Diese Kontakte seien für ihn und seine Telefonpartner gefährlich, werde doch der Funkverkehr überwacht, was unter anderem dazu führte, dass er per-

sönlich im Dezember 2011 überfallen und zusammengeschlagen, ein Gerichtsverfahren sei anhängig und noch nicht entschieden. Seit dem 2. Februar 2011 gebe es diese quasi öffentliche Opposition gegen das Assad-

Regime, der ab September militarisiert sei. Leider seien die Oppositionellen aber uneins und es werde nur auf lokaler Basis geführt, eine große, zentralisierte Macht gäbe es nicht, was es dem Regime erleichtert, diese Kräfte



Das Mitglied des syrischen Nationalrates Ferhad Ahma (links) vor seinem Vortrag im Gespräch mit Wolfgang Braun (Pressesprecher CV, rechts) und Richard Weißkorn (Sekretär CV, Mitte)

Regime, führte der Redner aus. Zuerst Demonstrationen, welche ohne großes Publikum stattgefunden hätten, dann ab dem 16.03.2011 landesübergreifende Demonstrationen, die allmählich in den Aufstand übergegangen

als Terroristen abzustempeln und mit großer Waffengewalt zu bekämpfen. In Syrien selbst sei ein Übergang wegen der fast 30.000 Toten nicht mehr vorstellbar, denn das Regime habe sich selbst diskreditiert. Die Auswirkun-

¹ Der Syrer Ferhad Ahma lebt seit 1996 in Deutschland, ist in Berlin-Mitte für Bündnis 90/Die Grünen politisch aktiv und arbeitet als Übersetzer für deutsch-arabische Literatur

gen auf die Nachbarn nähmen zu, in der Türkei mit dem Flüchtlingsproblem, in Jordanien mit Anschlägen, so dass die gesamte Region ins Chaos abzusinken drohe. Leider sei auch im Westen kein Plan erkennbar, was man tun könne, wenn China und Russland ihr Veto zurückzögen. Dadurch fühlten sich die Syrer im Stich gelassen, führ-



Der Sprecher für Äußeres der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Thomas Silberhorn

te Ahma aus. Ein Weg wäre, die Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen den Parteien durch die Lieferung von Waffen, so dass die Syrer ihr Problem selbst lösen könnten. In der Zwischenzeit denken die verschiedenen Gruppierungen über die Zukunft Syriens nach. Er selbst, der in Berlin mitdiskutiert hatte, geht von einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren aus, bis Syrien eine Form geschaffen hätte, in der die Minderheiten – die in das Land gehörten – durch ein funktionierendes Rechtssystem geschützt würden. Da in dem Land eine Vielzahl von Minderheiten existiere, sei nicht zu befürchten, dass eine von diesen Übergewicht bekäme. Das positive Signal für die Zukunft Syriens sehe er in dem großen Zusammenhalt der Christen und Muslime sowohl im Süden des Landes als auch im Norden.

In der anschließenden Diskussion machte der Redner noch mal deutlich, dass die syrische Armee durch die Familie Assad beherrscht würde. Zwar gebe es einzelne Desertionen, aber das ganze Großverbände zu den Oppositionellen überlaufen würde, dies gäbe es nicht, so dass die Armee nach wie vor ein Machtfaktor des Regimes sei. Leider sei es auch auf Seiten der Rebellen schon zu Menschenrechts-

verletzungen gekommen, die aufgeklärt und geahndet werden müssten, führte Ahma aus. Einen Religionskrieg sähe er nicht, betonte der Redner, denn die Unterdrückung betraf das gesamte Volk. Dies sei auch der Grund, warum der Schutz von Minderheiten von Seiten der Regimegegner so betont würde. Dass es in Syrien seit der zwangsweisen Gründung schon acht Putsche gegeben hätte, sei richtig, erklärte Ferhad Ahma in der Diskussion, aber er verwahre sich, dass den Syrern die Demokratietauglichkeit einfach abgesprochen würde. Die demokratische Entwicklung sei auch in den westlichen Staaten eine längere Entwicklung gewesen, führte er als Beispiel aus. Die interessante Diskussion wurde anschließend im hauseigenen „Bierstübla“ fortgesetzt.

Am Samstagmorgen setzte der Sprecher der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag für Äußeres Thomas Silberhorn die Reihe der Vorträge fort. Sein Thema „Die westliche Außenpolitik und die arabisch-nordafrikanischen Staaten. Ein Rückblick auf den Umgang des Westens mit den innenpolitischen Entwicklungen dieser Länder.“ Ähnlich wie Ferhad Ahma am Vortag, betonte auch das Mitglied des Bundestages, dass der arabische Frühling der Beginn eines langen, steinigen Weges sei. Nicht die Sehnsucht der Völker der Region nach Demokratie habe diese Revolution ausgelöst, sondern der Bruch mit der Systemherrschaft sei das auslösende Moment gewesen, führte Silberhorn aus. Eine zweite Besonderheit sei die Tatsache, dass diese Entwicklung nicht von der Armee ausgegangen sei, sondern vom Volke selbst, das eine Verbesserung der alltäglichen Situation herbeiführen wolle. Ob der eingeschlagene Weg zum Pluralismus führen würde, könne man nicht mit absoluter Gewissheit sagen, schließlich habe die Religion in diesen Ländern einen anderen Stellenwert als im säkularisierten Europa. Die Herrscherhäuser seien durch die Religion, deren Oberhaupt sie darstellten, quasi „akkreditiert“. In jedem Land lägen die Dinge anders, führte der Sprecher der CSU-Landesgruppe aus. In Tunesien habe es seit 1956 starke säkulare Kräfte und

ein funktionierendes Zivilrecht gegeben, in Ägypten habe die Bevölkerung hohe Erwartungen an die Muslimbruderschaft, die sich um die alltäglichen Kleinigkeiten kümmere und in Libyen läge die Problematik unter anderem in der willkürlichen Grenzziehung durch die Kolonialmächte und die wirtschaftliche Unselbständigkeit der



Ulrich Pick, langjähriger ARD-Hörfunkkorrespondent in Teheran und Istanbul

einzelnen Stämme. Gemeinsam sollte sein, dass durch den Aufbau von funktionierenden Institutionen wie Verwaltung und Justiz die Grundlage für eine Umsetzung und Sicherung der Veränderungen gelegt würde, führte Silberhorn aus. Leider gäbe es in Europa kein einheitliches Vorgehen, da die Interessenlage der einzelnen Staaten in dieser Region unterschiedlich seien. Man gehe von Hilfe zur Selbsthilfe aus und agiere äußerst vorsichtig, um den Umschwung nicht zu diskreditieren.

Nach der Kaffeepause trug der langjährige ARD-Korrespondent in Teheran und Istanbul Ulrich Pick über den iranischen Frühling vor: „Der iranische Frühling und seine Niederschlagung – Was ist bis heute davon geblieben?“. Zu Beginn seines Vortrages stellte er fest, dass sowohl die Türkei als auch der Iran (früher Persien) sich nicht der „arabischen Welt“ zurechneten. Beide Staaten hätten eine große Vergangenheit und waren in ihren Epochen Weltmächte. Leider vergäßen dies heute auch viele westliche Politiker. Die „grüne Revolution“ habe nach der – mit hoher Wahrscheinlichkeit – manipulierten Präsidentschaftswahl 2009 begonnen und hätte sich bis Februar 2010 hingezogen. Der Wächterrat habe die Auszählung

der Wahlergebnisse nie wiederholt, was in den Augen der Bevölkerung für eine Manipulation spräche, führte Pick aus. Nach Februar 2010 sei die Opposition zwar verstummt, aber noch existent, wie die Ereignisse von Februar 2011 zeigten, als wiederum Demonstrationen aufflammten. Sofort seien die Führer der Opposition unter



*Monsignore Joachim Schroedel,
Seelsorger der deutschsprachigen
Gemeinde in Kairo*

Hausarrest gestellt worden. Als diese behaupteten, die „Arabellion“ sei die Fortführung der grünen Revolution von 2009, konterte der Präsident Ahmedinedschad sofort „die Arabellion sei die Weiterführung der iranischen Revolution von 1979“ um so die Meinungsführung zu seinen Gunsten zu übernehmen, so Pick weiter.

Zum Verhältnis Iran zu Syrien gäbe es die offizielle Darstellung aus Teheran, dass der Iran neutral sei und vermitteln wolle, wohingegen die syrische Opposition sage, der Iran unterstütze Assad und sein Regime. Tatsache ist, dass Iran mit modernster Technik unterstützt und Teile der Revolutionsgarde ebenfalls in Syrien in Gefangenschaft gingen. Iranische Kriegsschiffe seien durch den Suez-Kanal nach Tarsus verlegt worden, was nur mit Duldung der Muslimbruderschaft in Kairo gehen konnte. Somit seien die politischen Dinge wesentlich enger verflochten, als offizielle Stellen dies zugäben, referierte Pick. Gegen Ende seines Vortrages ging Ulrich Pick auf das iranische Atomprogramm ein. Dieses sei schon unter dem Schah 1967 mit einem Forschungsreaktor gestartet worden, somit keine Erfindung der iranischen

Revolution von 1979. Während des Iran – Irak Krieges wurde die Anlage in Buschehr durch Luftangriffe beschädigt, ab 1995 mit russischer Hilfe wieder aufgebaut und vollendet und ging 2011 erstmals ans Netz. Ahmedinedschad habe die Atompolitik zu einem Pfeiler seiner Politik gemacht und wisse sich in dieser Frage von der Bevölkerung unterstützt. Diene doch diese Politik zur Wiederherstellung der Großmacht Iran, so der Redner. Er gab zu bedenken, dass Iran im Gegensatz zu den Atommächten Indien und Pakistan, sowie der heimlichen Atommacht Israel den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben habe und sich so auf das verbrieftete Recht der Nutzung atomarer Energie berufe. Seit 2009 liefe eine zweite Anreicherungsanlage, allerdings unterirdisch in Fordo und somit weitgehend vor Luftangriffen geschützt. In der Diskussion schilderte Ulrich Pick, wie sehr die Bevölkerung unter den wirtschaftlichen Sanktionen litte, die verhängt wurden, nachdem sich Iran nicht den verschiedenen Resolutionen gebeugt hatte. Mehr und mehr gäben die einfachen Leute nicht mehr länger dem Ausland die Schuld an der wirtschaftlichen Notlage, sondern machten das Regime dafür verantwortlich. Da Ahmedinedschad in den nächsten Wahlen nicht mehr antreten darf, sei es spannend zu sehen, wer dann – mit Billigung der religiösen Führer – den Wahlkampf für sich entscheiden werde, beendete Pick die lebhafteste Diskussionsrunde.

Nachmittags hielt Dr. Irmgard Jehle, Wissenschaftliche Reiseleiterin, Autorin und Dozentin in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt Mittelmeer und Naher Osten, ihren Vortrag. Unter dem Titel „Erwartet der Westen vom Arabischen Frühling zuviel?“ stellte sie kulturelle und entwicklungsgeschichtliche Aspekte der nordafrikanisch-arabischen Welt vor. Auch in diesem Vortrag wurde deutlich, dass die Bezeichnung „arabische Revolution“ statt „arabischer Frühling“ geeigneter sei, die Entwicklung zu beschreiben. Wenn auch der Anfang einer „Diktatordämmerung“ gegeben sei, so seien die Ursachen der Unzufriedenheit nicht beseitigt. Eine teils sehr gut ausgebildete Ju-

gend finde keine Arbeit und sei so leichte Beute für Extremisten, führte die Dozentin aus. Anhand der Lagekarte stellte sie die Unterschiedlichkeit der politischen Systeme in dieser Region den Zuhörern vor und resümierte, dass in den feudalen Systemen die Auswirkungen der arabischen Revolution nicht so ausgeprägt seien



*Dr. Irmgard Jehle, Wissenschaftliche
Reiseleiterin, Autorin und Dozentin
in der Erwachsenenbildung mit
Schwerpunkt Mittelmeer und Naher
Osten*

als in den parlamentarischen Republiken mit Führungspersönlichkeiten an der Spitze. Dies könne auch mit den Repressalien zu tun haben, die in den feudalen Staaten stärker ausgeprägt seien, erklärte Dr. Jehle. Mit diesem Vortrag wurde deutlich, wie unterschiedlich die verschiedenen Entwicklungen in den einzelnen Staaten dieser Region sind, so dass die Einzelfallbetrachtung die einzige Möglichkeit darstellt, den Menschen in der betroffenen Region gerecht zu werden. Es wurde aber auch deutlich, dass nur die Hilfe zur Selbsthilfe diesen Völkern nützt, um ihren Platz in der Völkergemeinschaft zu finden.

Der Vortrag „Islam, Christentum und der Westen – welche Rolle spielt die Religion für die Zukunft der arabischen Welt“ von Msgr. Joachim Schroedel, dem Seelsorger der deutschsprachigen Gemeinde in Kairo, beendete die Vorträge für den Freitag. Msgr. Schroedel machte den Zuhörern deutlich, dass für den Muslim auch Äußerlichkeiten der Religionsausübung eine wichtige Rolle spielten. Es gebe keine „Privatsache Religion“ und so sei der Grundstein ge-

legt für Missverständnisse zwischen dem Christentum und dem Islam. Für Ägypten sei ein säkularer Staat keine Alternative, führte der in Kairo tätige Geistliche aus. Dass so kurz nach dem Regierungsantritt des Präsidenten in Kairo noch keine spürbare Besserung eingetreten sei, wäre nicht verwunderlich, schließlich war Mursi noch Ende Januar inhaftiert. Nach seiner Einschätzung müsste innerhalb der nächsten sechs Monate eine Verän-

Der Generalkonsul betonte, dass es ihm wichtig gewesen sei, diesen Vortrag zu halten, denn die Demokratien seien in der Minderheit auf der Welt und Demokratie sowie die diese stützenden Werte müssten immer wieder neu „erstritten“ werden. Dies gelte es auch bei der Entwicklung in der arabischen Welt zu beachten und zu unterstützen. Die Entwicklung hin zu mehr Demokratie in dieser Region sei wünschenswert, aber Israel müsse skept-

Region voraus, welches den Volkswirtschaftlichen Ressourcen entzöge, die anderswo benötigt würden, führte Schlosser aus. Die Angebote der israelischen Regierung von 2008 wurden gar nicht beantwortet, ebenso blieb der Stopp der Siedlungsbauten für 10 Monate ohne Reaktion der Palästinenser. Mit wem solle man also verhandeln, schlussfolgerte der Generalkonsul. Die Grundidee der Verhandlungen von Oslo war, die Probleme am Ende der Verhandlungen gelöst zu haben, nicht zu Beginn der Gespräche. Nur sei im Moment der Gesprächspartner abhanden gekommen, führte Schlosser aus. Es gäbe zurzeit keine einheitliche Führung der Palästinenser.

Für demokratische Entwicklungen würden Erziehung und Bildung benötigt, dazu wiederum seien ein prosperierender Mittelstand für die wirtschaftliche Entwicklung und eine Rechtsstaatlichkeit notwendig. Alles Dinge, die sich erst im sogenannten arabischen Frühling entwickeln müssten, dazu benötige man Zeit. Da er kein Prophet sei, könne er auch keine Vorhersage treffen, wie es weiterginge. Israel könne in einer befriedeten Region ein Motor der Weiterentwicklung sein, führte der Redner aus, aber man müsse sich gegenseitig anerkennen und nicht bedrohen. Gerne würde Israel auch verhandeln, aber die Frage ist immer mit wem und welche Legitimation habe der Verhandlungspartner? Ob die Gründung einer Freihandelszone die Probleme entschärfen würde, sah der Generalkonsul skeptisch. Zu groß seien die Unterschiede zwischen Israel und seinen Nachbarn, hier seien zuerst Vertrauen und Stabilität notwendig. Ein eigener Staat für die Palästinenser würde Israel sicherer machen, wenn dieser Staat auch dementsprechend gestaltet sei, sprich auch funktionierende demokratische Institutionen hätte. Eine solche Staatsgründung bejahe die israelische Bevölkerung, schloss der Generalkonsul die lebhaft fragerunde, in der er keiner Frage auswich.

Nach dem Dank an die Organisatoren, beschlossen die Teilnehmer als nächstes Thema für die CV-Medientagung 2013 den demographischen Wandel zu behandeln. Die nächste Tagung wird vom 1. bis 3. November 2013 stattfinden. □



Generalkonsul des Staates Israel in München Tibor Shalev Schlosser (links) im Gespräch mit dem Moderator der Tagung Christoph Dicke (mitte) und Wolfgang Braun, Pressesprecher CV

derung zum Guten eintreten, sonst hätten die Regierungsparteien ihre Vertrauensbasis verloren. Ein großes Problem der Region sei die Tatsache, dass das Analphabetentum noch stark ausgeprägt sei. Durch das Zitieren des Koran entziehe sich dieser einer Exegese. Die Tatsache, dass der Koran in der Sprache des 6. bis 7. Jahrhunderts geschrieben sei, mache die Sache nicht einfacher, führte Joachim Schroedel aus.

Den anschließenden Abendgottesdienst in der Klosterkirche zelebrierte der Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, bevor sich die Teilnehmer beim „Fränkischen Abend“ weiter den interessanten Diskussionen widmeten.

Am Sonntagmorgen hielt der Generalkonsul des Staates Israel, Tibor Shalev Schlosser, den Vortrag: „Arabischer Frühling – Mehr Sicherheit oder mehr Unsicherheit für Israel?“

tisch bleiben, denn es gehören auch funktionierende demokratische Institutionen in den betreffenden Staaten dazu und diese Entwicklung benötige Zeit. Die Lage Israels sei schwierig; so groß wie das Bundesland Hessen, extrem schlank (12 km an der engsten Stelle) sei Israel seit seiner Gründung 1948 ständig bedroht und habe schon sechs Kriege führen müssen. Granaten auf Nordisrael und die Raketen der Hamas auf Südisrael seien nicht die einzige Bedrohung. Schließlich sei im Iran eine Regierung an der Macht, die Israel auslöschen möchte und die verdächtigt wird, nach Atomwaffen zu streben. Israel könne sich in seiner exponierten Lage nicht erlauben, einen Krieg zu verlieren. Um Frieden für die kommenden Generationen zu erreichen habe man im Jahr 2000 die weitest reichenden Vorschläge an die Palästinenser gemacht, die aber abgelehnt wurden. Er sehe in Zukunft ein noch größeres Wettrüsten in dieser

Der Jemen: ein Sonderweg des arabischen Frühlings?

Lagebericht und Zwischenbilanz

VON SAID ALDAILAMI

Die Menschen im Jemen sind die Ersten auf der arabischen Halbinsel gewesen, die sich vom arabischen Aufbruch in den nordafrikanischen Ländern Tunesien und Ägypten inspirieren ließen. Bereits Ende Januar 2011 gingen die Protestierenden zu Tausenden auf die Straßen, um gegen den seit 32 Jahren regierenden Diktator Ali Abdullah Saleh und sein korruptes Militärregime zu demonstrieren. Unaufhörlich skandierten die Demonstrierenden „Verlasse das Land“, „Das Volk will den Sturz des Regimes“.

Die Antwort des Potentaten ließ nicht lange auf sich warten. Waffen kamen zum Einsatz und für mehrere Wochen herrschten nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände in der Hauptstadt des Jemen, Sanaa. Bis heute sind die genauen Opferzahlen nicht bekannt. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen muss von mehreren Tausend Opfern seit Beginn der Revolution bis heute ausgegangen werden. Fast ein Jahr nach dem Entflammen der Demonstrationen, am 22. Januar 2012, schien die Stimme des Volkes gehört worden zu sein. Saleh verzichtete auf das Amt des Präsidenten und erfüllte somit die ursprüngliche Hauptforderung der protestierenden Bevölkerung. Kann deshalb von einem Erfolg der „Revolution“ im Jemen gesprochen werden?

Lage in Jemen

So einfach und überschaubar ist die Lage im Jemen nicht. Das einstige arabia felix ist nach der Schein-Entmachtung Salehs tiefer gespalten denn je. Die 1962 ausgerufene Republik steht vor den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Die Einheit zwischen dem Nord- und dem Südjemen, die als nationale Einheit noch nie in realiter existierte, wird von vielen Südjemeniten in Frage gestellt. Die sozio-ökonomischen Probleme, mit denen sich das Land bereits seit 50 Jahren konfrontiert sieht, haben sich im Jahr der Revolten zuge-

spitzt und manifestieren sich alltäglich im Straßenbild der Großstädte des Jemen. Auf dem Höhepunkt der Proteste, kurz vor dem Anschlag auf den Präsidenten und seine Führungsriege im Juni 2011, glich die Hauptstadt Sanaa in den Abendstunden einer Geisterstadt. Kein Auto fuhr mehr auf den Straßen. Der Liter Benzin erreichte einen Preis von 700 Riyal (umgerechnet 2,30 Euro) – und das in einem Land, in dem über 45 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Die Lebensmittelpreise stiegen exponentiell an. Hochwertige Lebensmittel, insbesondere Fleisch, leisten sich im Jemen ohnehin nur noch die Reichen. Die Mehrheit der Jemeniten ernährt sich vorwiegend von Brot und Bohnen. Daneben bereitet die mangelhafte Stromversorgung den Menschen erhebliche Schwierigkeiten. Pro Tag werden die Haushalte maximal fünf Stunden mit Strom versorgt. Die Wohlhabenden im Land besitzen eigene Stromerzeugungsaggregate. Für den Großteil der Bevölkerung ist die Anschaffung von Stromgeneratoren zu kostspielig, denn der Betrieb und die Instandhaltung solcher Generatoren bringen hohe Ausgaben mit sich, die nur von der wohlhabenden Schicht gedeckt werden können.

Neben diesen desaströsen wirtschaftlichen Verhältnissen bleibt der Jemen auch in dieser misslichen Lage nicht von den ihn plagenden, konfessionell motivierten Auseinandersetzungen verschont, die das Land seit den 1980er Jahren verstärkt heimgesucht haben. Die ideologischen Grabenkämpfe zwischen den Salafiten und den Schiiten erreichten in den letzten Jahren ihren Höhepunkt. Die verbalen Entgleisungen der Vorbeter (Imame) auf den Kanzeln gegenüber ihren Rivalen aus dem jeweils anderen konfessionellen Lager resultieren – in einem Staat ohne flächendeckende Staatsgewalt – nahezu alltäglich in gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen ihren Anhängern. In diesen temporären kriegerischen Ausein-

dersetzungen geht es insbesondere um politische oder wirtschaftliche Interessenkonflikte, sie werden jedoch ideologisch aufgeladen. Gekämpft wird – mit zum Teil unbeschreiblich exponentiellen Mitteln, die jeglicher Menschlichkeit entbehren – für die wahre religiös-politische Ideologie, die im Jemen zukünftig den Staatsislam prägen soll. Die schrecklichen Folgen dieser gewaltsamen Konfrontationen sind tief sitzende Wunden, die in einer tribal geordneten Gesellschaft Generationen überdauern und den sozialen Frieden auch langfristig gefährden können.

Für den einfachen Jemeniten, so die Stimmungslage derzeit in Sanaa, Hodeida und Aden, den größten Städten des Jemen, haben die Revolten lediglich das Leiden der Bevölkerung intensiviert: mehr Hunger, mehr Elend und eine noch stärker gewachsene Kluft zwischen arm und reich. Der sozio-ökonomische Abstieg der unteren Mittelschicht ist nach zwei Jahren der Anarchie im Jemen besiegelt. Was aber macht diesen „Staat“ im arabischen Vergleich so anders? Worin liegt der tiefere Grund für die gesellschaftliche Fragmentierung und für die undurchsichtige, in den Augen westlicher Diplomaten zum Teil paradox wirkende Politik der Verantwortlichen in der Hauptstadt Sanaa?

Im Jemen herrschen andere Gesetze

Gesichtsverlust (*figdan maá al-wajh*), vernichtende Demütigung (*ihanah* bzw. *idhlal*), Schadenfreude des Feindes (*shamat al-adw*) sind jene Begriffe, die das tägliche soziale und politische Geschehen im Jemen beherrschen. Sie sind eng mit dem Ehrbegriff liiert. Wer die Wirkmächtigkeit und die sozio-politische Ausstrahlkraft dieses gesellschaftlich prägenden Ehrenkodex unterschätzt, analysiert die Ereignisse im Jemen oberflächlich und jenseits der in dieser Gesellschaft geltenden ungeschriebenen Gesetze und Verhaltensstandards. Das Konglomerat aus

geschriebenen religiösen Dogmen, ungeschriebenen Stammesgesetzen und über Jahrhunderte konservierten Traditionen dominiert das soziale und politische Leben im Jemen und wird auch nach dem Sturz des Regimes weiterhin die Gesichtszüge des „neuen Jemen“ prägen.

An einem Beispiel soll die Brisanz und die Tragweite dieser für alle Jemeniten gleichermaßen verbindlichen, handlungsleitenden Maximen illustriert werden. Dabei wird lediglich auf die angesprochene, wichtige Wertkategorie der Ehre bzw. der Reputation Bezug genommen. Wirtschaftliche, politische und sozio-ökonomische Faktoren, die das Verhalten und Handeln der Verantwortlichen im Jemen selbstverständlich ebenfalls entscheidend mitbestimmen, werden nicht berücksichtigt, da sie auch für westliche Gesellschaften gelten und hinreichend erforscht und bekannt sind.

Im Juni 2011 verübten Unbekannte einen Anschlag auf den damals noch amtierenden Präsidenten Saleh während des Freitagsgebets in der Moschee nahe seines Regierungspalastes. Unter den Toten und Verletzten waren auch hochrangige Regierungsmitglieder. Saleh selbst überlebte das Attentat und wurde zur ärztlichen Versorgung nach Saudi-Arabien ausgeflogen. Viele Beobachter gingen davon aus, dass Saleh nach dem Attentat nicht mehr zurückkehren würde – u.a. vor dem Hintergrund, dass er nach öffentlicher Wahrnehmung Opfer eines feigen Anschlags geworden sei und daher die politische Bühne als Held verlassen habe. Was die Analysten nicht berücksichtigten, waren die nach dem Anschlag erfolgten verbalen Attacken der Widersacher des Präsidenten, die unter Verletzung der gültigen gesellschaftlichen Verhaltensrichtlinien ihre Schadenfreude offen kommunizierten und damit den Präsidenten Saleh mittel- oder unmittelbar zu einer Reaktion zwangen, mit Hilfe derer er seine verlorene Ehre und Würde wiedererlangen könnte.

Unmittelbar nach dem Anschlag wandte sich der bis dahin zum Erzrivalen des Präsidenten avancierte Scheich, Sadeq Al-Ahmar (Führer des Haschid-Clans), an die Protestierenden und schwor vor laufenden

Kameras, dass Saleh das Land nie mehr regieren werde. Mit diesem Postulat hat Scheich Sadeq indirekt seine Schadenfreude über den Anschlag auf Saleh öffentlich kundgetan. Die Botschaft erreichte die Opfer des Anschlags, allen voran Saleh, während sie sich im Nachbarstaat Saudi-Arabien medizinisch behandeln ließen. Von diesem Zeitpunkt an war völlig klar, dass eine Genesung des Präsidenten auch dessen Rückkehr ins Land bedeuten würde. Selbst im Rollstuhl wäre er zurückgekehrt, um unmissverständlich allen Beteiligten und insbesondere seinen größten Konkurrenten, den Al-Ahmar-Brüdern, zu demonstrieren, wer in diesem offenen ausgetragenen Wort- (und Waffen-) Duell als Sieger den Platz verlassen wird. Denn nichts ist beschämender für einen Jemeniten als die Schadenfreude des Feindes über ihn öffentlich zu vernehmen. Lieber erläge er den Verletzungen des Anschlages, als dass ihn die Schmach dieser demütigenden und entehrenden Worte seines Opponenten erreichte.

In einem tribal geordneten, patriarchal dominierten Staat wie dem Jemen hat auch die „Männlichkeit“, eine Art spezielle jemenitische Virilität, die sich in Form von Tugendhaftigkeit, Entscheidungsfreudigkeit und Souveränität ausdrückt, bis heute eine große Bedeutung. Das größte Lob erteilt man einem Jemeniten, indem man ihm bescheinigt, dass er in einer kniffligen Situation „Mann“ geblieben sei. „Seinen Mann stehen“, auch in schwierigen Zeiten – gegebenenfalls sich der Gefahr hingebend, das eigene Leben zu verlieren – ist in einem Konflikt viel ehrwürdiger als die Flucht zu ergreifen oder im Sinne des Sprichwortes „der Klügere gibt nach“ zu agieren. Denn nicht der Klügere gibt im Jemen gewöhnlich nach, sondern der Schwächere. Dieser Befund lässt sich im Übrigen auch in vielen anderen arabischen Gesellschaften diagnostizieren. Insofern war die Flucht Ben Alis aus seinem Land die rühmliche Ausnahme im Machtkampf der Protestierenden gegen die Despoten. Mubarak, Gaddhafi, Saleh und Assad kämpften bzw. kämpften bis zur letzten Sekunde, um ihre Ehre und Reputation zu verteidigen. Schande und Schmach schädigen die eigene Person

mehr, als es der frei gewählte Tod zu tun würde. Vor die Wahl gestellt vom Gegner öffentlich gedemütigt, entwürdigt und verunglimpft zu werden oder einen heldenhaften Tod zu sterben, entscheidet sich jeder Jemenit für letztere Option.

Salehs Kampf nach seiner Rückkehr galt folglich vor allen Dingen seiner Rehabilitation. Er wollte Stärke demonstrieren, er wollte für einen gesichtswahrenden Rückzug von der politischen Bühne kämpfen, und vor allem wollte er den Schwur seines Gegners brechen, indem er das Land tatsächlich noch einmal regiert und die eigene Immunität erzwingt. Mit dem Bruch des Schwures von Sadiq Alahmar hat er ihm moralisch-sittlich vor den Augen der Öffentlichkeit einen K.O.-Schlag versetzt. Mit welcher Genugtuung er jede Regierungsentscheidung und jede politische Geste ausübte, konnte der aufmerksame Beobachter in den letzten Wochen vor seinem endgültigen Abgang deutlich sehen. Die andere Seite hingegen, die der al-Ahmar-Brüder, übte sich in großer Zurückhaltung und vollkommener Demut, was unumstritten die richtige und einzig verbliebene Option für sie zu sein schien.

Ein großer Mann muss nach arabischem Sittengesetz als großer Mann abtreten. Seinen Wunsch nach Immunität (für seine Person und für seine Familienangehörigen) ließ Saleh bis ins kleinste Detail erfüllen, um allen Beteiligten und Beobachtern eindrucksvoll vor Augen zu führen, wer tatsächlich noch das Sagen im Land hat. Die theatralische Inszenierung der Übergabe des Präsidentenamtes ist der letzte Akt Saleh'scher Rehabilitationsanstrengungen und zugleich der bitterste Moment für seine politischen Widersacher gewesen.

Quo vadis Jemen?

Der Abgang Salehs kann die gigantischen Herausforderungen, vor denen das Land momentan steht, nicht lösen. Denn an den prinzipiellen Problemen des Landes ändert der Sturz des Diktators relativ wenig, zumal seine Familie und seine loyalen Anhänger an den Schlüsselpositionen im Staats- und Sicherheitsapparat weiterhin präsent sind. Seine engsten Familienangehörigen, allen voran sein

Sohn, Ahmad Saleh – Kommandeur der schlagkräftigen Revolutionsgarden – haben die Exekutivorgane von Militär, Polizei und Geheimdiensten zumindest bis zum endgültigen Abzug der Saleh-Dynastie noch in ihrer Gewalt. Er selbst residiert in seinem Privatdomizil in Sanaa. Für viele Jemeniten bleibt er weiterhin der stärkste Mann auf der politischen Bühne im Jemen, wenn auch seine Töne immer leiser werden und seine Tage als inoffizieller Machthaber gezählt zu sein scheinen.

Die jemenitische Gesellschaft bleibt auch nach der Saleh-Ära nach Stammeszugehörigkeit, konfessioneller Prägung und regionalem Verbundenheitsgefühl fragmentiert. Der Staat auf der einen Seite und die Stammesführer auf der anderen Seite bilden die beiden Pole, die das zukünftige Geschehen im Jemen beherrschen werden. Nachdem Saleh es im letzten Jahrzehnt geschafft hat, die Stammesführer durch die enge Anbindung und Beteiligung an der Macht von ihrer Basis zu lösen und den Stamm als Institution weitestgehend vom politischen Entscheidungsprozess zu exkludieren, haben die Scheichs im Zuge der Revolten die Nähe zu ihren Stämmen wieder entdeckt. Ihre direkte oder indirekte Beteiligung an der Staatsführung der zukünftigen jemenitischen Republik ist eine Selbstverständlichkeit, um das Land nicht in einen Bürgerkrieg bzw. in eine soziale Katastrophe zu stürzen.

Neben den Stammeszugehörigkeiten und der damit verbundenen absoluten Loyalität der Stammesmitglieder zu ihrem jeweiligen Clan tritt im Jemen der angesprochene ideologische Kampf zwischen Sunniten und Schiiten immer augenscheinlicher zutage. Die Machtkämpfe innerhalb des sich entwickelnden jemenitischen Staates werden neben der Stammes- nun auch die Ideologie-Komponente tragen. Die Islah-Partei mit ihrer orthodox-salafitischen Gesinnung ist sich der Unterstützung des saudischen Königshauses gewiss und wird in den kommenden Wahlen nach dem Vorbild der Nour-Partei in Ägypten vor allem die sozial Schwachen mit großen finanziellen Zuwendungen und auf Wohlfahrt ausgerichteten Dienstleistungen auf ihre Seite ziehen können. Die ge-

legentlichen Zuwendungen des alten Saleh-Regimes aus machtpolitischem Kalkül zugunsten einiger schiitisch geprägter Stämme und Organisationen dürften beendet sein, sodass die ohnehin auf den nördlichen Teil des Nordjemens beschränkte Machtbasis der Schiiten deutlich schrumpfen wird. Umso mehr wird die al-Huthi-Bewegung als „letzte schiitische Bastion“ für alle Zaiditen (größte schiitische Gruppierung im Jemen) an Bedeutung gewinnen dürfen, solange sie sich ideologisch nicht noch deutlicher an die Zwölfer-Schia des Iran annähern sollte. Sollte die Huthi-Bewegung in der zukünftigen Regierung nicht berücksichtigt werden, so ist davon auszugehen, dass die militärischen Konflikte in der Saada-Region mittelfristig nicht abebben werden. Das nördliche Hochland Saada zählt seit Jahrzehnten zu den unregierbaren und unbotmäßigen Randbezirken des Jemen. Die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung dieser Grenzregion zu Saudi-Arabien ist in den letzten 30 Jahren vergleichsweise dürftig ausgefallen.

Die Islah-Partei wird ihre eher egalitär und anti-hereditär ausformulierte Lehre besser mit dem neuen System vereinbaren können als die rebellische Huthi-Ideologie. Ohnehin waren und sind sunnitische Salafiten stets bereit, sich mit jeder politischen Herrschaft zu arrangieren, solange ihnen die Freiheiten gewährt werden, die Menschen mit ihrer puritanischen und rückwärtsgewandten wahhabitischen Ideologie zu indoktrinieren.

Ausblick

Die geostrategisch besondere Lage des Jemen macht es unvermeidbar, einen Blick auf die wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen regionaler und internationaler Akteure zu werfen. Diese haben bereits in der Vergangenheit großen Einfluss auf die nationale Entwicklung des Jemen ausgeübt und scheuten es nicht, in den Jahren der Revolution ihren Wirkungsbereich im Jemen auszudehnen (Saudi-Arabien, USA und seit kurzem der Iran). Für die al-Qaida bleibt der Jemen trotz der kürzlich erzielten Erfolge der US-Drohnen die sicherste Basis, aus der sie ihre Angriffe national und international vorbereiten und

in Gang setzen können. Das strategische und operative Zentrum der sogenannten „al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ ist und bleibt der Jemen, da dort momentan die günstigsten Rahmenbedingungen herrschen.

Der zukünftige Staat im Jemen wird seine heterogene Basis in der neuen Regierung widerspiegeln müssen, sollte er seine bisherige Schein-Staatlichkeit beibehalten wollen. Neben den Stämmen, dem Gegensatz Schiiten und Salafiten sowie der an Elan gewinnenden „Bewegung des Südens“ werden sich auch neue Gesichter profilieren, die bisher aus der zweiten Reihe operierten und sich vor dem Vorwurf der Korruption und des Klientelismus sowie der ineffizienten Verwaltung schützen konnten. Aus der Reihe dieser neuen politischen Akteure wird die zukünftige militärische und zivile Führung des Jemen hervorgehen.

Die bisher regierende Saleh-Partei – Kongresspartei – hat in den 1990er Jahren bereits bewiesen, dass sie eine Koalition mit den Islamisten (Islah-Partei) eingehen kann, jedoch ist die Ausgangslage diesmal grundverschieden. Mit Blick auf den frisch gekürten Präsidenten, Saleh's bisherigem Stellvertreter, Abdrabbuh Mansur Hadi, einigte man sich auf einen Kandidaten, der über keinerlei Durchsetzungsfähigkeit verfügt. Das dürfte sich auch nach seinen bisher erlassenen, teilweise Hoffnung schürenden Präsidialbeschlüssen kaum ändern. Damit kann auch langfristig nicht von einer Stabilisierung des Landes gesprochen werden. Mit einem schwachen Präsidenten an der Spitze des Jemen dürften vor allem machtpolitische Kämpfe zwischen einzelnen Stämmen zunehmen. Die allgemeine Sicherheitslage wird folglich weiterhin rapiden Schwankungen unterliegen und den Staat in seinen Grundfesten gelegentlich erschüttern. Nicht von ungefähr sehnen sich viele Jemeniten bereits heute nach einem starken Mann als Staatsoberhaupt, der um die Eigenheiten dieses verfehdeten Landes weiß und in der Lage ist, Stammesrivalitäten sowie soziale, ethnische und konfessionelle Spannungen durch raffiniertes Eingreifen, politisch-versiertes Kalkulieren und Täuschen rechtzeitig zu beenden oder

auch zu initiieren! Die ideale politische Führungspersonlichkeit in den Augen der Jemeniten ist diejenige, die aus Intuition stets richtige Entscheidungen trifft und – um es mit den Worten des entmachteten Diktators Saleh wiederzugeben – das Tanzen auf den Köpfen der Schlangen brillant beherrscht. Der Jemen bleibt auch nach Saleh ein höchst fragiler Staat, in dem die Staatsgewalt wie bisher weder von der Mehrheit des Volkes noch von den gewählten Regierungsvertretern im Staatsapparat ausgeht, sondern von einzelnen Akteuren, die über Macht, Geld, „Mannstärke und Feuerkraft“ verfügen.

Ob der Begriff Demokratie im Fall des Jemen in Vergangenheit, Gegenwart und mit Blick auf die kommenden zwei Jahrzehnte richtig gewählt ist, sollte abschließend gründlich überdacht werden. Die nächsten Jahrzehnte werden eine Fülle von arabischen Demokratievarianten hervorbringen, die das konventionelle westliche Verständnis von der „Herrschaft des Volkes“ herausfordern könnten. Solange diese „arabischen Demokratien“ eine relative Verbesserung der Lage der Menschen vor Ort herbeiführten, sollten die Missionare von Demokratie und

Menschenrechten die Intensität ihres Bekehrungseifers überdenken. Medikamente erzielen nur dann die optimalste Heilwirkung, wenn sie in der vorgeschriebenen Dosierung verabreicht werden. Die Transformation der arabischen Staaten von autoritären Regimen hin zu quasi-demokratischen Staaten steht auch nach zwei Jahren erst am Anfang eines Jahrzehnte andauernden Prozesses, dessen Ende auch maßgeblich davon abhängen wird, wie sich der säkulare Rechtsstaat in Europa in Zukunft behaupten wird. □

„Habemus Papam“ am Nil (Teil 2)

Die koptisch-orthodoxen Christen haben ein neues Oberhaupt

VON DIETER KILIAN

Noch im August hatte es geheißt, die Wahl des neuen Oberhauptes würde im September 2012, sechs Monate nach dem Ableben von

Zeitplanung geändert und das neue Oberhaupt bereits am 4. November gewählt.

Auf der vorläufigen Kandidaten-

land seine Kandidatur zurückgezogen hatte – war eine bereinigte Liste mit 14 Namen übrig geblieben. Diese 14 Kandidaten stellten sich Anfang Ok-



Bild 1: Bischof Tawadros (* 1952) als Kandidat

Papst Shenouda III., stattfinden. Doch am 13. September meldete ein Sprecher der koptisch-orthodoxen Kirche in Kairo plötzlich, dass der Wahltermin auf den 2. Dezember verschoben wäre. Dann wurde aber auch diese

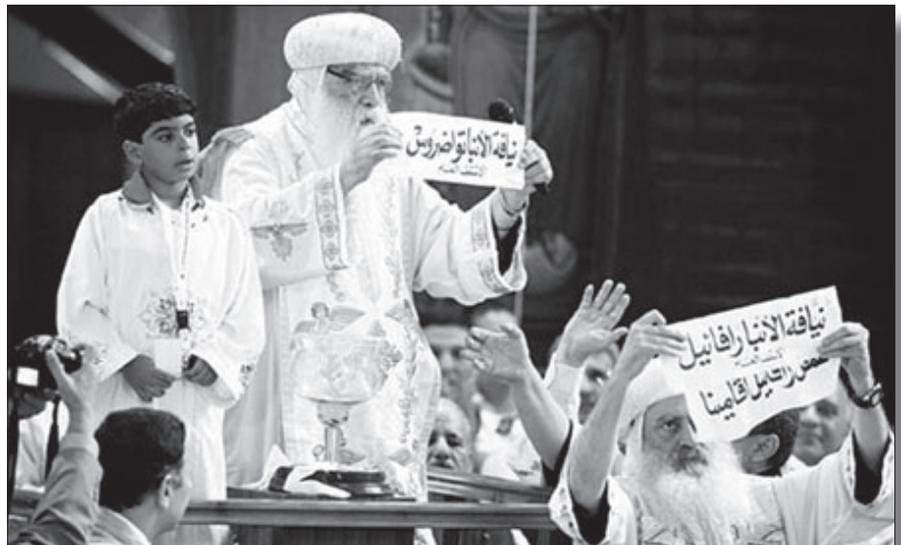


Bild 2: Die Bekanntgabe des Namens des Gewählten. Zum Beweis, dass alle Kandidaten gewählt werden konnten, werden die beiden anderen Namen der Wahlversammlung gezeigt

liste (siehe Teil 1 im „Auftrag Nr. 287“) befanden sich 17 Namen – 7 Bischöfe und 10 Mönche. Nach Berücksichtigung einiger Einsprüche und nachdem Bischof Kyrillos von Mai-

tober dem 18-köpfigen Wahlkomitee. So sehr auch die Endphase der Wahl transparent und frei von Außeneinflüssen war – die ägyptischen Zeitungen nannten sie „Altar-Lotterie“ – so

trifft dies für die einzelnen Vor-Wahlgänge nicht unbedingt zu. So scheiterten zum großen Erstaunen vor dem Wahlkomitee im drittletzten Wahlgang drei bisherige Favoriten, der populäre Bischof Bishoy, der Sekretär der Heiligen Synode und Metropolit von Damietta, sowie die beiden früheren Sekretäre von Papst Shenouda III., die Bischöfe Youannes und Botros. Erzbischof Bachomios, der Metropolit der Erzdiözese Beheira und Interimsvertreter, verkündete im Oktober auf einer Pressekonferenz im Kloster St. Bishoy im Wadi Natroun, nördlich von Kairo, die Namen derjenigen fünf Kandidaten, die im drittletzten Wahlgang durch das Wahlkomitee die meisten Stimmen erhalten hatten: Vater Bachomios El-Syrian (* 1963), Bischof Raphael (* 1954), Vater Raphael Ava Mina (* 1942), Vater Seraphim Al-Syrian (* 1959) und Bischof Tawadros (* 1952, Bild 1).

Am Montag, dem 29. Oktober, fand der vorletzte Wahlgang in der Kairoer Kathedrale statt. Die 2.411 Männer und Frauen der Wahlversammlung wählten zwischen 09.00 und 17.00 Uhr in der St. Markus-Kathedrale in geheimer Wahl aus den fünf verbliebenen Kandidaten diejenigen drei aus, deren Namen im letzten Wahlgang schließlich in den Kelch gelegt werden. Nachdem die acht gläsernen Wahlboxen geleert und alle Stimmen ausgezählt waren, stand das Ergebnis fest: Bruder Raphael und die beiden Bischöfe Raphael und Tawadros. Einer von ihnen würde der 118. Patriarch auf dem Stuhl des Heiligen Markus werden.

Sechs Tage später schließlich folgte der letzte und entscheidende Wahlgang während einer öffentlichen Zeremonie in der Kathedralkirche in Kairo. Die Namen der drei Kandidaten lagen – auf eingerollten, verschürten und versiegelten Papyrusrollen geschrieben – in dem gläsernen Wahlkelch. Dieses Verfahren mag in westlichen Augen einer Lotterie ähneln. Tatsächlich aber wird auf diese Weise jeglicher Einfluss von außen, z.B. durch politische Kräfte, verhindert. Das Wahlverfahren von 1957 war vor einigen Jahren in einigen Punkten geändert, aber nicht in allen vom damaligen Papst Shenouda III. akzeptiert worden. Darunter war auch der

Vorschlag, erstmals zu den Zetteln mit den Namen der drei Kandidaten einen vierten ohne Namen hinzuzufügen. Würde dieser namenlose Zettel gezogen, wäre damit erkenntlich, dass keiner der drei Vorgeschlagenen dem Willen Gottes entspräche, und dann müsste das Wahlverfahren in Teilen wiederholt werden. Doch wurde dieser Vorschlag bei der Wahl 2012 nicht umgesetzt.



Bild 3: Papst Tawadros II als 118. Koptisch-orthodoxer Patriarch auf dem St. Markus Thron

Am Sonntag, dem 4. November 2012, führte die Hand Gottes die des kleinen Jungen Bischof Girgis Musaad, der – unter Aufsicht von Erzbischof Bachomios und beobachtet von zahlreichen Fernsehkameras – mit verbundenen Augen den Namen des neuen Papstes aus dem Kristallkelch zog. Auch er war – um jeglichen Verdacht einer Einflussnahme auszuschließen – willkürlich aus einer Liste von 12 Knaben ausgewählt worden. Der Junge überreichte dem Bischof die mit rotem Wachs versiegelte und mit weißen Bändern zugebundene Namensrolle. Acht Monate hatten die koptisch-orthodoxen Christen sehnhlich auf diesen Moment, auf den „weißen Rauch“ aus Kairo, gewartet. Dann entrollte Metropolit Bachomios den Zettel und hielt den auf Arabisch geschriebenen Namen unter dem Jubel tausender Gläubiger in die Kameras: „Eminenz, Al-Anba Tawadros – allgemeiner Bischof“ (= Bischof, der keine eigene Diözese führt) stand auf Arabisch auf dem weißen, von

rechts nach links zu lesenden Papyrusblatt. Der Name Tawadros ist die arabische Version des griechischen Namens Theodoros (= Geschenk Gottes). Der erste koptische Patriarch mit diesem Namen stand als 45. Patriarch von 730 bis 742 n. Chr. an der Spitze der Gemeinde.

Die schriftliche Anrede von Bischof Tawadros auf dem Wahlzettel mit „Eminenz“ erfolgte wohl aus Höflichkeit gegenüber dem Kandidaten. Tatsächlich ist die offizielle Anrede

für die Bischöfe in der koptisch-orthodoxen Kirche „Your grace“ (Euer Gnaden) und nur für die Erzbischöfe (Metropoliten) „Eminenz“. Kurz nach der Verkündung werden auch die anderen beiden Namensrollen aus dem Kelch genommen, aufgerollt und von einem Priester den Gläubigen gezeigt, um jegliche Vorwürfe einer Manipulation zu vermeiden (Bild 2).

Bischof Tawadros wurde an seinem 60. Geburtstag zum 118. Patriarchen der koptisch-orthodoxen Kirche gewählt. Er war – trotz seiner zwölf Bücher, die er bisher geschrieben hatte – in der Vergangenheit selten an die Öffentlichkeit getreten und zählte deshalb nicht zu den bekannten geistlichen Führern der koptischen Kirche. Gleichwohl sahen sechs Bischöfe – darunter der Bischof der koptischen Gemeinde in Deutschland, Anba Damian, und der Bischof von Melbourne, Anba Suriyal – in ihm einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Patriarchen und schlugen ihn dazu vor. Auch Anba Raphael, der

Weihbischof von Zentral-Kairo und derjenige seiner Mit-Kandidaten für das Patriarchen-Amt, der in den Vorwahlen die meisten Stimmen erhalten hatte, hatte den Vorschlag Tawadros unterstützt.

Der neue Papst Tawadros II. war mit dem Namen Wagih Sobhy Bakky Suleiman in der kleinen Stadt Mansura im Nildelta am 4. November 1952 geboren worden. Das Ehepaar mit dem Sohn und zwei Töchtern war sehr religiös. Viele der zahlreichen Onkel und Neffen dienten in der Kirche als Priester und Mönche. Bedingt durch den Beruf des Vaters – Abu Wagih war ein Landschaftsingenieur – zog die Familie mehrfach um: 1957 von Mansura nach Sohag in Mittelägypten, 1960 wieder in den Norden nach Damanhur, etwa 50 km südostwärts von Alexandria. Dort besuchte der Junge eine koptische Schule, die von der Schwester des damaligen Papstes Kyrillos VI. geleitet wurde. „Unser ganzes Leben war der Kirche gewidmet“, sagte Tawadros in einem Interview. 1967 starb der Vater, und sein Sohn Wagih beschloss, nach Abschluss seiner Schulzeit im Jahre 1969 für begrenzte Zeit in den Dienst der Kirche zu treten. In der koptischen Kirche besitzt diese Einbindung von Laien eine lange Tradition. Zwei Jahre später, im Jahre 1971, wurde der Priester Bachomios zum Bischof seiner Heimatdiözese Beheira (auch Buhayrah) geweiht, dessen Zentrum die Stadt Damanhur ist. Da es damals dort jedoch noch keine Kathedrale gab, nutzte Bischof Bachomios die kleine Gemeindekirche, in der Wagih und dessen Familienangehörige jeden Sonntag den Gottesdienst besuchten, als seine Bischofskirche. Wagih hatte inzwischen an der Universität von Alexandria mit dem Studium der Pharmazie begonnen und schloss dieses 1975 ab. Danach arbeitete er in einem staatlichen Pharma-Unternehmen und stieg in die Manager-Ebene des Betriebes auf. Seit 1971 hatte er Bischof Bachomios regelmäßig getroffen, da dieser enge Kontakte zur Jugend seiner Diözese pflegte. Und so war es ein folgerichtiger Schritt, dass Wagih sich 1981 entschied, parallel am Theologischen Kolleg von Alexandria Theologie zu studieren und dieses im Jahre 1983

abschloss. Danach aber vertiefte er seine Pharmazie-Kenntnisse durch ein ergänzendes Studium in England und wurde 1985 Mitglied der „British International Health Care Association“. Ein Jahr später jedoch beschloss er, seine weltliche Karriere zu beenden und sein Leben Gott zu weihen. Er trat in das Kloster St. Bishoy im Wadi Natrun ein und erhielt den Namen Tawadros (Theodorus). 1988 wurde er zum Mönch und 1990 zum Priester ge-



Bild 4: Papst Tawadros II mit Krone und Kreuz als Zeichen seiner Würde

weiht. Dann aber kehrte er dem kontemplativen Leben den Rücken und übernahm in seiner Heimatgemeinde Damanhur die Aufgabe eines Priesters für die Jugendarbeit. Im Jahre 1997 wurde er von Bischof Bachomios zum Weihbischof („Generalbischof“) berufen und erhielt die Bischofsweihe. 1999 reiste er für längere Zeit zu Studienzwecken nach Singapur. Innerhalb der Bischofssynode war Bischof Tawadros zuständig für Glaubensfragen, Erziehung und Seelsorge. Zum engeren Kreis von Papst Shenouda III. gehörte er jedoch nicht.

Papst Benedikt XVI. sandte dem gewählten koptischen Oberhaupt am 5. November eine Grußbotschaft, in der der Heilige Vater auf die Verdienste des Vorgängers als eines „wirkungsvollen Partners“ hinwies und die Bedeutung der Zusammenarbeit aller Christen „in diesen herausfordernden Zeiten“ betonte. Erzbischof Zollitsch, der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz würdigte in seinem Glückwunschsreiben den

Beitrag der koptischen Kirche zum Aufbau einer friedlichen Gesellschaft in Ägypten.

Am Sonntag, dem 18. November 2012, bestieg Papst Tawadros II. als 118. Koptisch-orthodoxer Patriarch in der überfüllten Kathedrale in Kairo den St. Markus-Thron von Alexandria (Bild 3). Aus der Hand von Erzbischof Bachomios empfing er – mit Tränen in den Augen – während der vierstündigen Zeremonie als Zeichen seiner Würde die Krone und das Kreuz, nachdem ihm dieser zuvor eine Bibel auf den Kopf gelegt und damit dessen Treue zum Glauben bekräftigt hatte (Bild 4). Während der Inthronisation ergriff der neue Papst selbst nicht das Wort, sondern ließ eine Botschaft verlesen, in der er gelobte für das Wohl ganz Ägyptens zu arbeiten – für Christen und Muslime.

Unter den zahlreichen Ehrengästen, die der feierlichen Amtseinführung beiwohnten, waren hohe Würdenträger der orientalischen und abendländischen Kirchen, wie z.B. das Oberhaupt der Malankara Orthodoxen Syrischen Kirche in Südindien, Catholicos Basileus M. Paulose II., und der griechisch-orthodoxe Patriarch von Alexandria, Theodoros II., Kurienkardinal Kurt Koch und der Wiener Weihbischof Franz Scharl, sowie der oberste Geistliche der sunnitischen Muslime in Ägypten, Groß-Mufti Sheikh Mohammed Ali Gomaa (Bild 5). Die Spitze der ägyptischen Politiker führte Premierminister Hisham Qandil an, begleitet von seinem Innenminister Ahmed Gamal al-Din, sowie der vormalige Generalsekretär der Arabischen Liga und Präsidentschaftskandidat, Amr Moussa und der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und heutige Oppositionspolitiker Mohamed El-Baradei. Der Präsident des päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, der Schweizer Kurt Kardinal Koch, übergab ein Glückwunschsreiben von Papst Benedikt XVI. Der ägyptische Präsident Mursi hingegen nahm an der Inthronisation nicht teil. Er hatte – möglicherweise wegen der Gaza-Krise, aber vielleicht auch wegen der Aufkündigung der christlichen Mitarbeit in der Verfassungskommission – nur sei-



Bild 5: Der oberste Geistliche der ägyptischen Sunniten Sheikh Mohammed Ali Gomaa gratuliert dem neuen koptischen Papst

nen Premierminister geschickt, der allerdings erst mit zweistündiger Verspätung eintraf.

Das neue Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche steht vor großen Herausforderungen. Er muss in einer schwierig gewordenen politischen Lage in Ägypten den Dialog mit der Regierung, den stärker gewordenen muslimischen Parteien und den religiösen Führern pflegen. Gleichwohl wird erwartet, dass er eine stärker pastorale und weniger politische Rolle im neuen Ägypten verfolgen wird als sein Vorgänger. Dieser hatte der koptischen Kirche durch enge Bindung an Mubarak zwar einen gewissen Freiraum verschafft, ohne dass dadurch allerdings die Benachteiligung der Kopten in vielen Feldern des Alltagslebens aufgehoben worden wäre. Die ersten Äußerungen des neuen Papstes waren behutsam. So hatte er angekündigt, seine Aufmerksamkeit zunächst dem „Haus im Inneren“ zu widmen. In der Tat kommt z.B. durch den Weggang vieler Kopten aus ihrem Heimatland der Verbindung zwischen der Mutterkirche und ihren Gläubigen im Exil eine wachsende Bedeutung zu, um ein Auseinanderdriften und eine Entfremdung zu vermeiden. Tawadros betonte, wie wichtig ihm dabei der Dialog wäre. „Es reicht nicht mehr, einfach zu sagen: Hier geht es lang!“, äußerte er jüngst. Aus seiner Jugendarbeit weiß er um deren Bedeutung, doch in der Einbindung der jungen Generation ist die koptische Kirche

auch in der Vergangenheit vorbildlich gewesen und wird diesen zweifelsohne Weg fortsetzen.

Die Zusammenarbeit mit der neuen ägyptischen Regierung hingegen dürfte weit schwerer werden. Schon während der Diskussion um die neue Verfassung hatte Tawadros noch als Bischof im Fernsehsender ONTV vor einem zu Islam-lastigen Entwurf gewarnt; dies wäre in Ägypten nicht nur für Kopten nicht hinnehmbar. Präsident Mursi forderte er auf, ein Zeichen zur Beruhigung zu geben. Wirkung gezeigt hat dieser Appell bisher nicht. Zwischenzeitlich haben sich alle christlichen Kirchen Ägyptens

aus der Verfassungskommission zurückgezogen. Der koptisch-katholische Patriarch-Vikar Samaan – im Gleichklang mit Papst Tawadros – stellte ebenfalls fest, dass der bisherige Verfassungsentwurf „den Weg für einen religiösen Staat“ bereite. Mohammed Badi-a, der Oberste Führer der Muslimbruderschaft (Dschama-at Al-Akhwan Al-Muslimun), sowie der Chef der dieser nahestehenden Partei „Freiheit und Gerechtigkeit“ („Hizb Al-Hurriya Wal-'Adala“ – FJP), Mohammed Saad al-Katatni, gratulierten dem neuen Oberhaupt via Facebook. Sie wären „optimistisch hinsichtlich einer ertragsreichen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“.

In seinem Verhältnis zu den Muslimen hatte Tawadros noch als Bischof stets die gemeinsamen Wurzeln betont. „Betrachten Sie die Schönheit unserer Vielfalt: Der Obelisk aus pharaonischer Zeit, der christliche Kirchturm und das Minarett sind das Erbe unseres Landes und unsere Botschaft an die Welt.“ Nun bleibt abzuwarten, ob die im Augenblick wieder tonangebenden radikalen muslimischen Kräfte – obgleich nicht repräsentativ für das mehrheitlich weltoffene Land am Nil – dieses Angebot des neuen koptischen Papstes annehmen werden. Zweifel sind angebracht, steht Dialog doch weltweit bei keiner radikalen Gruppe auf dem Arbeitsplan. □

Kurznachrichten

Bundespräsident würdigt Sozialreformer Adolph Kolping

Bundespräsident Joachim Gauck kommt zum 200. Geburtstag des katholischen Sozialreformers Adolph Kolping im kommenden Jahr nach Köln. Am 2. Februar spricht er im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kölner Gespräche“ zum Thema „Kolping - Eine Geschichte mit Zukunft“, wie das Kolpingwerk Deutschland am Dienstag in Köln mitteilte. Zuvor werde der Bundespräsident an einem Gottesdienst in der Grabeskirche Adolph Kolpings (1813-1865), der Kölner Minoritenkirche, teilnehmen.

Der auch als Gesellenvater bezeichnete Priester Adolph Kolping wurde am 8. Dezember 1813 geboren. Er gründete 1849 in Köln den ersten katholischen Gesellenverein, um damit in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche jungen Handwerksgesellen Halt und Heimat zu geben. Kolping starb 1865 und wurde 1991 seliggesprochen. Der Gesellenverein wurde 1935 in Kolpingwerk umbenannt. Dem Deutschen Kolpingwerk gehören nach eigenen Angaben mehr als 250.000 Mitglieder an. □ (KNA)

Patriarch von Alexandria schwerkrank

Patriarch-Vikar übernimmt Führung

VON DIETER KILIAN

Vor zwei Jahren, am 20. November 2010, war Antonios I. Naguib (* 1935), der Patriarch der mit Rom unierten koptisch-katholischen Kirche Ägyptens, von Papst Benedikt XVI. als dritter Patriarch von Alexandria, in das Kardinalskollegium erhoben worden – als erster sogar auf der



Bild 1: Papst Benedikt XVI. mit Patriarch Antonios I. Naguib

Stufe eines Kardinalbischofs (Bild 1). Aus diesem Anlass war ihm die Ehre zuteil geworden, gemeinsam mit dem Papst und weiteren Mit-Zelebranten das Feierliche Hochamt am Papstaltar über dem Petrusgrab unter der Kuppel des Petersdoms zu zelebrieren.

Naguib hatte 1960 die Priesterweihe empfangen, nachdem er von 1953 bis 1958 in Rom an der Päpstlichen Universität Theologie studiert hatte. 1977 war er zum Bischof der Diözese Minya gewählt worden und stand seinem Bistum in Mittelägypten bis zu seiner Erkrankung im Jahre 2002 vor. Wieder genesen, wurde er 2006 von der koptisch-katholischen Bischofssynode zum Nachfolger des greisen Patriarchen Stephanos II. Kardinal Ghattas (1920-2009) gewählt (Bild 2). Kardinal Naguib hatte die „Arabische Revolution“ anfangs begrüßt, sie dann aber wegen des Vor-

marsches radikaler und extremistischer islamischer Gruppen mit immer größerer Skepsis beobachtet. Im Oktober 2010 war er als Chefberichterstatte der von Papst Benedikt nach Rom einberufenen Synode für den Nahen Osten in Rom eine der zentralen Persönlichkeiten dieses Treffens

gewesen, bei dem erstmals Arabisch eine der Arbeitssprachen war.¹

Vor einem Jahr aber brach die alte Krankheit wieder aus. Ein Schlaganfall im Januar dieses Jahres verschlimmerte die gesundheitliche Lage von Kardinal Naguib so sehr, dass sich die Bischofssynode im Februar entschloss, den bisherigen Bischof von Assiut, Kyrillos Kamal William Samaan (*1946, Bild 3), der zum Franziskaner-Orden gehört, nach Artikel 132 des Kanonischen Rechts

der Ostkirche zum Patriarch-Vikar mit dem Recht vollständiger Jurisdiktion und der Nachfolge zu ernennen. Bischof Samaan, der in den 80-er Jahren ebenfalls in Rom studiert hatte, war 1990 zum Bischof geweiht worden.

Unter den sieben katholischen Gemeinschaften Ägyptens ist die koptisch-katholische Kirche, die den römischen Papst seit Ende des 19. Jahrhunderts als Oberhirten anerkennt,

¹ Zum ersten Mal in der langen Geschichte des Synoden hatte der Papst – neben den beiden „Arbeitspräsidenten“ – dem Patriarchen Ignace Joseph III. Younan von Antiochien (* 1944) und Leonardo Kardinal Sandri (* 1943), dem Präfekten der Kongregation für die orientalischen Kirchen – auch zwei „Ehren-Präsidenten“ ernannt – die Kardinäle Nasrallah Sfeir, den 90-jährigen Patriarchen der Maroniten und Emmanuel III. Delly, den 83-jährigen Patriarchen der Chaldäer im Irak.

mit nur etwa 200.000 bis 250.000 Gläubigen zwar die größte, doch sie steht im Schatten der zahlenmäßig weit größeren koptisch-orthodoxen Kirche. Kardinal Naguib war eine prominente und engagierte Stimme im Chor der orientalischen Ostkirchen. Sein Ausfall wird lange nicht

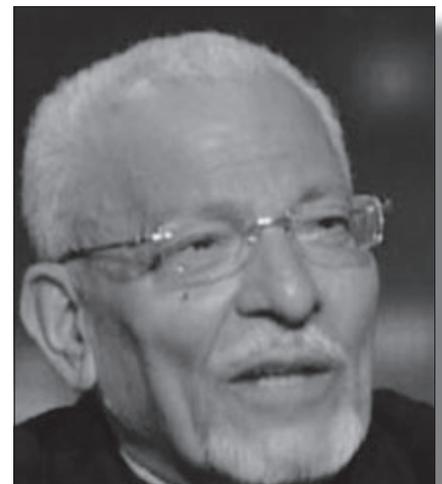


Bild 3: Patriarch-Vikar Bischof Kyrillos Kamal William Samaan



Bild 2: Patriarch Antonios I. Naguib an seinem 72. Geburtstag mit dem Autor Dieter Kilian

auszugleichen sein. An der 13. Ordentlichen Generalversammlung der Bischofssynode im Oktober dieses Jahres unter der Leitung des Papstes in Rom konnte er bereits nicht mehr teilnehmen. □

Das Zeichen des Kreuzes

VON ANDREAS M. RAUCH

Das Zeichen des Kreuzes durchläuft in Kirche, Theologie und Kunstgeschichte unterschiedliche Wahrnehmungs- und Deutungsmuster. In der römischen Antike war die Kreuzigung zunächst einmal eine Strafe für Nicht Römer und in der Regel für Angehörige der Unter- und Mittelschicht. Römisches Recht war hart und streng. Römische Bürger wie der Apostel Paulus hatten das Recht, dass ihr Fall vor einem Gericht in Rom gebracht wurde. Als jüdischer Bürger aus Nazareth in der Provinz Galilaea, die von den römischen Statthaltern ohnehin als aufrührerische Gegend wahrgenommen wurde, kam Jesus eine Verhandlung in seiner Heimat zu, in seinem Fall bei seinem aktuellen Aufenthaltsort, also Jerusalem. In Jerusalem und Caesarea Maritima unterhielt der römische Statthalter Paläste. Doch die meiste Zeit hielt sich der römische Statthalter Pontius Pilatus sowie seine Vorgänger und Nachfolger in Caesarea Maritima auf, weil dort die Masse der römischen Soldaten in der Provinz Paelestina stationiert war, es dort in der Regel wärmer als im übrigen Land war, aller römischer Komfort existierte und im Falle von Spannungen stets die Fluchtmöglichkeit über den sicheren Seehafen von Caesarea Maritima nach Rom bestand.

Das Kreuz als Abschreckung

Die Kreuzigungsstrafe diente vor allem der Abschreckung. An der Spitze des Kreuzes war auf einem Holztäfelchen der Name des Verurteilten und der Grund seiner Verurteilung angegeben. Bei Jesus war das bekanntlich INRI, also "Jesus Nazareth rex judaicum" – Jesus aus Nazareth, König der Juden. In der Regel handelt es sich bei den Gekreuzigten um Gewohnheitsverbrecher, also Diebe, Betrüger und Mörder. Zur Abschreckung gehörte nicht nur die Kreuzigung per se, sondern das die Delinquenten zuvor geschlagen, ausgepeitscht, getreten und misshandelt wurden. Danach wurde ihr gefolterter Körper öffentlich gezeigt, indem

sie ihr Kreuz zur Kreuzigungsstätte tragen mussten. Im Falle von Jesus mussten sie dafür die Altstadt von Jerusalem durchqueren, bis hin zur Kreuzigungsstätte Golgatha, genannt Schädelhöhe, weil dort die Überreste von Gekreuzigten zu finden waren. An der Kreuzigungsstätte angekommen wurden die Verurteilten an das mitgeschleppte Holzkreuz genagelt und dann wurde das Holzkreuz aufgestellt. Die Verurteilten wurden so am Kreuz angebracht, dass sie mit ihrem Gesäß auf einem kleinen Holzhöckerchen saßen. Dadurch lag nicht das gesamte Körpergewicht auf den angenagelten Händen und Füßen. Durch die halb-sitzende Haltung wurde aber auch der Prozess des Sterbens und Leidens verlängert. Einige Delinquenten verloren durch Schmerzen und Blutverlust in Folge der Geißelung und des Einschlagens der Nägel ihr Bewusstsein und verstarben dann. Doch die Mehrheit der Verurteilten hing noch tagelang bei vollem Bewusstsein am Kreuz und verstarb dann aufgrund der offenen, nicht behandelten Wunden sowie des Mangels an Trinken und Essen. Damit Angehörige den Verurteilten nicht zu Essen und zu Trinken gaben oder sie sogar vom Kreuz abnahmen, wurden römische Soldaten bei den Verurteilten postiert, die diese bewachten. Die Lage auf einer Anhöhe oder am Wegrand gewährleistete, dass die Gekreuzigten zur Abschreckung von der Bevölkerung weithin sichtbar waren.

Soweit uns bekannt ist, spielte das Kreuz in der christlichen Urgemeinde in Jerusalem keine besondere Rolle. Wesentlich war für die Jünger Jesu vor allem, dass Jesus auferstanden und den Tod überwunden hat. Die Christen der Jerusalemer Urgemeinde lebten in einer Naherwartung. Wie viele andere Menschen der damaligen Zeit dachten sie, dass das Ende der Welt kurz bevorstehen und jeden Augenblick auf sie einbrechen könnte. Die Auferstehung Jesu wurde als Heilszeichen wahrgenommen hinsichtlich des scheinbar kurz be-

vorstehenden Endes der Welt und auf das Kommen des Erlösers und Retters. Die Mitglieder der christlichen Urgemeinde lebten in der Annahme, dass sie noch in ihrer Lebenszeit das Ende der Welt durch den bereits auf-erstandenen und wiederkommenden Jesus erleben werden; für sie hatte bereits mit der Auferstehung Jesu das Reich Gottes (Eschaton) und Gottes Herrschaft auf Erden begonnen. Das Kreuz spielte in diesem Zusammenhang keine Bedeutung.

Geheimes Symbol

Auf dem Apostelkonzil in Jerusalem im Jahr 48 n. Chr., also etwa 15-18 Jahre nach Jesu Tod und Auferstehung, vergegenwärtigten sich die Jünger Jesu, dass das Ende der Welt vielleicht jetzt doch nicht so schnell komme, wie ursprünglich gedacht. Bis es soweit ist, sei es Auftrag der Apostel, den Glauben Jesu zu verkündigen und zu verbreiten. In diesem Wirkungszusammenhang erhielt das Kreuz eine neue Bedeutung. In der vorkonstantinischen Zeit, also bis hin zum Mailänder Toleranzedikt von 313 n. Chr., musste die christliche Religion im Verborgenen ausgeübt werden. Nur wenige Menschen waren Christen. Gottesdienste wurden meist in Privaträumen abgehalten, die auch immer wieder wechselten, um der Gefahr von Verfolgung, Denunziation und Verhaftung zu entgehen. In dieser angespannten Situation diente das Zeichen des Kreuzes als Erkennungszeichen, welches an Kettchen um den Hals getragen wurde oder als Kreidezeichen um an einer Hauswand oder einem Türpfosten markiert war. Die ältesten uns erhalten gebliebenen Kreuzeszeichen sind uns in den Katakomben in Rom aus dem 2. und 3. Jahrhundert überliefert.

Kreuz als Siegeszeichen

Im 4. Jahrhundert n. Chr. änderte sich mit Konstantin den Großen (311-337 n. Chr.) die Wahrnehmung des Kreuzeszeichens. Konstantin hatte in der Nacht vor der entscheidenden

Schlacht gegen seinen Widersacher Maxentius vom Kreuz geträumt, und das er in diesem Zeichen gegen seinen Gegner siegen würde. Und genau dieses trat ein. Das Kreuz wurde fortan zum Siegeszeichen des römischen Reiches. Alle Legionärsstandarten, die einer Legion vorneweg getragen wurden, wurden mit dem Kreuzeszeichen ausgestattet, auch die goldene Standarte, die dem römischen Kaiser bei offiziellen Anlässen vorneweg getragen wurde. Diese goldene Standarte wird in abgeänderter Form auch heute noch bei Papstmessen beim Ein- und Auszug des Heiligen Vaters vorneweg getragen, wie auch in weniger kostbaren Ausführungen bei jeder katholischen Festmesse. In diesem christlichen Kontext bedeutet das Kreuz aber nicht den Sieg über einen Gegner, sondern der Sieg über den Tod durch die Auferstehung Jesu Christi.

Das Kreuz als Siegeszeichen hat in seiner christlichen Bedeutung bis heute Bestand. Doch überwiegen in Vergangenheit und der Gegenwart andere Bedeutungsmuster. Schon mit der Völkerwanderungszeit und wäh-

rend des gesamten Mittelalters waren die Christen in Europa durch vielfältigen Schmerz und Leideserfahrungen geprägt, sei es durch Kriege, Plünderungen oder die Pest. Durch vielfältige Erfahrungen von Kummer und Pein geprägt, die bekanntermaßen Kinder zu einem Kinderkreuzzug veranlassen, der dann ganz tragisch endete, erhielt das Kreuz neue Deutungsmuster: das Kreuzeszeichen als Ausdruck des mitleidenden Jesus. Nicht nur die zahlreichen Kreuzwegstationen künden von dieser durch menschliches Leid geprägten Kreuzeserfahrung, sondern sie verbanden sich mit den berühmten „*ecco homo*“-Darstellungen, also Bildern vom gepeinigten und gequälten Christus, der am Leid der Menschen teilhat und das Leid der Welt beweint. Trotz allen Leides, so vor allem die neuzeitliche Wahrnehmung, ist das Kreuz ein Zeichen der Hoffnung, und eben deshalb wird es auch von Mitgliedern der Gemeinschaft katholischer Soldaten getragen.

Die Darstellung und Verehrung des Kreuzes entwickelt sich also – wie aufgezeigt – bereits im frühen

Christentum, also in der Alten Kirche. Sie erreicht dann im Mittelalter seine volle Ausprägung, vor allem in der Kunstgeschichte. Zur Zeit der Reformation und in der Frühen Neuzeit, also der nachtridentinischen Zeit, sind diese verschiedenen, angesprochenen Facetten des Kreuzes, vor allem das Kreuz als Siegeszeichen der römischen Kirche, zum Tragen gekommen. Darüber hinaus existiert auch der kaiserlich-habsburgische Kreuzeskult, der von den katholischen Machthabern Europas konfessionspolitisch eingesetzt wird. Hierüber informiert die vorliegende Veröffentlichung in 16 Beiträgen; sie liefert neue Forschungsansätze zu einer bisher fehlenden Kunstgeschichte des Kreuzes in reformatorischer und nachreformatorischer Zeit. □

Carla Heussler, Sigrid Gensichen:
Das Kreuz. Darstellung und Verehrung in der Frühen Neuzeit.

Schnell+Steiner Verlag:
Regensburg 2012,
ISBN 978-3-7954-2643-9

Buchbesprechung

Juden und Christen heute

VON ANDREAS M. RAUCH

Mitunter erscheint die römisch-katholische Kirche starr und unbeweglich. Tatsächlich hat sie sich bewegt, wie der Vatikan-Journalist und Vatikan-Insider Heinz-Joachim Fischer belegt, auch wenn sie als Institution in Jahrhunderten denkt und handelt. Das gilt auch in ihrem Verhältnis zur jüdischen Religion und zum jüdischen Volk.

Jesus war selber Jude und das gesamte Neue Testament lässt sich nur im Zusammenhang mit der Hebräischen Bibel, also dem Alten Testament, verstehen. Hier hat es auch Neuerungen durch die Forschung gegeben. Das Neue Testament, also die Griechische Bibel, wurde zwischen 50 n.Chr. (erste Paulus-Briefe) und ca. 120 n.Chr. (Apostelgeschichte und Johannes-Evangelium)

geschrieben. Archäologische Funde und Bibelforschung haben in den vergangenen Jahren ergeben, dass zu diesem Zeitpunkt die Hebräische Bibel noch gar nicht abgeschlossen war, sondern dass etwa die Chroniken erst im ersten nachchristlichen Jahrhundert ihre Schlussredaktion erlebten. Das bedeutet im Kern, dass auch das Judentum als Phänomen im ersten, nachchristlichen Jahrhundert keinesfalls abgeschlossen war und noch nach seiner Identität suchte, wie die verschiedenen jüdischen Religionsgruppen der Zeit, etwa die Pharisäer und Sadduzäer, dies auch anzeigen und belegen.

Der vorliegende Band „Päpste und Juden. Die Wende unter Johannes II. und Benedikt XVI.“ reiht sich ein in fünf weitere Veröffentlichungen

Heinz-Joachim Fischers im LIT-Verlag: „Jesus von Nazareth kontrovers. Rückfragen an Joseph Ratzinger“ (2007), „Der Papst im Kreuzfahrer. Zurück zu Pius oder das Konzil fortschreiben?“ (2009), „Vom Theologen zum Papst. Joseph Ratzinger – Benedikt XVI.“ (2010), „Vatikan von innen. 1975-2010“ (2010) und „Die Päpste und der Sex. Kirche in der Sackgasse“ (2011). Alle sechs Bände basieren auf Artikel von Fischer, sind ergänzt durch eigene Texte, Beiträge anderer Autoren sowie durch Dokumente und Bibelzitate.

Vor allem zeichnen sich alle sechs Bände aus, dass ihr Inhalt gut strukturiert ist, auch wenn sie nicht unter streng wissenschaftlichen Kriterien gesehen werden dürfen. Vor allem geben die Publikationen Zeugnis ab

vom Vatikaner Fischer, der eben als Korrespondent der angesehenen Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vor Ort in Rom und in der Vatikanstadt hautnah Ereignisse und Entwicklungen des Heiligen Stuhles als Zeitzeuge selbst miterlebten durfte und in dieser Rolle als Zeitzeuge kommen den Texten eine ganz besondere, auch wissenschaftliche Bedeutung zu.

Im vorliegenden Band setzt sich Fischer mit dem Verhältnis zwischen Christentum und Judentum im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert auseinander, vor allem unter den Pontifikaten von Johannes Paul II. (1978-2005) und Benedikt XVI. (seit 2005). Gerade in den ersten Kapiteln bei Fischer wird deutlich, dass die Judenthematik im 20. Jahrhundert viel mit Holocaust und Judenverfolgung unter der nationalsozialistischen Herrschaft Adolf Hitlers zu tun hat, aber auch mit seinen Kollaborateuren wie Benito Mussolini. Und diesen Herausforderungen muss sich auch die römisch-katholische Kirche stellen, etwa in der Auseinandersetzung um die Rolle Papst Pius XII. und Rolf Hochhuths „Stellvertreter“.

Suche nach Frieden und Dialogbereitschaft

Schon Papst Benedikt XV. hatte im Kontext des I. Weltkrieges die Suche nach Frieden als vorrangige Aufgabe von Politik und Gesellschaft und eben auch der Kirche formuliert. Zunächst behandelt Fischer das Verhältnis der Kirche zum Judentum vor 1945. Dadurch, dass Fischers Veröffentlichung auf zahlreichen Artikelveröffentlichungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung basiert, springt der Autor zwischen den Jahren und Dekaden und auch zwischen den einzelnen Päpsten von Pius X. bis zu Benedikt XVI., ist also in der zeitlichen Abfolge nicht stringent. Gleichwohl werden zentrale Punkte wie die Verurteilung des Antisemitismus durch Papst Pius XI. und seine Anti-Nazi-Enzyklika von 1937 angesprochen, ebenso wie die spätere Rolle von Pius XII. und sein ablehnendes Verhältnis zum Nationalsozialismus. Es dürfen hier allerdings keine Vergleiche mit wissenschaftlichen Publikationen zu diesem Thema gezogen werden, dienen aber als eine Einführung in die Problematik Kirche und Nationalsozialismus.

Und als Papst Johannes XXIII. sich zu einem Zweiten Vatikanischen Konzil entschlossen hatte, da ging es auch um Frieden und Dialogbereitschaft mit den anderen Religionsgemeinschaften, so auch mit dem Judentum. In diesem Zusammenhang benennt Fischer die wichtigen Etappen im jüdisch-christlichen Verhältnis, Personen wie etwa Kardinal Augustin Bea und Ereignisse wie etwa die Pilgerreise von Papst Paul VI. in das Heilige Land (1964), das Zweite Vatikanische Konzil und die Konzilsenzyklika „Nostra Aetate“ (1965), die Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden (1974) und die Verurteilung des Antisemitismus (1975).

Sodann behandelt der Verfasser eine weitere Wende im jüdisch-christlichen Verhältnis, und die verbindet sich mit Johannes Paul II., einem wichtigen Mahner für ein positives, ausgeglichenes und verständnisvolles Verhältnis zwischen Juden und Christen. Dieses wurde bereits zu Beginn des Pontifikats mit einem Besuch des Konzentrationslagers in Auschwitz-Birkenau eingeleitet und dann immer weiter fortentwickelt, etwa mit regelmäßigen Kontakten zu jüdischen Gemeinden, der neuen vatikanischen Nahost-Politik – unter anderem durch den Empfang Arafats sowie das Bemühen um Erinnern und Versöhnen des Papstes im Heiligen Jahr 2000, auch gegenüber den Juden. Auch ist in den Ostermessen und überhaupt in den Fürbitten in einem positiven Sinne zu gedenken, so der Willen des Papstes.

Das Buch schließt ab mit dem Bemühen Joseph Ratzingers als Papst Benedikt XVI. gegenüber den

Juden, etwa im Gedenken an den Judenmord im Jahr 2005 und seinem Besuch in der Synagoge zu Köln, der Staatsbesuch Benedikt XVI. in Berlin, der ebenfalls dem jüdisch-christlichen Versöhnung dient und der Besuch der Römischen Synagoge im Jahr 2010. Papst Benedikt steht in vielem für eine gewisse Kontinuität hinsichtlich des Pontifikates von Papst Johannes Paul II., so auch im Bemühen um eine Verbesserung des jüdisch-christlichen Verhältnisses, sowohl gegenüber einzelnen Juden wie auch jüdischen Gemeinden. Abschließend sei auf gemeinsame Forschungsvorhaben und Wissenschaftskontakte zwischen Judentum und Christentum hingewiesen. So legt die Forschung auf dem Gebiet der Biblischen Archäologie nahe, dass zum Judentum in Palästina, vor allem während der Königreiche von David und Salemon, Fragen offen sind. So wird gegenwärtig diskutiert, ob etwa der jüdische König Salemon nicht schon im 8. oder 9. Jahrhundert gelebt hat, und nicht etwa zwischen ca. 965-926 v. Chr., und Salemon möglicherweise gar nicht über eine Großreich, sondern ein äußerst überschaubares Gebiet regierte. Kurzum, Fischer kommt zu dem Ergebnis, dass im Verhältnis Judentum und Christentum Fragen offen und neue Initiativen zum gegenseitigen Verstehen notwendig sind. □

Heinz-Joachim Fischer: Päpste und Juden. Die Wende unter Johannes Paul II. und Benedikt XVI. LIT-Verlag: Berlin, Münster, Wien, Zürich, London 2012, gebunden, 275 S., ISBN 978-3-643-11699-4

Redaktionsschluss für
AUFTRAG 289

Freitag, 25. 01. 2013

Seminar Dritte Lebensphase

„Nach dem Arbeitsleben fängt das Leben an“

Für vier Tage sollte die Qualität der „dritten Lebensphase“ Thema für Ehepaare sein, die den Übergang vom aktiven Berufsleben in den verdienten Ruhestand bereits in Sichtweite haben.

Die Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg, in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof, eingewachsen in die Nürnberger Innenstadt und mit allen Voraussetzungen für die Durchführung eines mehrtägigen Ver-

der Sicht- und Betrachtungsweise des dahinterstehenden Menschen.

Der zweite Tag begann mit einer kurzen Andacht und setzte sich mit dem Thema „Hilfe! Das Leben beginnt“ fort. Prof. Dr. Ertl führte, bisweilen recht bildhaft und immer wieder mit einem Nebensatz der ausdrücklich zum schmunzeln anregte, aus. Im Gespräch ergaben sich Gedanken und Perspektiven zur individuellen Zukunftsgestaltung. Anschließend führ-

sen, nicht mehr „abspringen“ kann. Wer einmal Anregungen zum „Zug des Lebens“ aufnehmen möchte dem sei diese Geschichte sehr empfohlen. Prof. Dr. Ertl konnte sich dabei auch als stolzer (neu)Großvater „outen“. Franziska hatte am Tag zuvor das Licht der Welt erblickt. Der Nachmittag gehörte dem Versorgungs- und Sozialrecht. RAmtFr Claudia Hartmann vom Sozialdienst des Standortservice Roth referierte zu diesem wichtigen Thema. Beispielhaft und sehr transparent vermittelte sie diese für die soziale und materielle Absicherung unser aller Zukunft so wichtige Thematik.

Der Samstag begann mit einem Morgenlob und setzte sich, geleitet durch Pater Johannes Jeran mit der Thematik „Gott ist immer für Überraschungen gut“ fort. Die anspruchsvolle Thematik führte zu einer kontrovers geführten Diskussion die noch mehrmals an anderer Stelle aufgegriffen wurde. Am programmfreien Abend trafen sich alle Teilnehmer im Heilig Geist Stift. Ein gemeinsames Abendessen sollte es werden. Zu später Stunde verließen wir als letzte Gäste den „Barfuß“, eine traditionsreiche Hausbrauerei im Keller der Nürnberger Mauthalle. Manch ein Teilnehmer hatte schon lange nicht mehr so befreit gelacht, besonders unsere Damen beförderten die Stimmung zu immer wieder neuen Höhen. Hier entstand auch der feste Wille sich unbedingt wieder zu treffen und Erfahrungen auszutauschen. Alle sind schon heute darauf gespannt.

Der Sonntag begann dann noch einmal mit einem ernsten Thema. „Vorsorgevollmacht, Betreuungs- und Patientenverfügungen“ standen im Mittelpunkt. Prof. Dr. Ertl machte die Teilnehmer bisweilen launig aber auch stets plastisch, deutlich diese jedermann betreffende Thematik nicht auf die lange Bank zu schieben. Nach dem Mittagessen blieb leider nur noch „vielen Dank und Lebewohl“ zu sagen. Verbunden damit war für die Teilnehmer der feste Wille „wir sehen uns wieder und tauschen unsere Erfahrungen aus“. □

(Text: Fritz Mahn,
Foto: Uwe Sämann)



Die Teilnehmer während der Stadtbesichtigung

anstaltung versehen, stellte dazu den häuslichen Rahmen. Die Leitung des Seminars lag in den bewährten Händen von Prof. Dr. Heimo Ertl, unterstützt durch Pater Johannes Jeran SJ, der dazu eigens aus Dresden angereist war und durch OstFw a. D. Friedrich Mirbeth als Vertreter der GKS.

So starteten wir nach der offiziellen Begrüßung durch OstFw a. D. Johann Schacherl, dem Haushaltsbeauftragten der GKS, mit dem durch den Bayerischen Rundfunk produzierten Fernsehfilm „Caritas Pirckheimer, die starke Frau von Nürnberg“ und hatten damit unmittelbar den thematischen Kontakt zum Haus und seiner Umgebung hergestellt. Nach dem Abendessen und vor dem geselligen Ausklang des Tages fand dann noch eine etwas andere Art der Vorstellung der Teilnehmer statt. Die für Soldaten gewohnte Aneinanderreihung von Name, Dienstgrad, wo komm ich her, wo und was war ich bisher, was mache ich... wurde dabei ersetzt durch eine Auswahl von Bildern. Aus einer großen Auswahl von Fotografien wurde ein oder auch mehrere Bilder individuell ausgewählt und anschließend der Gruppe interpretiert. So wurden nicht nur Namen und Fakten preisgegeben, es entstand auch ein erster Eindruck

te uns Frau Ursula Gölden durch die alte Patrizierstadt Nürnberg (Bild). In bewährter Weise standen nicht nur Daten und Fakten an sondern auch viele kleine Episoden zur Geschichte der Stadt Nürnberg. Prof. Dr. med. Thomas Ebert referierte anschließend aus der ärztlichen Sicht zum Thema des „Älter werden – nichts für Feiglinge“. Gesund gestorben wird mit maximal Lebensjahren, wer mehr und länger will muss auch die kleinen alltäglichen Zipperleins ertragen können. Fakten, Hintergründe und Einsichten zum körperlichen Älter werden ergänzten sich bisweilen mit launigen Geschichten aus dem reichhaltigen Erfahrungsschatz eines erfahrenen Mediziners.

Der nächste Tag begann mit einer Eucharistiefeier in der stimmungsvollen Hauskapelle des Hauses. Eigens dazu angereist war der stv Ltd MilDe-kan Alfons Hutter. Leider hatte er an diesem Tag einen mehr als gefüllten Terminplan. So reichte es nur zu einem kurzen Frühstücksplausch. Prof. Dr. Ertl las anschließend die Kurzgeschichte „Reisender ohne Fahrkarte“ von Rudolf Otto Wiemer. Ein Reisender findet sich in einem Zug für den er keine Fahrkarte benötigt. Während der Fahrt stellt er dann entsetzt fest, dass er diesen Zug nicht mehr verlas-

XXV. Forum und Mitgliederversammlung

VON BERTRAM BASTIAN

Am 10. November 2012 fand die Mitgliederversammlung der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands in Bonn im Haus des katholischen Studentenverbandes Ripuaria statt. Im davor stattfindenden XXV. Forum hielt Prof. Dr. Patrik Höring¹ den Vortrag: „Jeder ein Sonderfall? – Wie Menschen heute glauben“.

Der Tag der Mitgliederversammlung begann mit einer Heiligen Messe in der Kirche St. Sebastian in Bonn, welche die erschienenen Teilnehmer mit Pater Niccolo Steiner SJ vom Aloisius Kolleg feierten. Prof. Höring hielt danach den Festvortrag. Seinen Festvortrag begann Prof. Höring mit der bekannten Antwort des damaligen Kardinals Ratzinger auf die Frage des Journalisten Peter Seewald „Wie viele Wege gibt es zu Gott?“ Ratzinger gab ihm zur Antwort: „Soviel wie es Menschen gibt!“ Dies gelte für die persönliche Suche nach Gott, wie für die je unterschiedliche Art und Weise Glauben zu praktizieren. Höring beschränkte sich daher auf die deutsche Glaubenslandschaft. Tatsache sei, dass nach der Wiedervereinigung die Anzahl der Menschen geringer wurde, die sich als religiös gebunden bezeichneten. Dieser Trend sei ebenso im Parlament vertreten, in dem sich heute nur noch 59 % der Abgeordneten als Christen bezeichneten, 35 % keine Angaben machten, gleichwohl aber nur 4,3 % explizit als religionslos bekannten. Der Redner machte für diese Veränderung drei Phänomene verantwortlich: die Säkularisation, die Pluralisierung und die Individualisierung.

Säkularisation

Unter der napoleonischen Herrschaft wurde die weltliche von der religiösen Herrschaft getrennt. Die Kirchen und Klöster wurden enteignet, aber wichtiger noch, die weltliche

che Herrschaft war nicht mehr länger moralisch gerechtfertigt und „gottgewollt“, zumindest nicht im ursprünglichen Maße. Diese Trennung mit der Verlagerung des Religiösen in den Privatbereich war ein „schleichender“ Prozess, der in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erheblich an Dynamik zulegte. Waren in den 50er Jahren noch Schlangen vor den Beichtstühlen, um sich auf das Osterfest vorzubereiten, so seien es heute die Schlangen vor den Supermarktkassen, welche die Zeit vor Feiertagen prägten. Dies solle als Beispiel genügen, wie sehr früher der Alltag durch die Religion geprägt gewesen sei und wie bestimmend die Kirche auftrat, wohingegen heute die Konsumtempel die Anlaufstellen seien. Auch die Durchmischung der Bevölkerung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg habe dazu geführt, dass die Grenzen zwischen den Konfessionen durchlässiger und im Erleben des Einzelnen nahezu unkenntlich geworden sind. Nach 1968 vollzog sich mehr und mehr der Wandel von der „Gnadenanstalt Kirche“ zu einer „Sozialanstalt“, auch auf dem Hintergrund zunehmender Professionalisierung (aufgrund sprudelnder Kirchensteuereinnahmen). Doch auch diese Form von Kirche komme an ein Ende. Während der Kirchenaustritt weitgehend als normal angesehen würde, die Zahl der Gottesdienstbesucher sich auf einem niedrigen Niveau stabilisierte, sei hingegen die Anzahl der Sakramentspendungen (zunächst) annähernd gleich geblieben. Es gäbe nicht unbedingt ein weniger an Religiosität, sondern die Menschen suchten neue Wege der Religiosität und würden dabei die Angebote der Kirche nur noch als eine unter anderen wahrnehmen.

Pluralisierung

Nicht erst durch die Globalisierung würden heutzutage viele Religionen in einem Stadtbild sichtbar. Dadurch bekomme der Suchende die Möglichkeit, sich aus der Vielfalt ein

„passendes“ Modell herauszusuchen, das er selbst dann auch moderieren könne. Selbst in der Katholischen Kirche habe mit den Glaubensgemeinschaften eine „Binnenpluralisierung“ eingesetzt, die dazu beitragen würde, dass das Feld des Religiösen heute ein bunter Markt sei, der um die Gläubigen werben müsse, trug Patrik Höring vor. Diese Binnenpluralisierung sei in anderen Religionen genauso vorhanden, so Höring weiter. Dabei würden religiöse Rituale von den sinn-suchenden Menschen nach Bedarf ausgewählt, nicht wegen einer persönlichen Bindung an eine Gemeinschaft, trug der Redner vor und schilderte Beispiele aus der Praxis, in denen kirchenferne Menschen sich Rituale wünschten, weil diese „so cool“ seien. Wie im Supermarkt, so suche der heutige Mensch, sich das ihm passende heraus.

Individualisierung

Prof. Höring führte aus, dass die geschilderten Phänomene zwangsläufig Individualisierung ermöglichen und erforderten. In einer pluralen Welt der Weltanschauungen müsse man sich entscheiden, aber entscheiden berge zugleich die Gefahr des Scheiterns. Also zeige man sich mehrseitig und lege sich zumeist nicht mehr fest. Ja, angesichts der Komplexität heutiger Zusammenhänge könne man sich auch kaum noch festlegen. Was früher als gut und richtig angesehen wurde, ist heute abzulehnen. Zu erinnern sei etwa an den Umgang mit der Kernenergie. Wer sagt uns heute, dass diese oder jene Entscheidung Morgen sich nicht als fatal herausstellt? Fazit: Wer sich festlegt, kann scheitern. Das kann auch zur Überforderung werden, sodass manche, denen die Wahl zur Qual geworden sei, sich fundamentalistischen Gruppen oder extremen politischen Orientierungen anschließen. Prof. Höring: „Man flüchtet sich vor Entscheidungen und unterwirft sich Entscheidungen anderer“. Zum Schluss seines Vortrages konfrontierte Prof. Höring

¹ Patrik Höring ist Professor an der Phil.-Theol. Hochschule der Steyler Missionare in Sankt Augustin und Mitarbeiter in der Abteilung Jugendseelsorge des Erzbistums Köln.

die Zuhörer noch mit drei Thesen zu diesem Gebiet:

Religiöse Vielfalt führe zu einem „Mehr“ an Religiosität

Religiöse Vielfalt relativiere die eigenen religiösen Überzeugungen

Religiöse Vielfalt führe zu einer Verschmelzung verschiedener religiöser Überzeugungen

Die erste These sei in Deutschland durch die anfangs genannten Zahlen zu widerlegen: Die Vielfalt an Religionen, wie sie vor allem in den Städten erlebbar sei, gehe einher mit einer hohen Zahl an Religionslosen. Die zweite These trafe daher eher zu, wobei einzuräumen sei, dass die Freiheitsgrade in den Städten größer seien als auf dem Land, so dass nicht allein die Vielfalt religiöser Angebote die Ursache für diese Situation sei. Die dritte These schließlich ließe sich ebenfalls bestätigen, führe religiöse Vielfalt doch tatsächlich in vielen Fällen zu sogenannten „Patchwork-Religionen“.

Als Schlussfolgerung verglich Höring die katholische Verbandsarbeit mit einem Biotop, in dem sich Gleichgesinnte und Suchende, Überzeugte und zufällig Hineingeratene trafen, die in lebendigem wechselseitigen Prozess auch das Verbandsprofil weiterentwickeln könnten. So werde

sich nahezu von allein das Gesicht katholischer Verbände verändern. In jedem Fall bildeten sie ein ganz eigenes, unersetzbares Lern- und Erfahrungsfeld von Kirche in der Welt von heute.

Eine lebhafte Diskussion schloss sich den Ausführungen des Vortragenden an. Dabei wurde deutlich, dass die „Amtskirche“ hier auch keinen Königsweg bereit hält, denn in den Diözesen werde sehr unterschiedlich reagiert. Der Priestermangel sei keine ausreichende Begründung für den Zustand der Kirche. Die Bedeutung der Orden und der Verbände für die Erneuerung der Kirche war bei allen Teilnehmern unumstritten.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen eröffnete Hubertus Wübken, der 1. Vizepräsident in Wahrnehmung der Aufgaben für den erkrankten Präsidenten Dr. Wolfgang Burr, die Mitgliederversammlung der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands. Der Bericht des amtierenden Präsidenten beschäftigte sich mit der zweiten Veranstaltung des Dialogprozesses in Hannover. Hier seien gute Ansätze sichtbar gewesen, die optimistisch stimmen würden, führte Wübken aus.

² Zum besseren Verständnis des Dialogprozesses ist der Impuls zum Zukunftsbild

2. Vizepräsidentin und Schatzmeisterin Elke Peters und dem Bericht des Kassenprüfers wurde der Vorstand entlastet. Die Neuwahlen ergaben folgende Zusammensetzung des Präsidiums: zum Präsidenten wurde Bertram Bastian gewählt, 1. Vizepräsident Hubertus Wübken wurde bestätigt, ebenso die 2. Vizepräsidentin und Schatzmeisterin Elke Peters. Als Beisitzer wurden gewählt: Mechtilde Kerckhoff, Dr. Patrik Höring, Hermann-Josef Grossimlinghaus. Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung lag der Schwerpunkt der Beratungen auf den Salzburger Hochschulwochen, die in diesem Jahr durch den Preisträger und verschiedene Referenten einige Unruhe hervorgerufen hatten. Einig war man sich darin, dass die Veranstaltungen auf keinen Fall „stromlinienförmig“ sein sollten, sie sollten Anlass zu Diskussion und Reflexion sein. Im nächsten Jahr finden die Salzburger Hochschulwochen vom 29.07. bis 4.08.2013 unter dem Motto „Gefährliches Wissen“ statt. □

bild „Vielfalt als Bereicherung erleben“ „Gesellschaftliche Pluralität – Vielfalt und Einheit des Katholischen“ von Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck (Essen) und der Impuls zum Zukunftsbild „Den Menschen nah sein“ „Diakonisches und pastorales Wirken in der Kirche“ von Bischof Dr. Franz-Josef Bode (Osna-brück) nachfolgend abgedruckt

Gesprächsforum „Zivilisation der Liebe“

„Gesellschaftliche Pluralität – Vielfalt und Einheit des Katholischen“

VON BISCHOF DR. FRANZ-JOSEF OVERBECK (ESSEN)¹

„Unsere Kirche hat große Ausstrahlungskraft, wenn sie Vielfalt als Bereicherung erlebt.“ – So ist im vergangenen Jahr in Mannheim ein Zukunftsbild beschrieben worden, mit dem wir jetzt hier in Hannover weiter arbeiten wollen.

Wir leben in einer bunten und vielfältigen Welt. Die Möglichkeiten, unter denen ich wählen kann, nehmen ständig zu, nicht nur bei den Fernsehprogrammen oder den Produktpalet-

ten im Supermarkt. Die Menschen rücken im Zeitalter der Globalisierung und zunehmender Mobilität immer enger zusammen und nehmen sich dabei in ihrer Vielfältigkeit und Viel-Gesichtigkeit stärker als früher wahr. Im Internet, in sozialen Netzen können wir mit unzähligen „friends and followers“ täglich mehrere Stunden intensiven lebendigen Austausch erleben. Unser Leben, unser Zusammenleben wird geprägt von einer Vielfalt von Lebensentwürfen, Weltanschauungen, Kulturen und Religionen. Was früher einmal von ande-

ren festgelegt wurde, kann ich heute selbst entscheiden.

Vielfalt erweitert den Horizont; Vielfalt erfordert Toleranz; Vielfalt verlangt aber auch meine eigene Entscheidung und Entschiedenheit.

Im Bereich des Religiösen stellt uns die Pluralität vor große Herausforderungen. Wie kann ich im bunten Reigen der unterschiedlichsten Sinnanbieter den wahren Sinn des Lebens entdecken? Als Katholiken spüren wir, dass wir weniger werden. Unsere Stimme ist nur eine unter vielen. In manchen Schulklassen sind katho-

¹ Impuls zum Zukunftsbild „Vielfalt als Bereicherung erleben“, gehalten am 14. September 2012 in Hannover

lische Kinder und Jugendliche die kleinste Minderheit. Kann ich mein Christsein noch konsequent leben, wenn ich sehe, wie Menschen mit anderen religiösen Überzeugungen oder ganz ohne Glauben an Gott ihr Leben scheinbar problemlos gestalten?

Pluralität, Vielfalt hat etwas unheimlich Faszinierendes, aber auch etwas sehr Herausforderndes. Wachsende Pluralität macht es schwer, den Überblick zu behalten. Wie soll ich mich entscheiden, wenn ich gar nicht alles kennen lernen und prüfen kann? Wie kann ich im Wirrwarr der Stimmen und Meinungen das Wahre finden, das mich zum Glück führt? Gibt es in einer pluralen Welt noch Verbindlichkeit und Festigkeit oder führt Pluralität unweigerlich zur Beliebigkeit? Wo in der pluralen Gesellschaft bleibt der Mensch mit seiner Sehnsucht nach Halt und Schutz?

Nun ist Vielfalt für uns Katholiken eigentlich gar nichts Neues. Von Anfang an hat sich unsere Kirche in Vielfalt entwickelt: Die Apostel konnten unterschiedlicher gar nicht sein. Und jeder hat auf seine Weise das Wort des Evangeliums weitergegeben. Schon sehr schnell kam das Christentum mit unterschiedlichen Kulturen und Denkweisen zusammen. Wir kennen ja die frühen Auseinandersetzungen zwischen den jüdisch und griechisch geprägten christlichen Gemeinden.

Die Gemeinschaft der Christen ist keineswegs eine homogene Masse. Wir bekennen uns im Credo zwar zu der „einen“ Kirche; allerdings ist unsere Kirche alles andere als eine „Einheitskirche“. Die katholische Kirche präsentiert sich heute als eine weltumfassende Gemeinschaft von Ortskirchen. Der Papst hat die schwierige Aufgabe des Dienstes an der Einheit der Kirche. Nicht nur unterschiedliche Sprachen und Kulturen, auch unterschiedliche Liturgien, Theologien, Mentalitäten und Zivilisationen prägen das vielfältige Bild unserer Kirche, oft sogar auch in unseren Gemeinden vor Ort.

Und immer geht es um den Menschen, wie, wo und wann auch immer er lebt. Der selige Papst Johannes Paul II. hat in seiner Antrittszyklika den programmatischen Satz geprägt: „Der Weg der Kirche ist der Mensch“

(Redemptor hominis 14). Der universalen Sorge Gottes um jeden Menschen muss auch die universale Sorge der Kirche um die gesamte Menschheit in ihrer Vielfalt entsprechen.

Pluralität ist also etwas, vor dem wir uns nicht fürchten müssen. Die plurale Gesellschaft ist der Kontext, in den hinein sich heute die Kirche inkulturiert. Wir dürfen uns als Kirche nicht abschotten von der Welt, wie wir sie vorfinden. Es gibt keine Sonderwelt für die Kirche, sondern nur die, in der wir leben.

Die plurale Gesellschaft fordert von uns Christen ein klares und entschiedenes Bekenntnis. Die plurale Gesellschaft zeigt uns in besonderer Weise die Vielseitigkeit und Größe des Menschen und damit die Würde, mit der uns der Schöpfer ausgestattet hat. Die plurale Gesellschaft ist die Einladung an uns Christen, auf immer wieder neue Weise die Botschaft von der Liebe Gottes zu verkünden.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat im Artikel 44 der Pastoralkonstitution mutig formuliert, was die Kirche von der heutigen Welt – und damit auch von ihrer Pluralität – lernen kann. Lassen Sie mich drei Sätze zitieren:

„... die Reichtümer, die in den verschiedenen Formen der menschlichen Kultur liegen, durch die die Menschennatur immer klarer zur Erscheinung kommt und neue Wege zur Wahrheit aufgetan werden, gereichen auch der Kirche zum Vorteil.“

„Zur Steigerung dieses Austauschs [zwischen der Kirche und den verschiedenen (...) Kulturen] bedarf die Kirche vor allem in unserer Zeit mit ihrem schnellen Wandel der Verhältnisse und der Vielfalt ihrer Denkweisen der besonderen Hilfe der in der Welt Stehenden, die eine wirkliche Kenntnis der verschiedenen Institutionen und Fachgebiete haben und die Mentalität, die in diesen am Werk ist, wirklich verstehen, gleichgültig, ob es sich um Gläubige oder Ungläubige handelt.“

„Da die Kirche eine sichtbare gesellschaftliche Struktur hat (...), sind für sie auch Möglichkeit und Tatsache einer Bereicherung durch die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens gegeben, (...) weil sie so tiefer erkannt, besser zur Erscheinung

gebracht und zeitgemäßer gestaltet werden kann.“

Nicht zu verschweigen ist jedoch, dass Pluralität auch zu Fragmentierung und Orientierungslosigkeit führen kann. Die Vielfalt auf der einen Seite benötigt die Einheit auf der anderen Seite. Und genau das ist der Beitrag, den unsere Kirche mit der ihr eigenen Erfahrung von Vielfalt und Einheit für die plurale Gesellschaft leisten kann. Die Kirche versteht sich als „Sakrament, das heißt [als] Zeichen und Werkzeug für die innigste Vereinigung mit Gott wie für die Einheit der ganzen Menschheit“ (Lumen Gentium 1). Das bedeutet, dass die Kirche ihre Aufgabe genau darin sieht, die Einheit der Menschen durch die Einheit der Kinder Gottes zu stärken.

Der Bund, den Christus mit seiner Kirche geschlossen hat, stellt eine verlässliche Beziehung dar, die uns Christen Kraft und Halt verleiht, um der pluralen Gemeinschaft der Menschen zu Aufbau und Festigung zu verhelfen. Die Kirche versteht sich als eine Einheit in Vielfalt.

Da die Kirche kraft ihrer Sendung und Natur an keine besondere Form menschlicher Kultur und an kein besonderes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches System gebunden ist, kann sie kraft dieser ihrer Universalität ein ganz enges Band zwischen den verschiedenen menschlichen Gemeinschaften bilden (vgl. Gaudium et spes 42).

Wo Unverbindlichkeit, Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit drohen, bringen Christen den Wert verlässlicher Beziehungen, das Verbindende und Verbindliche, Halt und Orientierung, die allesamt aus der Verlässlichkeit der Gottesbeziehung herrühren, in die plurale Gesellschaft ein.

Die Vielfalt innerhalb der Kirche selbst ist ein Geschenk des Heiligen Geistes, der die Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und Charismen ausstattet. Diese verschiedenen Begabungen gilt es in gegenseitiger Ergänzung für die Kirche, für die Gesellschaft fruchtbar zu machen. Im ersten Petrusbrief des Neuen Testaments heißt es unter der Überschrift „Rechtes Verhalten in der Welt“: „Dient einander als gute Ver-

walter der vielfältigen Gnade Gottes, jeder mit der Gabe, die er empfangen hat“ (1 Petr 4,10).

Ich möchte im Folgenden noch einige Aspekte von Vielfalt benennen, die für uns als Kirche eine besondere Herausforderung darstellen:

Da denke ich zunächst an die Pluralität der Lebensverhältnisse und Lebensformen: Wenn auch für die Mehrzahl der Bevölkerung die Ehe noch ein hohes und erstrebenswertes Gut darstellt, wird sie aber von vielen nicht mehr als einzig gültige Form von Partnerschaft angesehen. Die wachsende Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften wird in zunehmendem Maß von der Gesellschaft akzeptiert. Die von der Kirche verkündeten Orientierungen zu Geschlechtlichkeit und Ehe finden in der Vielfalt unterschiedlicher Anschauungen und Theorien über Sexualität und Ehe weniger Gehör.

Eine besondere Form nichtehelicher Lebensformen stellt die gleichgeschlechtliche Partnerschaft dar. Wenn die Kirche diese Lebensform zwar nicht als Institution anerkennen kann, verbietet die Kirche jegliche Diffamierung und ungerechte Zurücksetzung gleichgeschlechtlich veranlagter Menschen und fordert Achtung und seelsorgliche Unterstützung für sie.

Aufgabe der Kirche ist es, „im Geist des Evangeliums die Botschaft von der Beziehung der Geschlechter so zu verkünden, dass sie sich als menschenfreundliche Sexual- und

Ehemoral erweist; sie hat jene Werte zu erschließen, die in den Sinnbezügen menschlicher Geschlechtlichkeit angelegt sind und zum Ausdruck kommen“ (Kath. Erwachsenenkatechismus, Zweiter Band, 343).

Mit ihrer Wertschätzung von Liebe und Sexualität will die Kirche den Menschen in ihren unterschiedlichsten Lebensweisen Halt und Orientierung geben. Sie „will mit Menschen, die in nichtehelichen Gemeinschaften leben, im Gespräch bleiben oder Verbindung mit ihnen halten“, damit sie „nicht durch harte Urteile aus dem Lebensraum der Kirche ausgestoßen werden, sondern im Rahmen des Möglichen zum Mitleben mit der Kirche ermutigt werden“ (vgl. Kath. Erwachsenenkatechismus, Zweiter Band, 383).

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt von Vielfalt zu sprechen kommen, der zunächst eine binnenkirchliche Angelegenheit zu sein scheint, aber bei genauerem Hinsehen eine große Bedeutung für den Weltauftrag der Kirche besitzt. Es geht um die Vielfalt von Charismen und Diensten in der Kirche.

Wir sind auf der Suche nach einem neuen Miteinander von Priestern und Laien oder – um mit der Kirchenkonstitution des Konzils zu sprechen – nach einem neuen Miteinander von „Priestertum des Dienstes“ und „gemeinsamem Priestertum“ der Getauften. Wir müssen neu lernen, was es heißt, Leitung in unserer Kir-

che wahrzunehmen. Wir müssen neu entdecken, was die Verantwortung der Getauften und Gefirmten für unsere Kirche bedeutet.

Vor allem aber müssen wir das Miteinander von Frauen und Männern im Leben und Wirken der Kirche bedenken. Wir Bischöfe und Priester geben der Kirche ein männliches Angesicht. Um aber überzeugender unseren Dienst für die Welt wahrnehmen zu können, müssen wir der Kirche auch ein weibliches Angesicht verleihen. Wir müssen darüber nachdenken, welche Leitungsfunktionen in unserer Kirche – die nicht an die Weihe gebunden sind – verstärkt von Frauen wahrgenommen werden können und diese dann auch darin fördern und unterstützen. Wenn wir in unsere Pfarreien und Verbände schauen, stellen wir immer wieder fest, wie sehr das Leben der Kirche doch von Frauen getragen wird. Es sind häufig besonders die Frauen, die ihre Kreativität und Weisheit, ihr tatkräftiges Engagement und solidarisches Vermögen zum Wohle aller als Glaubenszeugnis der Kirche einbringen.

„Unsere Kirche hat große Ausstrahlungskraft, wenn sie Vielfalt als Bereicherung erlebt.“ – Das ist kein utopisches Zukunftsbild, sondern bereits Wirklichkeit, die wir uns bei den Gesprächen heute und morgen bewusst machen sollten. Dabei wollen wir bedenken, wie wir die Vielfalt als Beitrag für eine Zivilisation der Liebe fruchtbar machen können. □

Gesprächsforum „Zivilisation der Liebe“

„Diakonisches und pastorales Wirken in der Kirche“

VON BISCHOF DR. FRANZ-JOSEF BODE (OSNABRÜCK)¹

„Unsere Kirche hat große Ausstrahlungskraft, wenn sie den Menschen nahe ist.“ So haben wir es im vergangenen Jahr in Mannheim für die Zukunft unserer Kirche formuliert. Nähe zum Menschen aus der Nähe zu Gott und Nähe zu Gott aus der Nähe zum Menschen. „Nähe“ ist

ein entscheidendes Stichwort einer Pastoral, die Menschen weder falsch vereinnahmen noch in ein Desinteresse an deren existenziellen Fragen abgleiten will. Auf vielfältige Weise greift die Heilige Schrift diese Wirklichkeit auf (vgl. Mk 1,15; Eph 2,13; Lk 10,25-37; Jak 4,8).

Für diese Nähe ist die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des Zweiten Vatikanischen Konzils die

Magna Charta, besonders ihre Präambel: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“ Weniger häufig zitiert wird der zweite Satz: „Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände (resonare)“ (GS 1). Hier wird deut-

¹ Impuls zum Zukunftsbild „Den Menschen nah sein“, gehalten am 14. September 2012 in Hannover

lich: Nicht nur unsere Botschaft soll bei den Menschen Resonanz finden, sondern auch die Menschen sollen in ihrem Fragen und Suchen Resonanz bei uns finden, so dass ein dialogisches Geschehen in Gang kommt, das stark vom gegenseitigen Hören und Wahrnehmen geprägt ist. Es geht um eine Pastoral des hörenden Herzens (vgl. 1 Kön 3,9), eines Herzens aus Fleisch und nicht aus Stein (vgl. Ez 11,19) und in diesem Sinn um Pastoral einer Barmherzigkeit, die Maß nimmt an der Barmherzigkeit Gottes. „Seid barmherzig, wie euer Vater im Himmel barmherzig ist“ (Lk 6,36).

In seinem Schreiben zum Jahr des Glaubens spricht Papst Benedikt von der Kirche als „sichtbarer Gemeinschaft seiner [Jesu] Barmherzigkeit“ (Porta fidei 15).

Dem entsprechend ist alles dafür zu tun, dass sich Menschen mit dem, was ihr Leben prägt, mit Gelingen und Scheitern, mit Höhen und Abgründen von den Christen, von der Kirche angenommen fühlen; vor allem in ihrem Menschsein, wie es von der Ebenbildlichkeit Gottes her in seiner Freiheit und Würde bestimmt ist.

Dies verlangt eine Pastoral und Caritas, die den komplexen Lebenslagen und Lebenssituationen der Menschen heute gerecht werden. Sowohl Pastoral als auch Caritas vollziehen sich in vielfältigen Gestalten und an unterschiedlichen Orten; in einer Vielfalt, wie sie vielleicht noch nie in der Kirchengeschichte gefordert war. Sind doch die Menschen heute mehr denn je geprägt von einer spannungsvollen und zugleich bereichernden Pluralität sowie einem hohem Freiheitssinn.

Pastoral und Caritas orientieren sich an territorialen/parochialen² Zusammenhängen; die Zugehörigkeit durch den jeweiligen Lebensort spielt hier eine Rolle. Sie vollziehen sich in kategorialen Feldern (Krankenhaus, Gefängnis, Schule, Urlaub, Sport ...), in den sozialen Lebensräumen und den persönlichen Lebenswelten der Menschen. Die personale Dimension ist wichtig: Beziehungen, Gruppen und Gemeinschaften ... Pastoral und

Caritas verwirklichen sich in lokalen Bezügen (in Klöstern, Bildungshäusern, sozialen Einrichtungen ...). Vieles ist temporal geprägt: Kirchliche Angebote werden zu bestimmten Lebenszeiten oder vorübergehend zum Beispiel in der Passanten- und Citypastoral wahrgenommen. Ein neues Feld tut sich auf im medialen Bereich, in social communities und in der sich ständig erweiternden Welt der elektronischen Medien. Und auch die globale Dimension, die Erfahrung weltweiter Kirche in Großereignissen („Events“), ist nicht zu unterschätzen. Diese Vielortigkeit und Vielgestaltigkeit ist nicht immer ideal, sie bringt viele Herausforderungen für den Dienst an der Einheit mit sich. Aber sie ist vital und für die Zukunft der Kirche lebensnotwendig, vor allem in ihrem Miteinander von Caritas und Pastoral. Gerade in diesem Zusammenwirken von Pastoral und Caritas sind in den letzten Jahren wichtige Initiativen und gute Projekte entwickelt worden.

Im Blick auf die großen Seelsorgeeinheiten von heute ist mir wichtig, dass sie nicht riesig vergrößerte Zentralpfarreien nach dem Modell der traditionellen Pfarrei sind, sondern ein lebendiges und durchlässiges Netzwerk bilden mit verschiedenen Knotenpunkten durch unterschiedliche Orte und Gemeinschaften.

Solche großen Netzwerke, die sich heute in die Weite spannen, dürfen auf keinen Fall der Nähe und der Tiefe entbehren: der Nähe zu den Menschen vor Ort durch konkrete Gesichter und der Tiefe ihrer inneren Beziehung zu Gott.

Ohne diese untrennbare Weite, Nähe und Tiefe in großen Pastoralen Räumen wird Kirche gesichtslos und nicht mehr erreichbar, sie wird der Zuwendung unfähig und erreicht die Menschen nicht mehr. In den Pastoralen Räumen ist daher das Zusammenwirken der kirchlichen Dienste mit allen Charismen und Begabungen unerlässlich, um so „Christus in seiner vollendeten Gestalt“ darzustellen (Eph 4,7). Eine zentrale Aufgabe der Hauptamtlichen und Hauptberuflichen besteht darin, Charismen zu entdecken und Ehrenamtliche zu befähigen, zu begleiten und zu beauftragen. Das Zusammenspiel von

Priestern, Diakonen und Laien, von Hauptamt und Ehrenamt und allen Formen freiwilligen Dienstes wird differenzierter. Und so kann Kirche auch differenzierter auf die Lebenssituationen von Menschen reagieren. Nähe zu den Menschen wird konkret bis in die vielfältigen Lebenssituationen mit Brüchen, Entfremdungen und Scheitern und in die Verschiedenheit der Lebensformen hinein. Hier sind die Grundbegriffe unseres Treffens in Mannheim entscheidend: *communicatio* in echtem Dialog, *compassio* in hoher Sensibilität und Wahrnehmungskraft für die existenziellen Fragen der Menschen, und *participatio* in der wirklichen Teilhabe und Teilgabe am gemeinsamen Priestertum der Getauften.

Solche Pastoral muss durchdrungen sein von den Grunddimensionen, die Papst Paul VI. schon 1975 (zehn Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil) in dem Apostolischen Schreiben „*Evangelii nuntiandi*“ zur Evangelisierung in der Welt von heute herausgestellt hat: Zeugnis des Lebens, ausdrückliches Wort, Zustimmung des Herzens, konkrete Gemeinschaft, Zeichen und Symbole, Aufbruch und Vollzug – **LEBEN / WORT / HERZ / GEMEINSCHAFT / ZEICHEN / AUFBRUCH** sind Zugänge und Schritte, die nicht nur linear ein Weg, sondern in ihrem vielfältigen Zusammenspiel Kerngestalt einer missionarischen Pastoral sind. Dabei bleibt die Spannung, dass die christliche Botschaft nicht nur bestätigend, sondern auch herausfordernd ist, dass sie sich an dem Suchen der Menschen orientiert und doch auch zu Zielen findet, die über das menschlich Gewünschte, Erdachte oder auch Zusammengebastelte hinausgehen (die Begegnung Jesu mit der Samariterin in Joh 4 ist ein Beispiel dafür).

Ein sehr konkretes Feld, auf dem sich eine Pastoral der Nähe zu bewähren hat, ist der Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen. Die Kirche will und muss das Zeugnis der Treue Gottes in der von Jesus verkündeten Unauflöslichkeit der Ehe bewahren als kostbares Gut, als *sacramentum*, als heiliges Zeichen der einzigartigen und unverbrüchlichen Liebe Gottes. Zugleich will und soll die Kirche aber immer wieder auch Zeichen der

² Parochial“ ist das, was zum Parochus gehört. Der Parochus ist derjenige, der die Sakramente im Auftrag des Bischofs darreicht (Priester, Pfarrer)

Barmherzigkeit Gottes setzen, des Gottes, der jedem Menschen, in welchem Scheitern auch immer, eine neue Möglichkeit anbietet.

Der generelle und dauerhafte Ausschluss der wiederverheirateten Geschiedenen vom Sakramentenempfang erscheint vielen bis in die Mitte der Kirche hinein als eine untragbare Konsequenz. Deshalb sind in den vergangenen Jahrzehnten Anstrengungen in allen theologischen Disziplinen gemacht worden, auf die Frage eines Hinzutretens Wiederverheirateter zu den Sakramenten eine neue Antwort zu geben. Das kann und darf nicht nur Reaktion auf die Menge der zerbrochenen Lebensbeziehungen sein – in Deutschland nehmen fast die Hälfte aller Ehen diesen Weg. Auch dürfen die Fragen nicht auf die Zulassung zu den Sakramenten enggeführt werden, wie es immer wieder geschieht. Zuerst kommt es darauf an, dass es in der Kirche für Menschen, deren Beziehungen zerbrochen und gescheitert sind, einen authentischen Platz gibt. Wiederverheiratete sind nicht einfach exkommuniziert, wie man oft denkt. Also muss für Menschen aus geschei-

terten Ehen, ob wiederverheiratet oder nicht, eine ganz neue Aufmerksamkeit geschaffen werden. Wenn dies gelingt, können wir auch die Frage der Zulassung zu den Sakramenten nicht übergehen. Es geht um eine grundsätzliche Frage an die Theologie und Spiritualität der Ehe. Zugleich ist alles zu tun für eine gute, intensive Vorbereitung und Begleitung der Ehen: Hilfen aus dem Glauben, die der Verlässlichkeit der Beziehungen dienen, gilt es zu entdecken. Die positive Kraft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe sind für das Gelingen einer Beziehung zu erschließen. Die kirchlichen Eheberatungsangebote bieten wichtige Unterstützung für Paare. Schließlich ist auch eine neue und mutige, differenzierte und vertiefte Auseinandersetzung mit der Sexuallehre der Kirche erforderlich. Sie geht von dem positiven Begriff ganzheitlicher Liebe im christlichen Glauben aus. – Es ist mir ein dringendes Anliegen, dass wir in diesen Fragen vorankommen.

Unser in Mannheim begonnener Weg hat in der verheutigenden relecture des Zweiten Vatikanischen Konzils eine große Chance, in ein neues

gottgewolltes und menschendienliches Miteinander von Verkünden, Feiern und Handeln (martyria, liturgia, diakonia) zu kommen. Dazu müssen wir uns der Vision und Mission einer Kirche stellen, die heute Gott und den Menschen nahe sein will und ihr Zusammenleben mit den Menschen von heute so gestaltet, dass diese den Glauben sinnstiftend und erfüllend, kritisch und befreiend erleben können, sich in der jeweiligen Lebenswirklichkeit angenommen wissen und in Kirche ein Zuhause und echte Gemeinschaft finden können. Wir wären damit in der Spur unseres Taufglaubens an den dreifaltigen Gott, der als der immer Größere, als Vater und Schöpfer gesucht und gefunden werden will, der sich als der Sohn bis in die Abgründe der Menschen herabgelassen hat und der als Heiliger Geist Gemeinschaft in bereichernder Verschiedenheit schenkt. Und wir blieben so dem Menschen auf der Spur, nach dem Gott – in Umkehrung des berühmten Augustinus-Wortes – selbst ständig unruhig auf der Suche ist, bis er ihn gefunden hat, um ihm näher zu bleiben, als der Mensch es sich selbst ist. □

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Vollversammlung des ZdK

VON JOACHIM LENSCH¹

Traditionell fand die Herbstvollversammlung (22./23. November 2012) des höchsten katholischen Laiengremiums in Deutschland, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), in der Stadthalle in Bonn-Bad Godesberg statt.

Das ZdK sprach über derzeit relevante Themen wie den Dialogprozess, „Christen und Muslime – Partner in der pluralistischen Gesellschaft“, „Nachhaltig wirtschaften und einkaufen“, Kürzungsbeschlüsse im Entwicklungshaushalt, Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen und „Partnerschaftliches Zusammenwir-

ken von Frauen und Männer in der Kirche“. Des Weiteren hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat am Freitag, dem 23. November 2012, 45 Persönlichkeiten als „weitere Mitglieder“ für einen Zeitraum von vier Jahren gewählt.

General a.D. Lather war einer von 80 Kandidaten-/innen, die sich zur Wahl stellten. Er wurde bereits im ersten Wahlgang gewählt. Dies sehe ich als eine Wertschätzung seiner Person und auch seiner Arbeit im ZdK, auch als Mitglied im Hauptausschuss. Sicherlich ist es auch ein Beweis dafür, dass wir Vertreter des Katholikenrates (BG Blotz, OTL Assmuth, OSF Lensch) und der Vertreter der GKS (OTL Attermeyer), die in Uniform an

den Vollversammlungen teilnehmen, ein akzeptierter und fester Bestandteil dieses Gremiums geworden sind. Auch aus der Politik wurden namhafte Einzelpersonlichkeiten gewählt wie z.B. Prof. Dr. Maria Böhmer, Julia Klöckner, Annegret Kramp-Karrenbauer, Winfried Kretschmann, Armin Laschet, Dr. Philipp Rösler, Dr. h.c. Wolfgang Thierse.

Präsident Alois Glück berichtete zur Lage

Präsident Glück blickte auf den Katholikentag in Mannheim 2012 zurück und sprach von eindrucksvollen Tagen. „Dieser Katholikentag hat eine lebendige, glaubensstarke und vitale Kirche gezeigt, wir konnten Kraft und Selbstbewusstsein für unsere Aufga-

¹ Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch ist einer der drei Vertreter des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof im ZdK

ben in Kirche und Gesellschaft schöpfen“, so Glück. Der Katholikentag war eine wichtige Station im Dialogprozess der katholischen Kirche in Deutschland. Das wird auch für den 99. Deutschen Katholikentag 2014 in Regensburg gelten. Auf Vorschlag der Katholikentagsleitung hat der Hauptausschuss das Leitwort „Mit Christus Brücken bauen“ beschlossen.

Präsident Glück lobte die positive Eigendynamik des Dialogprozesses in der katholischen Kirche. Dieser sei nicht auf die der Bundesebene begrenzt, sondern in den Gemeinschaften der Kirche und in den allermeisten Diözesen angekommen. Spürbar werde die Dynamik auch in der zunehmend angstfreien Gesprächs- und Diskussionskultur. „Gemessen an der Situation vor 2010 wird, so jedenfalls meine Beobachtung, weithin wieder offener und ehrlicher miteinander geredet“, so Glück wörtlich. Das ist eine Grundvoraussetzung, vor allen Sachfragen, damit unsere Kirche eine neue innere Lebendigkeit, ein gutes Miteinander und neue Ausstrahlung und Anziehungskraft entwickelt.

Als positive Zwischenergebnisse des Dialogprozesses würdigte Glück das Dokument der Gemeinsamen Konferenz zum „Zusammenwirken von Charismen und Diensten im priesterlichen, prophetischen und königlichen Volk Gottes“, und den Brief der deutschen Bischöfe an die Priester in Deutschland. In diesen Dokumenten werde die gemeinsame Verantwortung aller Getauften hervorgehoben. „Diese beiden Dokumente können wegweisend und prägend werden für eine der wichtigsten Weichenstellungen der katholischen Kirche in Deutschland in diesen Jahren, die künftige Seelsorgestruktur in den Pfarreien.“

Eine weitere wichtige Station im Dialogprozess war das Treffen am 14./15. September diesen Jahres in Hannover. Hier wurden mit der Themenwahl durch die veranstaltende Bischofskonferenz und durch die Ergebnisse drei wichtige Richtungsbestimmungen vorgenommen:

- Ja zur Vielfalt in unserer Kirche! Vielfalt ist Reichtum und nicht Bedrohung. Wir sind eine große Kirche, aber keine Einheitskirche.

- Die Diakonie in ihrer ganzen Vielfalt gehört zentral zum Wesen der Kirche. Die Diakonie muss in das Leben der Gemeinden und Gemeinschaften besser integriert werden, es ist nicht nur ein Spezialauftrag an die organisierte Diakonie der Caritas.

- Wir engagieren uns gemeinsam als Kirche im Sinne der christlichen Soziallehre und der besonderen Tradition der katholischen Kirche in Deutschland

in den gesellschaftlichen und politischen Aufgaben unserer Zeit.

Das wichtigste Ergebnis in Hannover sind die Selbstverpflichtungen der einzelnen Gruppen. Das gilt für die Bischofskonferenz, das gilt für die Laienverbände und all die anderen Gruppierungen.

Mit großer Sorge sieht der Präsident, dass die Neustrukturierung der Pfarrseelsorge weithin primär als eine organisatorische Maßnahme auf der Basis von Mangelverwaltung umgesetzt werde. Notwendig sei aber eine „situationsbezogene Gemeindeentwicklung“. Für die allermeisten Gläubigen ist aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Kirche und dem kirchlichen Leben Kirche immer noch nur dort, wo der Pfarrer ist. Hier ist ein tiefgreifender Kulturwandel notwendig.

„Christen und Muslime – Partner in der pluralistischen Gesellschaft“

Christen und Muslime haben gemeinsam den Auftrag unsere Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen mitzugestalten. Deshalb braucht der interreligiöse Dialog unseren beständigen Einsatz. Präsident Glück verwies auf Erfahrungen der letzten Monate, die deutlich machten, dass das Zusammenle-

ben unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen in einer pluralen Gesellschaft nicht immer friedlich und konfliktfrei verlaufe. So erinnerte

er an die antisemitischen Übergriffe in der Öffentlichkeit, von denen auch ein ehemaliges Mitglied des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK, Rabbiner Daniel Alter, betroffen war, und lenkte den Blick auf die Debatte über das sogenannte Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichts.

Auch die Verletzung religiöser Gefühle, unter anderem durch einen, den Religionsstifter Mohammed verunglimpfenden Film, aber auch durch ehrverletzende Darstellung des Papstes, habe viele Gläubige provoziert. In manchen Fällen sei diese Provokation für den Aufruf zur Gewalt instrumentalisiert worden. So komme es, etwa im Fall von gewaltbereiten Salafisten, zu einer politischen Radikalisierung, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle. Zugleich entstehe auf diese Weise in der Öffentlichkeit ein verzerrtes Bild des Islam, der als Bedrohung und nicht als gesellschaftliche Ressource wahrgenommen wird, obwohl in Deutschland das friedliche Zusammenleben der Angehörigen unterschiedlicher Religionen die Regel sei.

„Diese drei Beispiele unterstreichen die Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs. Er braucht unseren beständigen Einsatz. Es gibt vieles, das uns als Christen, Juden und Muslime verbindet“, so Glück wörtlich.

Kürzungsbeschlüsse im Entwicklungshaushalt

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) fordert die Bun-



Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, Mitglied des ZdK

desregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Kürzungen im Entwicklungshaushalt zurückzunehmen. Der folgende Initiativantrag wurde von der ZdK-Vollversammlung am Freitag, dem 23. November 2012 mit überwältigender Mehrheit angenommen:

Für die Wahrnehmung globaler Verantwortung – Das ZdK ist darüber besorgt, dass Deutschland trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe mit dem Haushaltsentwurf 2013 eine deutliche Abkehr von der Erfüllung internationaler Verpflichtungen zur Armutsbekämpfung vornimmt und damit ein falsches Zeichen im Einsatz für globale Gerechtigkeit setzt.

Der ursprüngliche Entwurf für den Entwicklungshaushalt (Einzelplan 23) sah noch eine geringfügige Steigerung der Mittel in Höhe von 37 Mio. € gegenüber 2012 auf insgesamt 6,420 Mrd. € vor. Im Laufe der Haushaltsberatungen ist dann jedoch eine Absenkung um 124 Mio. € (86,5 Mio. gegenüber 2012) vorgenommen worden. Der Finanzplan für das BMZ wird darüber hinaus bis 2016 stagnieren. Zum Erreichen der Verpflichtungen bis 2015 wäre dagegen ein jährlicher Aufwuchs von mindestens 1,2 Mrd. € nötig.

Wir appellieren eindringlich an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag, diese entwicklungspolitisch unverständliche Entscheidung zurückzunehmen und damit ein deutliches Signal zu geben, dass Deutschland sich seiner internationalen Verantwortung gerade gegenüber den Ärmsten bewusst ist.

Nachhaltig wirtschaften und einkaufen

Nach einem Einführungsvortrag von Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie gab dieser gemeinsam mit Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Stadt Bonn ein Interview zu den politischen Rahmenbedingungen und Erfahrungen mit nachhaltiger Beschaffungspraxis und der gesellschaftspolitischen Verantwortung von Unternehmen. Das ZdK fordert dazu auf, die öffentliche und kirchliche Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten und damit den Schutz der Menschenrechte weltweit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu fördern.

In einer verabschiedeten Erklärung mit dem Titel „Verantwortung für die Umsetzung der Menschenrechte und Bewahrung der Schöpfung – öffentliche und kirchliche Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien“ ruft das ZdK staatliche und kirchliche Institutionen dazu auf, ihr Kauf- und Konsumverhalten an ethischen Kriterien zu orientiert und die Märkte gleichsam von innen heraus zu lenken.

Das ZdK ruft die Bundesregierung ganz konkret auf, ein Aktionsprogramm aufzulegen mit dem Ziel, Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Kommunen dabei zu fördern, ihre Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien zu gestalten. Die „Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung“ müsse mit ausreichend materiellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden, so dass eine umfassende Beratung, Berichterstattung und Weiterentwicklung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung in Deutschland möglich wird. Gleichzeitig sei die Einkaufspraxis des Bundes konsequent so zu gestalten, dass sie ökologischen und sozialen Kriterien entspricht und so zum Vorbild für lokale Beschaffungsstellen und Privatkonsumenten/-innen werden kann.

Auch an die Gemeinden und Bistümer appelliert das ZdK, die eigene Beschaffung an sozialen und ökologischen Kriterien auszurichten und dabei insbesondere regionale, ökologische und Produkte aus dem Fairen Handel zu verwenden sowie die Möglichkeiten des ethischen Investments konsequent zu nutzen.

Plädoyer des ZdK für einen anderen Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat am Samstag, dem 24. November 2012, eine Entschließung verabschiedet, in der sie sich für die Fortsetzung des kirchlichen Dialogs über die pastorale Situation der wiederverheiratet Geschiedenen einsetzt. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Ein großes Leiden für wiederverheiratet Geschiedene und die heutige Kirche – Viele zivilrechtlich

geschiedene und wiederverheiratete Gläubige leiden darunter, dass sie aus wichtigen Bereichen der kirchlichen Gemeinschaft und insbesondere vom Empfang der heiligen Kommunion ausgeschlossen sind. Ihr Leiden ist auch das Leiden der „Jünger Christi“ (Gaudium et spes, 1) und damit unserer Kirche.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) unterstützt mit Nachdruck alle auf verschiedenen Ebenen angestoßenen Anstrengungen, diese seit vielen Jahren bedauerte Situation im Sinne des Heils der Menschen (salus animarum, c. 1752 CIC) und damit einer dienenden und barmherzigen Kirche zu lösen. Es unterstützt ausdrücklich Aufforderungen zu konkreten Fortschritten wie etwa aus den Diözesanräten und Verbänden (z. B. die Unterschriftenaktion der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands und den jüngsten Aufruf des Katholischen Deutschen Frauenbundes) und die Vorschläge, die der Katholisch-Theologische Fakultätentag „Zum Kommunionempfang wiederverheiratet Geschiedener“ zum Dialogprozess der Deutschen Bischofskonferenz beigetragen hat. Besonders begrüßt das ZdK die Bemühungen der deutschen Bischöfe, über die unmittelbar drängende Frage des Kommunionempfangs hinaus auch weitere Bereiche des kirchlichen Lebens bis hin zu den arbeitsrechtlichen Konsequenzen in eine befriedigende pastorale Lösung einzubeziehen. Das ZdK setzt hohe Erwartungen in die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die die Deutsche Bischofskonferenz dazu eingesetzt hat. Auch das ZdK seinerseits wird sich weiter an dieser Suche beteiligen und in den im ZdK zusammenwirkenden Räten und Verbänden für eine baldige Klärung einsetzen.

Das ZdK ist davon überzeugt: Die Wertschätzung der unauflöselichen Ehe wird bei den Gläubigen wie in der Gesellschaft insgesamt steigen, wenn die Kirche zugleich die unzerbrechliche Liebe Gottes auch bei einem tragischen, ja sogar schuldbehafteten Scheitern durch ihr Tun lebensdienlich erfahrbar macht. Die nächste Vollversammlung des ZdK findet am 26./27. April 2013 in Münster statt. □

Die Herzen der Menschen berühren

VON BERTRAM BASTIAN

Der Katholische Medienpreis wird seit 2003 von der Deutschen Bischofskonferenz in Kooperation mit der Gesellschaft Katholischer Publi-

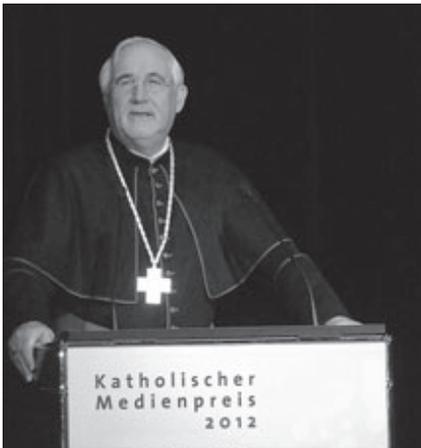


Bild 1: Bischof Gebhard Fürst bei seiner Begrüßung während des Festaktes

zisten Deutschlands e.V. (GKP) und dem Katholischen Medienverband (KM) ausgeschrieben und verliehen. Der Vorsitzende der Publizistischen



Bild 3: Die Gruppe Liquid Soul umrahmt den Festakt. In der Mitte die Wasserstichorgel.

Kommission der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Rottenburg-Stuttgart Dr. Gebhard Fürst, ist zugleich auch Vorsitzender der Jury,

die in diesem Jahr 170 eingereichte Beiträge begutachten musste. Davon waren 67 Beiträge aus dem Bereich Print Medien und 103 aus dem Bereich elektronische Medien. Schwerpunkt der eingereichten Arbeiten waren „Flucht und Migration“. Bischof Fürst hob in seiner Begrüßung (Bild 1) hervor, dass gerade in diesen beiden Themenbereichen der Journalist die Stimme erheben kann für die „Schwächsten der Schwachen“. Dabei seien Authentizität und sachgerechter Umgang mit Bild und Sprache wesentlicher Bestandteil der Berichterstattung, um den betroffenen Menschen – unseren Nächsten – gerecht zu werden.

Im Bereich der elektronischen Medien wurde ein Filmbeitrag von Carsten Rau und Hauke Wendler ausgezeichnet. Im Film „Wadim“ beschreiben sie den Weg einer Familie, Vater, Mutter und zwei Söhne, die nach Zusammenbruch der Sowjetunion aus Lettland kommend, in Hamburg Asyl suchen. Die Behörden aber sehen diese vier Personen als Staa-

tenlose, somit werden sie lediglich geduldet, das bedeutet, sie können jederzeit ausgewiesen werden. Alle Versuche, dies zu ändern scheitern.

Wadim, der ältere der beiden Söhne wird nach seinem 18. Geburtstag nach Lettland abgeschoben, die Familie wird auseinander gerissen, obwohl sie



Bild 2: Der Laudator Dr. hc Fritz Pleitgen bei der Würdigung des Beitrages

doch Heimat suchte! In Lettland gilt Wadim wiederum als Staatenloser, für den sich niemand „zuständig“ fühlt. ER schlägt sich nach Deutschland durch, wird erneut abgeschoben. Nach seiner zweiten „Rückkehr“ und dem Scheitern aller Bemühungen, verübt Wadim Selbstmord auf den Hamburgern S-Bahn Gleisen. Die Autoren Rau und Wendler ergreifen nicht Partei, bleiben auf Distanz und lassen sich nicht von Gefühlen hinreißen. Aber sie zeigen in aller Deutlichkeit das Unmenschliche, das schier Nicht-Begreifbare. Sie lassen die Familie zu Wort kommen, Zeitzeugen schildern die Versuche, sich in eine Gesellschaft zu integrieren, die ihnen nur die bürokratische, kalte Schulter zeigt. Der Laudator Fritz Pleitgen (Bild 2) gratulierte den Autoren zu ihrem Beitrag, der aufrüttelte, wichtige Aufklärungsarbeit schildere und hoffentlich auch Wirkung zeigen werde, wie der Laudator ausführte. Damit habe er sich deutlich von den massenweise produzierten Schlagzeilen ab, die immer nur das Schlechte in der Asyldebatte blitzlichtartig beleuchteten, ohne wirklich zu informieren.

Für den Bereich Print-Medien erhielt der Reporter Wolfgang Bauer vom Magazin Nido für seine Reportage „Endstation Dadaab“. Hier schildert er die Zustände in diesem größten Flüchtlingscamp der Welt im Osten Kenias. Nachdem die großen Sender sich von der humanen Katastrophe abgewandt hatten, ist er mit dem Fotografen Matthias Ziegler hingefahren und hat sensibel und unaufdringlich die Lage der dort hungernden Menschen, vor allem Frauen und Kinder, geschildert und der Welt zugänglich gemacht. Er schildert die Versuche des eingesetzten Personals, die Kinder zu retten, die aber an Reis gewöhnt sind statt an Mais, der von der internationalen Hilfe zur

Verfügung gestellt wird. Er nennt diese Tatsachen einfach Camp-Management-Problem und wertet nicht, er informiert. Er schildert auch die Anteilnahme der Pflegekräfte, die mit ansehen müssen, wie die Kinder vor ihren Augen verhungern, selten den Sprung ins Leben zurück schaffen. „Wenn ein Kind zum ersten Mal lacht, dann hat es diesen Sprung geschafft“, wird ein Pfleger sinngemäß zitiert. Der Laudator Uwe Vorkötter betonte in seiner Rede, dass Wolfgang Bauer nicht anklagt, er informiert, dass internationale Hilfe sich eben nicht nur auf Geld oder Hilfslieferungen aus Überschussproduktionen beschränken dürfe, sondern immer die kulturellen Hintergründe beachten müsse,

wenn sie erfolgreich sein soll. Nachdem die Großen der Berichterstattung die Schlagzeilen hatten, kommt leise und eindringlich die Reportage des Preisträgers, der der Welt zeigt, wie ihre Hilfe wirklich ankommt, bzw. was sie wirklich anrichtet.

Musikalisch umrahmt wurde der Abend durch die Gruppe „Liquid soul“, die mit ihren Darbietungen das Publikum erfreuten. Mit teilweise unbekanntem Instrumenten wie der Wasserstichorgel (Bild 3) boten sie ein musikalisches Programm, das gut zu den Beiträgen passte. Man darf sich heute schon auf die nächste Preisverleihung am Montag, den 28. Oktober 2013 freuen. □

(Fotos: Bertram Bastian)

Kurznachrichten

Adveniat eröffnet Weihnachtsaktion – Bolivien als Beispielland

Mit einem Gottesdienst in der Hildesheimer Basilika Sankt Godehard hat das katholische Hilfswerk Adveniat seine Weihnachtsaktion eröffnet. Sie steht unter dem Motto „Mitten unter euch“ und stellt „Kirchliche Basisgemeinden“ am Beispielland Bolivien in den Mittelpunkt. In seiner Predigt mahnte der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle, Kirche dürfe sich nicht vom Leben der Menschen entfernen. Dies gelte für Lateinamerika ebenso wie für Europa. Trotz Strukturereformen und größer werdenden Pfarreien hätten die Christen auch in Deutschland die Aufgabe, sich einzubringen „für unsere Nächsten und mit unseren Nächsten“.

Die „Kirchlichen Basisgemeinden“ bezeichnete Trelle als „Geschenk der Kirche in Lateinamerika an die Weltkirche“. Mit dem Begriff sei kein Gegensatz von „unten und oben“, von Volk Gottes und Amtskirche gemeint, betonte der Hildesheimer Bischof. Vielmehr gehe es darum, sich auf die Botschaft Christi als Fundament der Kirche zu besinnen. Es gelte, die persönlichen Erfahrungen mit Gottes Wort zu teilen. „Dort, wo Christus mitten unter uns ist, da wächst Gemeinschaft im Glauben“, sagte Trelle in Anspielung auf das Motto der Aktion.

Der bolivianische Bischof Sergio Alfredo Gualberti würdigte die Partnerschaft zwischen den Katholiken

in Deutschland und Lateinamerika. Zugleich betonte auch er, dass das Evangelium die Grundlage des kirchlichen Lebens sei. Das habe letzten Endes zu der Idee der Basisgemeinden geführt. „Wir alle, Papst, Bischöfe, Priester und Gläubige müssen hören, was der Geist den Gemeinden sagt“, betonte der Bischof von Santa Cruz.

Außer Trelle und Gualberti feierten den Gottesdienst in der voll besetzten Basilika unter anderem auch Adveniat-Bischof Franz-Josef Overbeck und der Geschäftsführer des Lateinamerika-Hilfswerks, Prälat Bernd Klaschka, mit. Im Anschluss an den Gottesdienst gab es einen Empfang durch Hildesheims Oberbürgermeister Kurt Machens im Rathaus. Zwischen dem Bistum Hildesheim und Bolivien, dem Beispielland der diesjährigen Adveniat-Aktion, besteht seit 25 Jahren eine Partnerschaft.

Adveniat fördert seit mehr als 50 Jahren kirchliche Initiativen zugunsten der Armen und Benachteiligten in Lateinamerika und der Karibik. Mit 3.000 Projekten im Jahr mit einem Gesamtvolumen von 40 Millionen Euro gehört das Hilfswerk zu den weltweit größten dieser Art für Lateinamerika. Die bundesweite Kollekte für die Weihnachtsaktion findet traditionell in den katholischen Gottesdiensten an Heiligabend und am ersten Weihnachtstag statt. □

(KNA)

Leben und Wirken Eugenio Pacelli (bis 1939) (Teil 2)

VON PHILIPP WEBER¹

Der Kardinalstaatssekretär

Im Februar 1930 übernahm Eugenio Kardinal Pacelli von seinem Vorgänger Kardinal Gasparri die Amtsgeschäfte als Kardinalsstaatssekretär. Fortan war er engster Vertrauter Papst Pius' XI. Auch während dieser Zeit riss der Kontakt zu Deutschland nicht ab. Als im Vorfeld der politischen Veränderungen Hermann Göring Rom besuchte, versuchte er sich dem Vatikan anzubiedern und Sympathien für die nationalsozialistische Bewegung zu sammeln. Göring bestand damals darauf, von Kardinal Pacelli empfangen zu werden. Jedoch lehnte dieser ab und ließ sich entschuldigen. Daraufhin wurde er „nur“ von Untersekretär Giuseppe Pizzardo empfangen. Der Bayrische Gesandte am Heiligen Stuhl, Otto Freiherr von Ritter zu Groenesteyn, erinnerte sich später an das Treffen und berichtete, dass Göring selbstbewusst, teilweise arrogant aufgetreten sei und nur allgemeine Phrasen verwendet habe.

Der Kardinalstaatssekretär sah den Nationalsozialismus als große Gefahr für Deutschland. Bereits als Nuntius in München hatte er den Hitler-Putsch 1923 erlebt und in der Folgezeit sowie als Nuntius in Berlin den allmählichen Aufstieg der NSDAP kritisch beobachtet. Als er nach Rom wechselte, äußerte er gegenüber Galen seine Befürchtungen und erkannte die politische Bedeutung, wenn er Göring empfangen hätte. Nachdem die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Macht ergriffen und Hitler Reichskanzler wurde, empfand Kardinal Pacelli dies als Niederlage für Deutschland und die Kirche.

Kurze Zeit später nahm das Hitler-Regime Kontakt zum Vatikan auf und es kam zu Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan. Am 20. Juli

1933 wurde das Konkordat durch Franz von Papen und Kardinal Pacelli unterzeichnet, welches heute noch Gültigkeit besitzt.

Hitler nutzte das Reichskonkordat, um sich auf nationaler und internationaler Ebene als Staatsmann und berechenbarer Verhandlungspartner zu geben. Obwohl das Konkordat fortan als ein Prestigeobjekt des nationalsozialistischen Regimes genutzt wurde, war es die Absicht Pacellis und des Papstes Pius XI., den Christen in Deutschland einen rechtlichen Schutz vor staatlich organisierten Übergriffen zu geben.

Trotz des Konkordates und dem damit einhergehenden rechtlichen Schutz der Kirche im Deutschen Reich kam es wiederholt zu Übergriffen auf Kirche und Katholiken. Sogar während der Konkordatsverhandlungen gab es ständig Ausschreitungen gegen Christen in Deutschland. Als Reaktion darauf brach der Kardinalstaatssekretär zeitweilig die Verhandlungen ab, was auf diplomatischer Ebene als ein sehr deutliches Signal zu werten ist. Nach der Ratifizierung des Reichskonkordats protestierte fortan der Vatikan bei Konkordatsverstößen und bestellte mehrfach den Botschafter beim Heiligen Stuhl ein.

In Folge dieser Entwicklung beauftragte Papst Pius XI. am 21. März 1934 die Congregatio pro doctrina fide, die Kongregation für die Glaubenslehre, die Doktrin des Nationalsozialismus zu überprüfen. Als Resultat wurde die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Nationalsozialismus festgestellt. Papst Pius XI. verurteilte den Nationalsozialismus, da dieser sich als politische Religion etablieren wollte. Der Heilige Vater und sein Kardinalstaatssekretär sahen darin Staatskult, der eine neue Form des Heidentums propagierte. Aufgrund der Vorgeschichte des Konkordats, den folgenden staatlichen Ausschreitungen und den Erfahrungen während der Zeit als Nuntius erkannte Kardi-

nal Pacelli die Gefahren des Nationalsozialismus.

Obwohl der ehemalige Nuntius bereits in München und Berlin die Hoffnung hegte, ein Reichskonkordat abzuschließen und er 1929 diesen Wunsch weiterhin verfolgte, war es 1933 nicht der Vatikan, der auf das Konkordat drängte. Es war das Deutsche Reich, welches diesmal die Verhandlungsbereitschaft signalisierte.

Der Vatikan nutzte daher die sich ergebende Möglichkeit, um aus Sicht Kardinal Pacellis einen „Rettungsanker“ für die Katholiken zu schaffen. Der spätere Pius XII. war bereits zu dieser Zeit über die Ausschreitungen gegen die Juden informiert und ließ daher Informationen über die Aktionen gegen Kirche und Juden sammeln. Am 04. April 1933 wies er seinen Nachfolger in Berlin Cesare Orsenigo an, gegen antisemitische Exzesse zu protestieren.

Pacelli trat 1938 noch entschieden für die Juden ein. Er appellierte in seiner Funktion als Kardinalstaatssekretär damals weltweit an alle Bischöfe, den zum Katholizismus konvertierten und auch den verfolgten Juden zu helfen, sollten diese in Not sein.

Der ehemalige Präsident des österreichischen Bundesrates, Dr. Herbert Schambeck, vermerkt in seinem Buch über Pius XII., dass Kardinal Pacelli in den 1930er Jahren die Situation betreffend des Konkordats, der Ausschreitungen gegen Katholiken und Minderheiten in seinen Aufzeichnungen mit einem Wort zusammengefasst hat: Verfolgung.

Aufgrund der fortlaufenden Entwicklungen im Deutschen Reich mit sich häufenden Ausschreitungen gegen Minderheiten und Christen, entschloss sich Papst Pius XI. eine Enzyklika zu veröffentlichen, um den Nationalsozialismus aus christlicher Sicht zu kritisieren. Dazu bestellte er die deutschen Kardinäle Adolf Bertram aus dem Bistum Breslau, den Münchner Erzbischof Michael

¹ Leutnant Philipp Weber ist Student an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg und hat über den gesamten Themenbereich eine Bachelor-Arbeit verfasst, die hier in gekürzter Weise wiedergegeben wird.

von Faulhaber, den Kölner Erzbischof Karl Joseph Schulte sowie den Bischof von Berlin, Konrad Graf von Preysing, nach Rom ein, um mit Eugenio Kardinal Pacelli an der Enzyklika Mit brennender Sorge zu arbeiten.

Nachdem die deutschen Bischöfe ihre Arbeit abgeschlossen hatten, erweiterte Pacelli die Ausführungen und formulierte sie zu einem päpstlichen Lehrschreiben.

In der Enzyklika wird in einer theologisch gehaltenen Sprache der nationalsozialistische Kult kritisiert. So werden die Rassenlehre, der Nationalsozialismus als eine Form der Staatsreligion, der Antijudaismus, die Kirchenfeindlichkeit, die Einflussnahme auf die Kirche und die Repressalien gegen sie, der Versuch die Etablierung einer Nationalkirche, der religiöse Kult des Nationalsozialismus, die Unsittlichkeit von Gesetzen, die Staatsideologie und die Ausnutzung der Jugend scharf kritisiert. Am Ende ruft der Papst die Gläubigen zu Standhaftigkeit und Stärke im Glauben auf und fordert, sich nicht dem Nationalsozialismus zu unterwerfen.

Der Verlesung der Enzyklika im Deutschen Reich ging am 19. März 1937 die Enzyklika *Divini redemptoris* voraus, in welcher zunächst der Kommunismus verurteilt wurde. Am 21. März 1937 verlasen die Priester in den Sonntagsmessen die Enzyklika Mit brennender Sorge von den Kanzeln. Zuvor mussten unter größtmöglicher Geheimhaltung die Texte an die Pfarreien im Reich verteilt werden, wo die Drucke sogar im Tabernakel versteckt wurden, so dass die Organe der Nationalsozialisten sie nicht finden und so die Verlesung hätten verhindern können.

Bereits kurz nach der Verlesung reagierte der NS-Staat mit Härte. In der Woche nach der Verkündigung des päpstlichen Lehrschreibens kam es zu einer Welle von Verhaftungen und Durchsuchungen. Der Staatsapparat demütigte Priester und Ordensleute durch Sittlichkeitsprozesse bzw. Vermögensdelikten und es wurde eine Protestnote beim Heiligen Stuhl eingereicht.

Bereits im darauf folgenden Jahr arbeitete man im Vatikan an einer weiteren Enzyklika, welche Rassismus und Antisemitismus verurteilen soll-

te. Jedoch wurde diese aufgrund des Todes Pius' XI. nicht mehr fertig gestellt. Heute behaupten Kritiker, dass Pius XII. das Lehrschreiben nicht veröffentlichen wollte, obwohl er davon wusste. Jedoch ist es im Vatikan üblich nach dem Tod eines Papstes dessen Dokumente zu versiegeln, so dass sie vorerst nicht mehr verwendet werden können. Auch muss zu dieser Rassenzyklika bemerkt werden, dass Pius XII. befürchtete, eine neue Enzyklika mit derselben Schärfe könne zu einem diplomatischen Bruch und in der Folge zur Auflösung des Konkordats führen.

Weiterhin führen in diesem Zusammenhang die Kritiker Pius XII., welche ihm Judenfeindlichkeit unterstellen wollen, an dass er in den Tagen der Aufstände in München mit jüdischen Bolschewisten in Kontakt gekommen sei und seitdem eine Abneigung gegen diese habe. Seine Abneigung galt jedoch dem Bolschewismus und nicht dem Judentum. Als Beweis dafür kann man aus dem engeren Kreis der Vertrauten Pacellis die Kardinäle Faulhaber, Gasparri und Merry del Val anführen, da diese den jungen Nuntius, Erzbischof und Kardinal prägten und berieten. Sie bezogen regelmäßig die Vereinsbrochure *Pax super Israel* der Priestervereinigung *Amici Israel*, in welcher für ein neues Verhältnis zu den Juden geworben wurde.

Außerdem lässt sich feststellen, dass Eugenio Pacelli seit seiner Kindheit mit Juden Kontakt hatte und ihnen gegenüber nie negativ eingestellt war. Ansonsten wäre er nicht mit Guido Mendes befreundet gewesen und hätte auch nicht das Anliegen des Münchner Oberrabbiners bezüglich des Laubhüttenfest unterstützt.

Des Weiteren wäre dann nicht durch Kardinal Pacelli eine Anweisung an die katholischen Fakultäten Deutschlands ergangen, die Ideologien des Nationalsozialismus und des Rassismus theologisch und wissenschaftlich zu widerlegen und als Papst hätte er 1955 keine Änderung der Karfreitagsfürbitte für die Juden vorgenommen. Neben der politischen Tätigkeit als Kardinalstaatssekretär wurde Kardinal Pacelli mehrmals als Legat des Papstes zu Veranstaltungen in Europa und Südamerika

gesandt. Im Jahr 1934 schickte ihn Papst Pius XI. als seinen persönlichen Vertreter zum Eucharistischen Weltkongress nach Argentinien. Der Kardinal besuchte während dieser Reise auch Brasilien. Zeitzeugen sagten später, er habe den Feierlichkeiten einen besonderen Glanz verliehen. Schwester Pascalina Lehnert erwähnte in ihren Erinnerungen auch, dass er sich einmal während seines Aufenthaltes von seinen Begleitern entfernte und in ein Armenviertel von Buenos Aires ging, um dort die Armen und Obdachlosen zu treffen. Kardinal Pacelli hinterließ bei den Menschen in Argentinien ein sehr positives Bild und reiste nach diesem Erfolg zurück nach Rom.

Im darauf folgendem Jahr und 1937 reiste Pacelli zweimal als Kardinallegat nach Frankreich. Dort besuchte er unter anderem Paris und feierte eine Heilige Messe in der Kathedrale Notre-Dame de Paris, bei der die Basilika restlos gefüllt war. Bei seiner zweiten Reise nach Frankreich weihte er 1937 die neu erbaute Kathedrale von Lisieux ein. Bei beiden Frankreichbesuchen als Legat rief Kardinal Pacelli zu christlichen Werten auf und hob die besondere Bedeutung Frankreichs als eines der ältesten christlichen Länder in Europa hervor.

Die letzte Reise als päpstlicher Legat führte ihn 1938 nach Ungarn zum eucharistischen Weltkongress. Auch hier wurde er mit hohen Ehren empfangen und den Menschen in Budapest blieb der Besuch in bleibender Erinnerung.

Papst Pius XI. wollte durch die Reisen seinen Kardinalstaatssekretär auf den Stuhl Petri vorbereiten und ihn mit der Weltkirche vertraut machen. Dazu schreibt Pierre Blet in seinem Buch, dass der Papst Pius XI. über Pacelli einmal gesagt habe: „Sarà un bel Papa!“ – „Er wird ein guter Papst!“

Als am 10. Februar Pius XI. starb, ahnte Eugenio Pacelli noch nicht, dass er ihm im Amt nachfolgen würde. Auch war es nicht üblich, dass ein Kardinalstaatssekretär zum Papst gewählt wurde und kam seit Hunderten von Jahren nicht mehr vor. Er wies seine Haushälterin Madre Pascalina an, die Wohnung zu räumen und für einen Urlaub im Schwesternhaus Stel-

la Maris in Rohrschach am Bodensee in der Schweiz zu packen.

Nach dem Begräbnis Pius XI. zogen sich die Kardinäle in die Sistina zurück. Schon nach nur drei Wahlgängen wählten sie Eugenio Pacelli, den vormaligen Camerlengo und Kardinalstaatssekretär, zum 259. Nachfolger des Heiligen Petrus. Fortan war er nicht mehr Eugenio Pacelli, sondern er wählte sich den Papstnamen Pius XII. Als Schwester Pascalina zum ersten Mal den Neugewählten erblickte, sagte dieser zu ihr: „Sehen Sie, wie man mich zugerichtet hat (...).“ Dieser Ausdruck bringt die Demut Pius' XII. zum Ausdruck und zeigt gleichzeitig auch seine Überraschung über die Wahl.

Bereits in seiner ersten Rede, wies Papst Pius XII. auf den Wert des Friedens hin. Am 24. August 1939 wandte sich Pius XII. in einer Radioansprache an die weltlichen Machthaber: „Nichts ist mit dem Frieden verloren. Aber alles kann mit dem Krieg verloren sein.“ Am 31. August 1939 forderte der Papst in Telegrammen an die europäischen Staats- und Regierungschefs jeglichen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. Des Weiteren bot er im April 1940 an, auf einer internationalen Friedenskonferenz zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Auch kritische Autoren erkennen die Friedensbemühungen Pius' XII. an.

Der Notenwechsel der Nuntiatoren und des Staatssekretariats

Während der verschiedenen Tätigkeiten Eugenio Pacellis im kirchlichen Dienst entstanden eine große Anzahl an offiziellen Noten. Diese wurden im Originalwortlaut in mehreren Büchern zur zeitgeschichtlichen Forschung zusammengefasst. Sie geben Aufschluss über sein Wirken als Apostolischer Nuntius und Kardinalstaatssekretär. Im Folgenden geben einige ausgewählte Demarchen und Briefe Einblick in das Handeln Eugenio Pacellis.

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg wandte sich Kardinal Bertram am 20. Mai 1919 an Erzbischof Pacelli und bat ihn, den Heiligen Stuhl über die nur schwer tragbaren Friedensbedingungen zu informieren und um Intervention. Der Nuntius

antwortete nach einem weiteren Brief des Kardinals am 07. Juli 1919 und versprach, sich der Sache unterstützend anzunehmen. Im Oktober 1919 sandte Pacelli eine Demarche an die deutsche Reichsregierung, in der er gegen staatliche Eingriffe bei innerkirchlichen Angelegenheiten protestierte.

Als der Nuntius im Januar 1920 die Verhandlungen zum preußischen Konkordat vorbereitete, wandte er sich an Kardinal Bertram und bat um die Entsendung von Fachleuten nach München. Der Erzbischof antwortete am 05. Februar 1920, dass er das Vorhaben unterstütze, aber nur zeitweilig Sachverständige entsenden könnte. Am 04. Januar 1922 beschrieb Kardinal Bertram dem Nuntius die schwierige Lage, da zwischen Kirche und Staat kein Vertrag bestand. Trotzdem hatte die Reichsregierung ohne Rechtsgrundlage in kirchliche Angelegenheiten eingegriffen, war aber weiterhin Bemühungen um Konkordatsverhandlungen ausgewichen.

Daraufhin wandte sich Erzbischof Pacelli in einer Protestnote an den Wissenschaftsminister Dr. Otto Boelitz. Diesem legte er die schwierige Situation aufgrund fehlender Verträge dar und empfahl zum beiderseitigen Vorteil Verhandlungen aufzunehmen. Im selben Anliegen schrieb der Nuntius am 29. November 1922 an den Erzbischof von Köln und bat ihn um seine Einschätzung und Ratschläge in dieser Situation. Kardinal Bertram teilte Pacelli im Schreiben vom 10. Dezember 1922 mit, dass er bezüglich eines Konkordates bei der Reichsregierung erfolglos vorgesprochen hätte.

Infolge der Inflation und ausbleibender Reparationszahlungen besetzten französische und belgische Truppen im Januar 1923 das linksrheinische Gebiet. Nachdem es zu Ausschreitungen gegen die Bevölkerung kam, wandte sich der Kardinal von Köln an den Nuntius in Deutschland und schilderte die Lage mit der Bitte um Intervention des Heiligen Stuhls, was der Titularerzbischof von Sardes unterstützte.

Nachdem die diplomatische Mission in Deutschland für Kardinal Pacelli beendet war und er 1930 als Kardinalstaatssekretär in Rom seine

Arbeit aufgenommen hatte, erhielt er am 28. Dezember 1933 einen Brief vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber. Dieser meldete seine Bedenken bezüglich des 1933 erlassenen Sterilisierungsgesetzes und der Inhaftierung von kritischen Geistlichen. Daraufhin antwortete ihm Kardinal Pacelli am 04. Januar 1934 und sicherte ihm Hilfe zu. Selbiges schrieb er am 23. Februar allen deutschen Bischöfen und unterstrich in seinem Schreiben die schwierige Lage trotz Konkordats. Er sprach den Bischöfen Mut zu und bat um Vorschläge, welche den Entwicklungen kritisch entgegenwirken sollten.

Noch vor dem Brief des Freiburger Erzbischofs wandte sich der Kardinalstaatssekretär am 19. Oktober 1933 in zwei Demarchen an den deutschen Botschafter Diego von Bergen und protestierte gegen Konkordatsverstöße in Bayern und im Reichsgebiet, die Beschlagnahme von Kirchengütern, Niederhaltung von Gläubigen sowie unrechtmäßige Einflussnahmen in kirchlichen Angelegenheiten. Selbiges wiederholte sich in einem Schreiben an den bayrischen Gesandten vom 25. November und 11. Dezember 1933. Am 31. Januar 1934 erfolgte eine erneute Protestnote wegen diverser Verstöße. Drei Tage später beantwortete die Deutsche Botschaft die Demarche, relativierte die Vorwürfe mit der Behauptung, dass Fehlinformationen vorlägen.

In einem Brief vom 20. April 1934 informierte Pacelli Kardinal Bertram über seine Sorgen hinsichtlich des Nationalsozialismus und der Hitlerjugend. In der folgenden Zeit wurden weitere Protestnoten an die Deutsche Botschaft gesandt. Solche Proteste wiederholten sich bis zur Papstwahl 1939. Es geht aus Demarchen hervor, dass sich Kardinal Pacelli für unschuldig Verfolgte und inhaftierte Personen einsetzte. Trotz der Repressalien und Verfolgungen des NS-Staats gegen die Kirche forderte der Kardinalstaatssekretär die Bischöfe auf, von voreiligen und zu offensiven Protesten Abstand zu nehmen. Die deutschen Bischöfe informierten regelmäßig den Heiligen Stuhl über die Entwicklungen im Deutschen Reich. Kardinal Pacelli und der Papst beobachteten dies besorgt und forderten

den deutschen Klerus auf, nicht unüberlegt zu handeln, sondern deuten an, vorzugsweise im Hintergrund zu agieren.

Am 12. April 1937 protestierte das Deutsche Reich mit einer Demarche beim Heiligen Stuhl gegen die Enzyklika Mit brennender Sorge, worauf Eugenio Kardinal Pacelli mit entschiedener Schärfe antwortete. Er wies auf unzählige Konkordatsverstöße hin und zeigte auf, dass das Deutsche Reich konkordatsbrüchig geworden sei und nicht der Vatikan. Er wies den Ton im Protestschreiben der

Reichregierung als eine Unhöflichkeit zurück und verwies auf die nötige diplomatische Contenance. Der Kardinal nahm die deutschen Bischöfe in Schutz, indem er anführte, dass diese ein päpstliches Lehrschreiben verkündet hätten und keine Kritik am Staat geübt hätten. Diese Ausführungen belegen, dass Kardinal Pacelli in den offiziellen Schreiben an das Deutsche Reich sowie der Korrespondenz mit seinen Mitbrüdern oft auf Missstände und Verletzungen des Reichskonkordates hinwies. Es zeigt sich hier, dass er sowohl im Verborgenen

handelte als auch auf offiziellen diplomatischen Wegen intervenierte.

Trotz der Gefahren eines diplomatischen Bruchs oder möglicher Folgen für die Katholiken in Deutschland, fand der Kardinalstaatssekretär die angemessene Schärfe in seinen Protestnoten sowie das nötige Taktgefühl, um durch diese Demarchen trotzdem diplomatisch zu protestieren. □

Das umfangreiche Literaturverzeichnis kann elektronisch bei der Redaktion angefragt werden.

Kurznachrichten

Rudolf Voderholzer zum Bischof von Regensburg ernannt

Der Heilige Vater Benedikt XVI. hat Rudolf Voderholzer zum neuen Bischof von Regensburg ernannt. Die Diözese Regensburg soll sich in einer ersten Reaktion über die Ernennung erfreut gezeigt haben und dankt dem Heiligen Vater für diese Entscheidung.

Voderholzer lehrt als Professor für Dogmatische Theologie an der theologischen Fakultät der Universität Trier und am Institut Papst Benedikt XVI. in Regensburg, das die Gesammelten Werke von Joseph Ratzinger/Benedikt XVI. herausgibt. Voderholzer ist Schüler von Erzbischof Gerhard Ludwig Müller, der bis Anfang Juli das Bistum Regensburg leitete und seither als Präfekt der Römischen Glaubenskongregation vorsteht.

Rudolf Voderholzer wurde am 9. Oktober 1959 in München geboren. Nach seinem Philosophie- und Theologiestudium in München empfing er am 17. Juni 1987 die Priesterweihe in der Erzdiözese München und Freising.

Von 1987 bis 1991 war er Kaplan von Traunreut, Haar und Zorneding. Danach setzte er seine Theologiestudien an der theologischen Universität von München fort; gleichzeitig arbeitete er als wissenschaftlicher Assistent des Lehrstuhls für Dogmatische Theologie. 1997 schloss er sein Doktorat und 2004 seine Habilitation in Theologie ab.

Im Jahre 2003 wurde er oberster Assistent der Fakultät für Glaubens- und Religionswissenschaft und Philosophie an der theologischen Fakultät von Fribourg (Schweiz), deren Präsident er 2004 wurde. Gleichzeitig lehrte er dort dogmatische Theologie.

Seit 2005 ist er Professor für Dogmatische Theologie und Dogmengeschichte an der theologischen Fakultät von Trier und seit 2008 Direktor des Institutes Papst Benedikt XVI. in Regensburg.

Seinen pastoralen Dienst leistet er in der Pfarrei des hl. Nikolaus in Kasel (Diözese Trier).

Laut Domradio äußerte er sich folgendermaßen zu seiner Wahl: „Papst Benedikt hat mir zuerst die Herausgabe seiner gesammelten Schriften anvertraut, dann die Leitung der theologischen Begegnungsstätte in seinem Wohnhaus in Pentling und nun auch das Kostbarste, das es gibt, nämlich die Menschen im Bistum Regensburg.“

Der Bruder des Papstes, Msgr. Georg Ratzinger, habe sich zufrieden über den neuen Regensburger Oberhirten gezeigt und nannte ihn eine „sehr gute Lösung“, so Domradio weiter. Er selbst habe zwar keinen Wunschkandidaten gehabt, doch einige vorab in Medien spekulativ genannte Namen hätten ihm „nicht so gut gefallen“. Er halte den Münchner Diözesanpriester für „absolut episkopabel“. □

(ZENIT)

In der „Kirche unter Soldaten“ zuhause Militärgeneralvikar Walter Wakenhut wurde 70 Jahre

VON CARL-H. PIERK

Wenn Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr alljährlich zu den verschiedensten Wallfahrtsorten pilgern, um ein lebendiges Zeugnis für den Frieden abzulegen, dann ist Walter Wakenhut, Apostolischer Protonotar und Militärgeneralvikar, unter ihnen. Sieht er doch die Soldatinnen und Soldaten als „Diener des Friedens“, gerade in den schwierigen Zeiten, seit die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Einsatz sind. Ein Herzensanliegen ist Wakenhut die alljährliche Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes. Die weltweit größte Pilgerfahrt für Militär-angehörige geht zurück auf das Jahr 1944, als französische Soldaten erstmals gemeinsam nach Lourdes reisten. Die erste Internationale Soldatenwallfahrt fand 1958 statt. Soldaten aus ehemals verfeindeten Ländern sollten Versöhnung und Gemeinschaft erfahren, ein Zeichen des Friedens setzen. Entsprechend bezeichnete Wakenhut während der Messfeier zu Beginn der diesjährigen 54. Internationalen Soldatenwallfahrt den Marienwallfahrtsort am Fuße der Pyrenäen als ein „Paradebeispiel des Friedens“.

Neben den religiösen Programmpunkten in Lourdes ist auch die Wanderung zum Pic du Jer alljährlich fester Bestandteil der Pilgerfahrt. Vom 950 Meter hohen Pic du Jer hat man einen herrlichen Blick auf Lourdes, Tarbes, Pau, das Tal von Argèles Gazost und die Pyrenäen. Der Gipfel ist auch bequem mit einer hundert Jahre alten Seilbahn zu „erklimmen“. Dieses Angebot aber lehnt Militärgeneralvikar Walter Wakenhut schmunzelnd ab. Er ist schließlich routinierter Bergsteiger und der Aufstieg zum Pic du Jer bedeutet für ihn nicht einmal den Schwierigkeitsgrad 1, also die einfachste Form des Kletterns. Es ist eben eine Wanderung.

Regelmäßig besucht der Militärgeneralvikar im Rahmen der Dienstaufsicht die Einsatzregionen und sucht bewusst das Gespräch zu seinen im Einsatz tätigen Militärseelsorgern. „Das brüderliche Miteinander mit den Militärseelsorgern, ihre Arbeitsbedingungen und der Kontakt zu den im Einsatz befindenden Soldatinnen und Soldaten ist mir ein Herzensanliegen,“ bekundete der Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes in seinen zahlreichen Gesprächsrunden. Gerade die Erfahrungswerte der Militärseelsorger bei der aktiven Begleitung von Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sowie die Wahrnehmung der Seelsorge durch die Truppe stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses. Somit ist auch für ihn der Dialog und die brüderliche Begleitung der Militärggeistlichen im Einsatz ein wesentlicher Kernauftrag der kontingentbezogenen Dienstreisen.

Doch wie kann das Recht auf Seelsorge garantiert werden? Bei der 50. „Woche der Begegnung“ vor zwei Jahren in Bensberg kritisierte Militärgeneralvikar Walter Wakenhut einen Mangel an Seelsorgern für die Soldaten. „Augenblicklich müssen wir erfahrene Seelsorger nach

Hause schicken, die von den Diözesen wegen des dort herrschenden gravierenden Personalmangels nicht mehr ersetzt werden können“, sagte Wakenhut. „Eine vernünftige, überschaubare Personalausstattung der Militärseelsorge ist unabdingbar, damit wir unseren Auftrag erfüllen können“. Der Militärgeneralvikar warf die Frage auf, wie das Recht auf Seelsorge garantiert und das „Vakuum an Seelsorgebedarf in der Truppe“ abgedeckt werden könne. Mit Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr plädierte er dafür, dass erfahrene Pfarrer länger als zwölf Jahre in der Militärseelsorge verbleiben können. Dies sei wegen der sehr aufwändigen Ausbildung und der notwendigen Vorbereitungszeit auf einen Auslandseinsatz erforderlich. Derzeit führe der chronische Personalmangel dazu, dass Pfarrer und Pastoralreferenten in immer kürzeren Abständen in den Einsatz gezwungen werden.

Die Woche der Begegnung ist das zentrale Treffen der ehrenamtlichen Delegierten aus den Gremien des organisierten Laienapostolates im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs. Das sind der Katholikenrat (KR) und die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Die „Woche der Begegnung“ verbindet die jährliche Vollversammlung des „Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr“ mit der Bundeskonferenz der GKS. Für den Militärgeneralvikar bedeutet die konstruktive Zusammenarbeit der hauptamtlichen mit den vielen engagierten ehrenamtlichen Mitarbeitern eine wichtige Basis für das erfolgreiche Wirken der Militärseelsorge. Ohne das organisierte Laienapostolat wäre Militärseelsorge für Wakenhut kaum vorstellbar. Zugleich unterstützte Wakenhut immer Bemühungen, Bedingungen für ein gewissensorientiertes und ethisch reflektiertes Handeln der Soldaten zu schaffen. So gilt das Engagement der Militärseelsorger seit Jahren verstärkt den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sowie den Familienangehörigen, deren Situation sich durch die Transformation der Bundeswehr entscheidend verändert hat.

Für Wakenhut, der am 17. September in Berlin seinen 70. Geburtstag mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Kurie sowie vielen Gästen mit einem Pontifikalamt in der Rosenkranzbasilika und anschließendem Festakt feierte, ist die Nähe zu den Soldatinnen und Soldaten stets der Schlüssel zu seiner seelsorgerischen Arbeit. In dieser „Kirche unter Soldaten“ ist der Militärgeneralvikar seit mehr als 25 Jahren zuhause. Treffender hätte auch das Leitwort der 52. „Woche der Begegnung“ vom 9. bis 14. September 2012 in Berlin nicht sein können: „Kirche unter Soldaten – Verantwortung durch Gottvertrauen“. Jenseits der ethischen Perspektiven, die sich heute aus der Verantwortung der Bundeswehr ergeben, sieht sich die GKS als unabhängiger Verband im Jurisdiktionsbe-

reich des Katholischen Militärbischofs besonders gegenüber Militärgeneralvikar Wakenhut zu Dank verpflichtet. In ihm hatte und hat sie stets einen Ansprechpartner und ideellen wie finanziellen Unterstützer.

Bei den Gesprächen mit den Vertretern des organisierten Laienapostolates geht es immer wieder auch um das fünfte Gebot aus dem Alten Testament: Du sollst nicht töten. Wie verträgt sich das mit dem Beruf des Soldaten und mit dem Auftrag der Bundeswehr? Für Wakenhut ist die Idee des „Gerechten Friedens“ als das zentrale politisch-ethische Leitbild der friedensethischen Entwürfe der christlichen Kirchen stets maßgebend, denn „Gerechter Friede“ gebe Orientierung im politischen Entscheiden und Handeln. Stets betont er, dass das Weltgemeinwohl nach einer ethisch reflektierten staatlichen Interessenpolitik verlangt. Seit 2007 gilt die Denkschrift des EKD-Rates „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, seit 2000 das Hirtenwort zum „Gerechten Frieden“ der katholischen Bischöfe. Beide Dokumente distanzieren sich von der mittelalterlichen Lehre des Thomas von Aquin (1225-1274) von einem „gerechten Krieg“. Es geht heute um ein vorausschauendes, sozial gerechtes Handeln in der Welt, um Konflikte zu vermeiden, statt sie im Nachhinein mit Waffengewalt lösen zu wollen. Der Militäreinsatz darf danach immer nur das allerletzte Mittel (ultima ratio) sein, wenn alle friedlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Walter Wakenhut wurde am 17. September 1942 in Burghausen an der Salzach geboren und besuchte dort Volksschule und Gymnasium. Nach dem Abitur 1962 trat er in das Priesterseminar St. Stephan in Passau ein und wurde dort nach dem Studium der Theologie und Philosophie am 29. Juni 1968 zum Priester geweiht. Wakenhut war Kaplan in Passau-Hacklberg und wirkte ab 1969

in Burghausen im Bischöflichen Studienseminar St. Altmann, zunächst als Präfekt, später als Direktor. Am 1. September 1980 wechselte er als Pfarrer in den Bayerwald nach Regen. Mehrere Jahre war er Schuldekan und dann Dekan für das Dekanat Regen. Ab 1986 war er Standortpfarrer im Nebenamt. 1989 wechselte Wakenhut an die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Am 18. Februar 1990 folgte die Ernennung zum Militärfarrer und am 1. März 1991 zum Militärdekan. Im März 1993 wurde er Personalreferent und Stellvertreter des Militärgeneralvikars im Katholischen Militärbischofsamt in Bonn. Am 23. März 1995 erhielt er von Papst Johannes Paul II. den päpstlichen Ehrentitel Monsignore und 1997 den eines Prälaten. 1997 übernahm er die Aufgaben des Wehrbereichsdekans im Wehrbereich VI in München. In dieser Zeit war er auch in der Seelsorge als Pfarrer von St. Michael in Arget tätig. Militärbischof Dr. Walter Mixa berief ihn im November 2000 zu seinem Generalvikar. Am 17. September 2007 erhielt er von Papst Benedikt XVI. den Ehrentitel Apostolischer Protonotar, die höchste Stufe päpstlicher Ehrentitel. Nach dem Rücktritt von Militärbischof Dr. Walter Mixa 2010 nahm er bis zur Ernennung des neuen Militärbischofs im Februar 2011 gemäß den kirchenrechtlichen Vorgaben die Leitung der Katholischen Militärseelsorge wahr. Der neue Militärbischof Dr. Franz Josef Overbeck berief ihn erneut in dieses Amt, das er bis heute ausübt.

Militärgeneralvikar Wakenhut blickt in seinem Priesterleben auf viele Stationen in verantwortlicher Position zurück. Eine davon ist freilich wenig bekannt. Walter Wakenhut, seinerzeit Pfarrer von St. Michael in Arget, einem Ortsteil der Gemeinde Sauerlach in Oberbayern, ist dort erster Vorsitzender des Männerchores. □

Kirche unter Soldaten

Einweihung der Pater-Rupert-Mayer Kapelle

Am Mittwoch, den 7. November fand in der Reichenhaller Hochstaufer-Kaserne die Einweihung der Pater-Rupert-Mayer Kapelle, durch den Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, statt. Erste Gedanken zur Errichtung einer Kapelle gehen zurück in das Jahr 2007. Vor fünf Jahren war es der katholische Militärfarrer Martin Strasser, der den damaligen Kommandeur Gebirgsjägerbrigade 23, Brigadegeneral Erich Pfeffer, für sich gewinnen konnte. Dies fand mit dem feierlichen Akt, einen Pontificalgottesdienst, in der Hochstaufer-Kaserne seinen Abschluss.

Nach der Auflösung der Karfreitkaserne in Brannenburg und der Überlegung zum Verbleib der dortigen Kapelle, entstanden die ersten Ideen zu einer möglichen Verlegung nach Bad Reichenhall. Aufgrund der Besonderheiten vor Ort musste man dies sehr früh wieder verwerfen, da sich die Versetzung des Rundbaus als technisch kaum realisierbar erwies. Der Gedanke und Wunsch nach einem Gotteshaus in der Kaserne blieb.

Im Jahre 2008 entschied die Brigadeführung auf Anfrage Pfarrer Martin Strasser, das Projekt erneut aufzugreifen, einherging der Entschluss zum Neubau. In enger Kooperation mit Militärfarrer Strasser, den öffentlichen Einrichtungen und örtlichen Unternehmen begann dann 2011 der Bau der „Pater-Rupert-Mayer“ Kapelle mit der Grundsteinlegung nach dem Motto „von Soldaten, für Soldaten“. Maßgeblich an der Planung, Umsetzung und am Bau der Kapelle war der Oberstabsfeldwebel Rainer Flechsenhar, Leiter Unterstützungspersonal Standortältester, eingebunden.

Die Weihe der Kapelle und Gedenkstätte fand im Rahmen eines Pontificalgottesdienstes auf dem Platz vor der Kapelle statt und wurde durch Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, zelebriert (Bild). Bei der Begrüßung erläuterte Militärfarrer Strasser die wesentlichen Beweggründe, die den Bau der Kapelle vorangetrieben haben. Die Schaffung eines Ruhepols für die Soldaten, ein Rück-



Am Altar v.l.: Militärpfarrer Martin Strasser, Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Leitender Militärdekan Monsignore Reinhold Bartmann, Pater Peter Linster SJ, Stadtpfarrer Eugen Strasser-Langefeld, Militärdekan Siegfried Weber

zugsort zum Innehalten und Kraftschöpfen waren ebenso Leitgedanken wie die Möglichkeit zum Empfang der Sakramente. Natürlich bietet sie den Soldaten auch Raum

zur Durchführung ihrer familiären Feierlichkeiten, mehrere Anfragen für Taufen liegen bereits vor. Nicht zuletzt dient sie den Soldaten vor allem auch als Gedenkstätte an die verstorbenen und gefallenen Kameraden.

Umrahmt wurde der Gottesdienst durch die Karlsteiner Böllerschützen, den Kirchenchor der Stadtpfarrei St. Nikolaus, der Organistin Frau Barbara Knetsch-Mainardy und einer Abordnung des Gebirgsmusikkorps Garmisch-Partenkirchen. Beigewohnt haben der Veranstaltung Oberbürgermeister Dr. Herbert Lackner, Landrat Georg Grabner, der Divisionskommandeur der 10. Panzerdivision Generalmajor Erhard Bühler und sein Stellvertreter, Brigadegeneral Johann Langenegger, sowie ca. 400 weitere Gäste und Soldaten. Im Anschluss an das Zeremoniell fand ein Empfang der geladenen Gäste in der Unteroffizierskameradschaft und dem Mannschaftsheim des Standortes statt und nahm somit ihr offizielles Ende.

Am Abend wurde interessierten Bürgern die Gelegenheit gegeben, durch eine Führung des Oberstabsfeldwebels Rainer Flechsenhar, sich über die Entstehung der Kapelle zu informieren und einer ökumenischen Abendandacht beizuwohnen. Dies wurde von Jung und Alt zahlreich genutzt. □

(Text und Foto: Pressestelle Geb.JgBrig 23)

Buchbesprechung

Der Heilige Sebastian – Schutzpatron der Soldaten

VON ANDREAS M. RAUCH¹

Im Apostolischen Glaubensbekenntnis bekennen sich die katholischen Christen zur „Gemeinschaft der Heiligen“. Über die Heiligen erhoffen sich Christen Fürsprache bei Gott. Viele Heilige der katholischen Kirche sind auch Märtyrer, also Blutzugeen Christi. Der Begriff „Märtyrer“ geht auf das griechische Wort „martyr“ zurück und bedeutet der „Wortzeuge“ oder „Tatzeuge“. Märtyrer haben ihren christlichen Glauben bezeugt und gelitten, so wie es Jesus Christus selbst am Kreuz getan hat. Durch ihr Blutzugnis gelten Märtyrer als besonders glaubhafte Bekenner des christlichen Glaubens. Märtyrer unterscheiden sich von den heutigen Selbstmordattentätern im Kontext des Islamismus dadurch, dass sie ihren Tod weder ersehnt noch geplant haben, ihn aber in Kauf nahmen, als sie vor die Wahl zwischen christlichen Gottesglauben und heidnischen Opferkult standen.

Mit der Verfestigung der Kirche als Organisation ab dem 4. Jahrhundert erfolgte eine Zuordnung vieler Heiligen zu einzelnen Berufsständen, damit sich die Gläubigen leichter mit einzelnen Heiligen identifizieren können. Da der Heilige Sebastian in seinem irdischen Leben Soldat gewesen ist, wurde er Schutzpatron der Soldaten. Einzelne

Heilige, besonders aus der Zeit der Alten Kirche in den ersten fünf nachchristlichen Jahrhunderten, erfreuten sich besonderer Beliebtheit unter den Gläubigen, weshalb sie zu Schutzheiligen von der katholischen Kirche erkoren wurden. Dies trifft auch auf den heiligen Sebastian zu. Neben den Soldaten ist Sebastian Schutzheiliger der Veteranen, der Schützen, der Feuerwehrleute und der Gärtner.

Lebensgeschichte

Aus der Sicht der Alten Kirchengeschichte und der Christlichen Archäologie müssen wir sagen, dass wir über keine unmittelbaren Befunde über das Leben des Sebastian verfügen. Gesichert ist lediglich, dass der Hl. Sebastian im römischen Heiligenkalender am 20. Januar auftaucht und dort erstmals im Jahr 354 genannt wird. Vermutlich ist Sebastian im Jahr 288 n. Chr. verstorben. Tatsache ist, dass der römische Kaiser Diokletian (284-305 n. Chr.), der einen Großteil seines Lebens in Militärlagern verbrachte, sich von Beginn seiner Herrschaft an gegen die Christen wendete, aber auch gegen andere religiöse Minderheiten wie etwa den im 3. Jahrhundert vor allem in Rom verbreiteten Mithraskult, der besonders unter Soldaten beliebt war. Diokletian forderte das allgemeine Opfer für sich und die römischen Götter. Vor allem seit dem Jahr 295 n. Chr. kam es zu immer strengeren Gesetzen gegen die Christen. Wohnräume, die als

¹ Professor (eh) Dr. Andreas M. Rauch lehrt Internationale Politik an den Universitäten Duisburg-Essen und Nürnberg-Erlangen und ist im Schuldienst in Köln tätig, wo er als Israel-Koordinator agiert.

Gottesdiensträume genutzt wurden, werden ebenso zerstört wie kleine christliche Gotteshäuser. Auch wurden christliche Schriften verbrannt. Wer dem Kaiser opferte, blieb in Freiheit, wer sich weigerte, wurde verhaftet und meist getötet. Vor allem der weströmische Mitkaiser Maximian (286-305 n. Chr.) wütete besonders heftig gegen die Christen in den Jahren 305-311. Hinzu kam, dass die christliche Sekte in Konkurrenz zum Mithras-Kult stand und es viele gegenseitige Verdächtigungen, Beschuldigungen und Anzeigen gab, um die jeweilige Gegenseite auszuschalten.

Erst das Toleranzedikt von Mailand von Kaiser Konstantin den Großen im Jahr 313 n. Chr. ließ es wieder zu, dass Christen nicht weiter verfolgt wurden, was zwei Jahre zuvor in Teilen des Römischen Reiches bereits angeordnet war. Unter Kaiser Konstantin gab es dann 325 n. Chr. das Kirchenkonzil von Nicäa unter dem Vorsitz des römischen Kaisers, auf dem das Apostolische Glaubensbekenntnis (credo) formuliert wurde, in dem auch von der Gemeinschaft der Heiligen (communio sanctorum) gesprochen wird. Zu diesem Zeitpunkt war der Mithras-Kult weitgehend zurückgedrängt. Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzungen wird deutlich, dass es vor 325 n. Chr. keine Unterlagen zu Sebastian gibt und er erst 354 in einem römischen Heiligenkalender auftaucht.

Der geschichtliche Befund

Das teilweise brutale und rücksichtslose Vorgehen gegen die Christen in der vorkonstantinischen Zeit ist erklärungsbedürftig und vor dem Hintergrund des weströmischen Reiches zu sehen. Unter Kaiser Augustus (30 v. Chr.-14 n. Chr.) erlebt das Römische Reich eine Zeit des Friedens (Pax Augusta) und unter den Kaisern Trajan (98-117 n. Chr.) und Hadrian (117-138 n. Chr.) hat das Römische Reich seine flächenmäßig größte Ausdehnung. In der Zeit der römischen Soldatenkaiser hingegen von 235-284 n. Chr. befindet sich das Römische Reich in einer Krise, die es nur durch Soldatenherrscher überwand. Diese Schwächen des Römischen Reiches wird heute vielmals durch die Herrschaft Kaiser Diokletians und Kaiser Konstantins des Großen (306-337) und ihre Leistungen überdeckt, sie waren jedoch Vorboten eines allmählichen Niederganges des Römischen Reiches. Kaiser Diokletian gilt als erfolgreicher Kaiser, da ihm eine große Verwaltungsreform gelang und die Steuereinnahmen auf hohem Niveau stabilisiert werden konnten. Allerdings wollte Diokletian die Einheit des Römischen Reiches dadurch stabilisieren, dass seine Bewohner noch stärker als bisher zur altrömischen Religion zurückkehren sollten. Als Kaiser störte es Diokletian, dass die Christen nur widerwillig Soldatendienst leisteten und ihm seine Ehrerbietung als Gott Jovius verweigerten.

Den Kaiserpalast, der als erster Dienstsitz diente, hatte Diokletian in das heute kroatische Split gelegt. Es gab zwar den kaiserlichen Palast auf dem Palatin in Rom, doch dieser Palast hatte den Rang eines zweiten Dienstsitzes des Kaisers, der sich nur wenige Wochen im Jahr in Rom aufhielt. Auch die Bevölkerung Roms war geschrumpft. Sebastian war ein „princeps primae cohortis“;

also Befehlshaber der Leibgarde von Kaiser Diokletian. Eine Kohorte bestand aus etwa 480 Soldaten bzw. drei Manipeln, wobei ein Manipel sich aus 160 Mann zusammensetzte. Sebastian war für die Sicherung des Kaiserpalastes und des Gefängnisses in Rom zuständig. Sei Vorgesetzter war Hauptmann Castulus, der für die Zeremonien und vor allem für die Tafel des Kaisers und die Kaiserliche Küche verantwortlich war. Angesichts der vielen Anschläge und Giftmordversuche auf Kaiser Diokletian waren beide Positionen von Castulus und Sebastianus Vertrauensstellungen. Beide waren jedoch Christen und als diese ihren christlichen Glauben gegenüber dem Kaiser öffentlich machten, wurden beide hingerichtet, da der Kaiser sein Vertrauen in diese Männer verloren hatte. Für Kaiser Diokletian waren die Todesurteile gegen Castulus und Sebastianus eine reine Frage der Machterhaltung. Das beide Männer über so lange Zeiträume im Verborgenen Christen in Rom helfen konnten, war nur möglich gewesen, weil der Kaiser sich nur selten und nur wochenweise in Rom aufhielt.

Das Besondere an Sebastian und auch Castulus ist, dass sie ihren Glauben in vorkonstantinischer Zeit bekannten. So wie für viele andere Märtyrer der ersten drei nachchristlichen Jahrhunderte bekannten diese Christen ihren Glauben in einer Zeit, als es die katholische Kirche als Organisation im heutigen Sinne noch gar nicht gab. Das Christentum war eine von vielen religiösen Gruppierungen in der damaligen Zeit, deren Konturen ohne den wortgewaltigen Paulus vielen gar nicht veranschaulicht worden wäre. Zudem befanden sich die Christen in scharfer Konkurrenz zum Mithras-Kult, der aus dem persischen Raum stammte und vor allem bei Soldaten sich hoher Beliebtheit erfreute. Es war also für Sebastian also überhaupt noch nicht erkennbar oder absehbar, jemals seiner Taten gewürdigt zu werden oder sie anerkannt zu bekommen – außer im Angesicht Gottes. Es sah vor der Herrschaft des Konstantin eher so aus, dass das Christentum sich voraussichtlich in absehbarer Zeit auflösen oder zumindest in die Bedeutungslosigkeit abdriften würde, so wie es auch zuvor schon vielen anderen Sekten ergangen war.

Neben dem Eintrag im römischen Heiligenkalender gibt es über der Stelle, an der Sebastian begraben wurde, die Basilika San Sebastiano in Rom, die Papst Damascus I. (366-384 n. Chr.) als eine der sieben frühchristlichen Pilgerkirchen Roms in Form einer dreischiffigen Basilika errichten ließ. Dort wurden auch lange Zeit die Gebeine der Apostelfürsten Petrus und Paulus aufbewahrt. Die Basilika San Sebastiano liegt an der Via Appia und über einen Eingang zu den Katakomben mit Graffiti und Wandzeichnungen aus dem 4. Jahrhundert. Die ältesten Darstellungen des Heiligen Sebastian finden sich in der Caecilia-Gruft der Calixtus-Katakombe in Rom, wie er in Tunika und Pallium gekleidet wird. Erst ab dem 7. Jahrhundert wird Sebastian vor allem als Soldat porträtiert, der meist an einem Baum steht und von Pfeilen durchbohrt wird. In der bildenden Kunst des 16. bis 18. Jahrhunderts in Süddeutschland und Italien wird der Heilige Sebastian meist als junger Mann dargestellt, eben weil in der Zeit der Renaissance und des Barock auf antike Vorbilder Bezug genommen wird, zum anderen, weil Sebastian

zum Zeitpunkt seines Todes zwischen 25 und 35 Jahren alt gewesen sein muss. Zudem sollen Sebastian-Darstellungen als eine Möglichkeit zur Identifikation und zum Vorbild für Soldaten dienen, und die weisen eben meist ein jüngeres Lebensalter aus.

Für Christen im Allgemeinen und für die katholische Kirche im Besonderen liegt die Bedeutung des Heiligen

Sebastian darin, dass er Menschen in Not geholfen hat und er auch in Todesgefahr seinem Gewissen und seinen Glauben an einen christlichen Gott gefolgt ist.

Reinhard Abeln: Der heilige Sebastian. Leben – Legenden – Bedeutung. Topos Taschenbücher Kevelaer 2012, 95 S., ISBN 978-3-8367-0797-8

Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten in Österreich

AKS – Herbstbesprechung 2012 in Wien

VON RAINER ZINK

Die diesjährige Herbstbesprechung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS)¹ fand in der Woche vom 15. Oktober bis zum 19. Oktober in Wien an der Heereslogistikschule statt. Das Generalthema dieser

Dienern, jedem eine bestimmte Aufgabe...“. Ferner stellte Meurers in seiner Einleitung die Fragen „Wo stehen wir – als Christen, Soldaten und Bürger? Welche Verantwortungsräume tun sich auf?“



Generalmajor Norbert Sinn (links) übergibt die Führung der AKS an Brigadier Mag. Martin Jawurek (rechts)

Veranstaltung wurde mit dem Oberbegriff „Verantworten“ bestimmt. Die Begrüßung wurde vom Präsidenten, Generalmajor Sinn durchgeführt. Dabei erwähnte der General insbesondere die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft katholischer Soldaten. Danach konnte das Programm zeitgerecht durch den Generalsekretär der AKS, Oberst Mag. Meurers mit dem 1. Abschnitt: „Sind wir verpflichtet, andere zu schützen? – Rechtliche und ethische Fragen der Responsibility to Protect (R2P)“ eröffnet werden. Etwa 40 Delegierte aus allen Bundesländern Österreichs hörten interessiert den Einstieg ihres Generalsekretärs. Diesen begann Oberst Meurers mit den Worten von Erzbischof Robert Zollitsch, dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz: „Er übertrug alle Verantwortung seinen

Thesen und Fragen zum Thema „Verantworten“

Nach diesen Fragen stellte der Generalsekretär noch folgende Thesen den Delegierten vor: These 1: Krisen und Konflikte fordern Theologie und Politik

- These 2: Verantwortung in Tod und Leben
- These 3: Mit Maß und Ziel in die Zukunft
- These 4: Verantwortung als zentrales Kriterium in Ethik, Entwicklung und Politik
- These 5: Verantwortung verlangt Mut
- Über diese Thesen fand im Anschluss unter den Delegierten ein reger Gedankenaustausch statt, denn der Generalsekretär hatte mit dieser Einleitung bei den Delegierten starkes Interesse geweckt. Nach der bewegten Diskussion sollten noch weitere Fragen angedacht und behandelt werden, die im folgenden dargestellt werden:

- Was heißt es, Verantwortung zu übernehmen?
- Wer trägt für was oder wen Verantwortung?

Wie kann die Gegenwartsfixierung aufgebrochen werden, damit wir wieder mehr unserer Verantwortung für die Zukunft gerecht werden?

Mit diesen Fragen motivierte Meurers die Zuhörer für die am Dienstag stattfindende Enquete 2012, denn diese gesamte Themenstellung wurde zusammengefasst unter dem ersten Abschnitt: „Verantworten 1– Sind wir verpflichtet, andere zu schützen?“

Enquete des Instituts für Religion und Frieden 2012

Einer der Höhepunkte der Herbstbesprechung war die Enquete des Instituts für Religion und Frieden. Diese beschäftigte sich in der Landesakademie in Wien mit der Thematik „Sind wir verpflichtet andere zu schützen? Rechtliche und ethische Fragen der Responsibility to Protect (R2P)“. Der Militärbischof Christian Werner und Bischofsvikar Werner Freistetter, der Leiter des Instituts für Religion und Frieden, konnten bei dieser Veranstaltung

¹ Die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS) in Österreich ist das Pendant zu unserer Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS) in Deutschland.

hochrangige Besucher begrüßen. So waren zu Gast der Militärerzbischof für Brasilien, Osmino José Both, der kroatische Militärbischof Juraj Jezerinac, der britische Militärbischof Richard Moth, Militärbischof František Rábek aus der Slowakei sowie der US-Militärauxiliärbischof Richard Spencer. Darüber hinaus waren weitere Vertreter der Militärseelsorge aus Mexiko, Italien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Frankreich, der Tschechischen Republik, Slowenien, Niederlande, Belgien, Polen und Irland unter den Gästen.

Entstehung des Konzepts R2P

Im Panel 1 behandelte der Botschafter Hans Winkler, Staatssekretär a.D. und Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien, die Vorgeschichte der Entstehung des Konzepts R2P. Er erwähnte, dass neben der Konvention gegen den Völkermord 1948 hauptsächlich die Weltkonferenz zum Schutz der Menschenrechte 1993 in Wien von gravierender Bedeutung sei, denn diese betonte die Aussage, dass die Sorge um Menschenrechte in anderen Staaten keine Einmischung in deren inneren Angelegenheiten darstelle. „Die R2P ist in erster Linie die Verantwortung des Staates, seine Bürger vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, und in zweiter Linie jene der internationalen Gemeinschaft, Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Staat dieser Verantwortung nicht nachkommen kann oder will“, so der Botschafter. Darüber hinaus betonte er, dass es neu ist, dass der Sicherheitsrat bei schweren Menschenrechtsverletzungen innerhalb eines Staates Maßnahmen ergreifen kann, ohne sich auf eine Gefährdung des internationalen Friedens berufen zu müssen.

R2P-Konzept als Neuformulierung der staatlichen Souveränität

Die zweite Sprecherin im ersten Panel war Ursula Hann vom Referat Internationales Recht im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport. Diese erkennt im R2P-Konzept, wie es von der ICISS vorgelegt wurde, eine Neuformulierung der staatlichen Souveränität. Hann unterstützt die These, dass zu den Souveränitätsrechten auch die Pflichten den eigenen Bürgern hinzu treten würden. Dabei müsse wesentlich der Sicherheitsrat zuständig sein und in zweiter Linie die Generalversammlung der UN oder regionale Abkommen, so Hann. Ferner erwähnte sie, dass der Libyeneinsatz ein Schritt in die falsche Richtung gewesen sein könnte. Weitere Schritte unter Berufung auf R2P, auch unter Einbeziehung auf die Problematik in Syrien sowie die Entwicklung hin zu einer völkerrechtlichen Verpflichtung seien im Moment nicht absehbar.

Psychologische Aspekte des protektiven personenbezogenen Handelns

Der letzte Referent im ersten Abschnitt war Günther Fleck, der Leiter des Referats Militärpsychologie und Bildungswissenschaften am Institut für Human- und Sozialwissenschaften der Landesverteidigungsakademie in Wien. Dieser sprach über die psychologischen Aspekte protektiven personenbezogenen Handelns und betonte, dass protektive Handlungen nicht isoliert gesehen werden dürften, denn sie seien immer in einen Kontext eingebettet

und hätten einen zeitlichen Verlauf von der Wahrnehmung über die Erkenntnis des Bedarfs zur Handlungsabsicht bis zur Planung, Durchführung und Erfolgsüberprüfung. Dabei seien wichtige psychologische Aspekte laut Fleck die Motivation, die Bezogenheit und Beziehungsgestaltung sowie die Identifikation mit dem bedrohten Opfer, Einfühlung und Einsfühlung sowie Verantwortung und Verbindlichkeit.

Moralphilosophische Debatte um das Recht im Krieg

Im zweiten Panel stieg Bernhard Koch vom Institut für Theologie und Frieden (Hamburg) in die moralphilosophische Debatte um das Recht im Krieg ein. Er bezog sich dabei auf den Philosophen Jeff McMahan, der im Alltag Gewalt legitimiert oder delegitimiert, besonders bei einer Notwehrsituation, denn er geht von einer unterschiedlichen Verantwortlichkeit der Beteiligten aus und leitet davon die Legitimität der Gewaltanwendung ab. Ist ein Angreifer am Angriff nicht schuld, darf gegen ihn auch keine Gewalt zur Abwehr des Angriffs angewendet werden, so als ob er ein Unbeteiligter wäre. Dies bezog wiederum Koch auf die Soldaten und er verdeutlichte, dass bei einem gemeinsamen Kampf von Soldaten mit einem Diktator diese zum Komplizen des Diktators oder Verbrechers würden und umgekehrt: „Wer als Soldat in humanitären Interventionen kämpft, tut das heute nicht so sehr als Instrument seines Staates, sondern im Dienst eines globalen Menschenrechtsschutzes“, intonierte Bernhard Koch.

Einschränkung der staatlichen Souveränität

Als letzter Sprecher im zweiten Panel trat der Forschungsdirektor und stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, Gerhard Beestermöller vor das Plenum. Er „durfte“ als Ersatzmann aushelfen, hat aber mit seinem Vortrag die Teilnehmer bei dieser Enquete absolut überzeugt und gefesselt. Er begann seinen Vortrag damit dass es in der kirchlichen Tradition durchaus nichts Neues sei, dass staatliche Souveränität eingeschränkt ist, wie es auch schon in der Enzyklika „Pacem in terris“ offenbart wird. Da war es auch nicht außergewöhnlich, so der Forschungsdirektor, dass der Heilige Vater den Begriff der Responsibility to protect positiv aufnahm. Allerdings dürfe dabei der Zusammenhang nicht aus den Augen verloren werden, denn die Überlegungen zum Schutz der Menschenrechte stünden im Kontext der kirchlichen Tradition der Kriegsächtung, nach der Krieg an sich eine äußerst schwerwiegende Verletzung der Rechte und Würde der Menschen darstellt. Somit stellten sich für Beestermöller folgende Fragen: Schützen wir die Menschenrechte eher, indem wir keinen Krieg führen, oder indem wir bei schweren Menschenrechtsverletzungen intervenieren? Wie kann R2P dazu beitragen, dass militärische Maßnahmen in ihrem Kontext überflüssig werden? Die kirchliche Friedensethik geht vom Weltgemeinwohl aus, denkt Gerechtigkeit und Sicherheit gleichrangig und überdenkt dabei eine global verstandene Pflicht, die beim einzelnen Bürger „ankommen“ müsse, resümierte der Direktor und plädierte für so etwas wie eine „Weltwehrepflicht“. Militärische Intervention zum Zweck des Schutzes der Menschenrechte seien allerdings nicht möglich, wenn wir uns nicht auf anderen

Ebenen gleichermaßen für den Schutz der Menschenrechte einsetzen, wie z.B. bei der Hilfe für Hungernde, endete Beestermöller seinen exzellenten Vortrag. Mit einem Imbiss und regen Diskussionen endete diese Enquete in den frühen Nachmittagsstunden.

Im Anschluss daran fand in der Stiftskirche durch den MilSuperior Mag. Dr. Tripp eine Eucharistiefeier statt. Der äußere Rahmen in dieser würdevollen Kirche, aber auch die Messe war sehr feierlich und alle Gläubigen waren äußerst beeindruckt von diesem Gottesdienst, bei dem auch das 10-Punkte Programm von Bischof Ricken von der Nordamerikanischen Bischofskonferenz zum Jahr des Glaubens ausgelegt wurde. Unmittelbar nach diesem Hochamt verlegten die Delegierten in den Stephansdom, wo eine professionelle Führung stattfinden sollte. Diese dehnte sich auf nahezu zwei Stunden aus, war aber stets kurzweilig und äußerst interessant.

Der Mittwoch, stand ganz im Zeichen von Gruppenarbeit. Alle Delegierten bearbeiteten die von Oberst Meurers vorgegebenen Fragestellungen zum Thema „Verantworten“. Dabei wurde der erste Abschnitt „Sind wir verpflichtet andere zu schützen?“ nochmals diskutiert, aber darüber hinaus wurde das Thema „Verantworten“ in den Gruppen mit dem zweiten Abschnitt „Den Glauben vorleben und vermitteln“ erweitert.

Am Donnerstag wurden die Themen des ersten und zweiten Abschnitts noch weiter vertieft, bevor ein

dritter Abschnitt neu vorgestellt wurde. „Ein Heer aus dem Volk für das Volk – Wehrpflicht – Dienstpflicht“ lautete dieser und dazu hatte die AKS einen hochrangigen Referenten eingeladen. So berichtete der ehemalige Präsident der AKS, General i.R Prof. Mag. Ernest König über diese Thematik aus seiner Sichtweise. Nach diesem aufschlussreichen Vortrag sollte ein weiterer Höhepunkt dieser Herbstbesprechung stattfinden, denn es stand an die Neuwahl des Präsidiums der AKS. Nach zehnjähriger Tätigkeit als Präsident übergab Generalmajor Norbert Sinn unter Anwesenheit des Militärbischofs Christian Werner die Führung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten an Brigadier Mag. Martin Jawurek (Bild). Auch der neue Präsident bezog sich nochmals auf die äußerst wirkungsvolle Kooperation mit der Gemeinschaft katholischer Soldaten und betonte dabei, diese aus seiner Sicht noch weiter zu intensivieren.

Den Ausklang der Herbstbesprechung am Freitag bildeten die Abschlussberichte der verschiedenen Militärpfarrgemeinderäte. Dabei schilderten sie in ihren Tätigkeitsberichten von vielen nationalen und internationalen Ereignissen aus ihren Pfarren. Zum Abschluss bedankte sich der Generalsekretär bei allen Delegierten für die wertvolle Zusammenarbeit und die guten Gespräche bei dieser gelungenen Veranstaltung. Den Abschlussgottesdienst zelebrierte der geistliche Beistand Militärdekan Mag. Alfred Weinlich und nach einem gemeinsamen Mittagessen traten die Delegierten ihre Heimreise an.

(Foto: Rainer Zink)

Kurznachrichten

Sant'Egidio erreicht Freilassung von Soldaten Senegals

Die sich weltweit für Frieden einsetzende kirchliche Gemeinschaft Sant'Egidio hat im Senegal nach mehrmonatigen Verhandlungen einen Erfolg erzielt. So ließ die bewaffnete Bewegung der demokratischen Kräfte für Casamance (MFDC) gefangen gehaltene Soldaten frei, wie die Gemeinschaft am Montag in Würzburg mitteilte. Der Konflikt zwischen der Regierung des Senegal und dem MFDC, der Guerillaaktionen mit dem Ziel der Unabhängigkeit der Region durchführt, dauert seit mehr als 30 Jahren an. Die Gemeinschaft Sant'Egidio ist offizielle Vermittlerin zwischen beiden Seiten. Eine erste Verhandlungsrunde fand in Rom am 14. Oktober statt.

In den vergangenen Jahren hatte der MFDC einige Soldaten der senegalesischen Armee gefangen genommen. Sant'Egidio bat deshalb den MFDC-Füh-

rer Salif Sadio um ihre Freilassung als humanitäre Geste. Damit sollte zugleich ein günstiges Verhandlungsklima geschaffen werden. Sadio habe der Bitte entsprochen und die Betroffenen am 8. Dezember einer Delegation der Gemeinschaft im Beisein von Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes übergeben. Über die Zahl der Gefangenen wurde keine Angaben gemacht.

Ihren bedeutendsten diplomatischen Erfolg feierte die Gemeinschaft 1992, als sie in Zusammenarbeit mit der UN den 16 Jahre andauernden Bürgerkrieg in Mosambik durch Vermittlung eines Friedensvertrages beenden konnte. Sie organisiert weiterhin jährliche „Internationale Friedenstag“ nach dem Vorbild des Weltgebetstreffen in Assisi. □

(KNA)

GKS-Kreis Augustdorf

Kontrastreiches Wochenendprogramm

Vom 02. bis 04. November 2012 veranstaltete der GKS Kreis Augustdorf ein Familienwochenende in Günne am Möhnesee. Gleich nach dem Einchecken in das Heinrich-Lübke-Haus, versammelte der Vorsitzende, Gerhard Pape, die angereisten Familien und stimmte sie auf die Themen am Wochenende ein.

Das Programm am Samstag startete mit einem Referat zur Stressbewältigung bei Soldaten im Einsatz und im Alltag. Referent war Oberstleutnant a. D. Michael Helmich. Helmich verfügt über einen reichhaltigen Erfahrungsschatz zum Thema, aus seiner Zeit als aktiver Soldat im Zentrum für Innere Führung. Dort bereitete er u. a. Kommandeure auf die Einsätze im Ausland vor. Helmich referierte sehr anschaulich über Stressfaktoren und die Auswirkung von Stress auf die Gesundheit von Menschen. Eine Vielzahl von Fragen zum Thema entwickelte sich aus dem Plenum und persönliche Erfahrungen ergänzten den Vortrag (Bild). Abschließend wurde in praktischer Anwendung Stressbewältigung geübt. Tiefe Entspannung stellte sich bei den Teilnehmern ein und belegte die Theorie.

So entstresst nutzten die Familien die Zeit bis zur nächsten Veranstaltung, um sich zu besinnen. Im Nachmittagsprogramm stand eine Exkursion zu der Gesellschaft für Abfallwirtschaft im Hochsauerlandkreis. Die bildungspolitische Veranstaltung fand in den Räumen der Abfalldeponie in der Nähe von Meschede statt. Den hochinteressanten Vortrag zum Thema Abfallentsorgung trug Dipl.-Ing. Reinhard Pape vor. So erfuhren die Teilnehmer, dass seit 1972 bundesweit eine einheitliche Regelung zur Abfallentsorgung besteht. Dabei ist der Schutz des Grundwassers, in



Die entspannten Teilnehmer beim Vortrag über Stressbewältigung

der Prioritätenliste zur Müllentsorgung, ganz oben angesiedelt. Detailliert und sehr engagiert erläuterte Pape die Funktionsweise einer Deponie, die nach dem aktuellsten Stand der Wissenschaft betrieben wird. Mit vielen neuen Erkenntnissen und tief beeindruckt von dem aufwändigen Verfahren zur Mülleinbringung in eine Deponie, verließen die Teilnehmer den Vortragssaal. Ein abschließender

Rundgang über das Areal der Deponie vervollständigte den Gesamteindruck.

Aber auch der Austausch unter den Mitgliedern des GKS Kreises kam nicht zu kurz. Ein traditioneller Kegelaabend rundete den Tag ab. Hierbei darf es nicht unerwähnt bleiben, dass ein Wanderpokal, gestiftet durch den ehemaligen Militärpfarrer Mlak, erstmalig nach neun Jahren, durch den Vorsitzenden errungen wurde. Der letzte Tag des Wochenendes startete mit einem gemeinsamen Spaziergang, auf dem die Themen der Vorträge noch einmal Revue passierten. Pünktlich zum Gottesdienst fanden sich alle Teilnehmer in der hauseigenen Kapelle ein. Alle Teilnehmer waren sich einig, das Wochenende war ein Kompaktangebot an Bildung, bei der Zeiten zur Besinnung und der Begegnung, nicht zu kurz kamen. □

(Text und Foto: Gerhard Pape)

GKS-Bereich West

Reales Familienleben versus virtuelles Leben

Familienwerkwoche des Bereiches West

Wie in den vergangenen Jahren sollte auch im Jahr 2012 die Familienwerkwoche wieder der Höhepunkt der Aktivitäten im Bereich West werden. Mit dem Haus Falkau direkt am Fuße des Feldberges im Naturpark Schwarzwald gelegen, hatte sich das Organisationsteam unter Leitung des Bereichsvorsitzenden Albert Hecht für einen bisher noch unbekanntenen Durchführungsort entschieden. Insgesamt 14 Familien erwartete in der ersten Woche der Herbstferien ein volles Programm, das wieder auf den Säulen Bildung – Besinnung – Begegnung basierend aufgebaut war. Das Thema „Reales Familienleben versus virtuelles Leben – wie finde ich eine gesunde Balance?“ war ganz bewusst gewählt, schlug es doch einen Bogen zum Jahresthema der GKS West „Einen neuen Aufbruch wagen“. Wie kann ich als Familie die Reize der virtuellen Welt nutzen, ohne dabei das klassische Familienleben komplett zu verändern, sollte eine der Fragen sein, auf die die Teilnehmer im Laufe der Woche eine Antwort finden sollten. Dass christliche Regeln und Vorgaben hier teilweise sehr gute Hilfestellungen bieten können, war eine Erkenntnis, die von vielen bisher so noch nicht gesehen wurde.

Einen gelungenen Einstieg in die thematische Arbeit schaffte die obligatorische Vorstellungsrunde am Sonntagabend, in deren Verlauf auch die Referenten des Computerprojektes Köln die Inhalte der nächsten Tage vorstellten. Anschließend bestand für die 56 Teilnehmer die Möglichkeit zum persönlichen Kennenlernen. Die Vermittlung von Grundlagen für die Erwachsenen war dann am Montag der eigentliche Startschuss für die Werkwoche. So wurden die gängigsten sozialen Netzwerke mit ihren Vor- und Nachteilen vorgestellt und den Teilnehmern die Möglichkeit zur Darstellung der eigenen Erfahrungen gegeben. Hier

war bereits recht schnell feststellbar, dass die Nutzung der Netzwerke in vielen Familien immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen ist. „Oft ist es für uns Eltern sehr schwierig, unseren Kindern deutlich zu machen, welche Gefahr ein zu sorgloser Umgang mit dem Internet mit sich



Bild 1: Ein Schwarzwald Ranger (links) führt die Besuchergruppe durch das Haus der Natur

bringt.“, so ein Teilnehmer. Wie hier gemeinsam als Familie Lösungen gefunden werden können, war Thema der zweiten Arbeitseinheit des Vormittags. Hier stellten die Referenten die unterschiedlichen Möglichkeiten vor, die bereits durch die richtige Wahl der Sicherheitseinstellungen bestehen. „Man kann mit kleinen Dingen eine wesentliche Reduzierung der Risiken erreichen, ohne hierbei die Kinder und Jugendlichen zu sehr einzuschränken“ so Referent Torben Köhring. Am zweiten Vormittag galt es, sich dem Thema Cybermobbing anzunähern. Mit drastischen Bildern und Aussagen machten die Referenten den Eltern deutlich, dass die Grenze zwischen lustig gemeinten Einträgen im Internet und Mobbing fließend ist. „Was der eine als Spaß empfindet, setzt dem anderen bereits so zu, dass er sich in seiner Freiheit eingeschränkt sieht.“ fasste Daniel Heinz die Problematik zusammen. Trotzdem sollten Eltern ihren Kindern aber auch vertrauen, da ständige Kontrolle das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern mehr belastet als es hilft. „Kinder die wissen, dass ihre Eltern ihnen auch beim Umgang mit dem Internet vertrauen, suchen bei Schwierigkeiten auch schneller die Hilfe ihrer Eltern.“, berichtete Heinz aus seinen Erfahrungen als Medienpädagoge. „Oft ist es jedoch nicht einfach, sich aus den Fängen des Mobbings zu befreien. Externe Hilfsangebote können hier wertvolle Hilfe leisten“ so Heinz weiter. Um dies den Eltern auch an praktischen Beispielen deutlich zu machen, stellten die Referenten einige Anlaufstellen für Opfer von Mobbing vor.

Standen für die Jugendlichen in den vergangenen Jahren noch keine thematischen Arbeitseinheiten auf dem Programm, beschritt man bei dieser Werkwoche auch hier neue Wege. So fand zwar am Vormittag die auf die unterschiedlichen Altersgruppen abgestimmte Betreuung durch das qualifizierte Betreuungspersonal statt, am Nachmittag galt es jedoch auch für die jüngere Generation sich ganz praktisch mit dem Thema der Werkwoche zu beschäftigen. Hierfür hatte sich das Team der Referenten vorgenommen,

die Jugendlichen spielerisch mit den Gefahren des Internets vertraut zu machen. So sollten in mehreren Gruppen Ideen entwickelt werden, welche Gefahren es im und um das Internet für den Einzelnen gibt und wie diese in einem Video dargestellt werden können. Nach anfänglichem Zögern waren dann auch alle mit großem Eifer dabei und entwickelten viele gute Ideen, die dann in ein Drehbuch verwandelt wurden. Bei der Umsetzung des Drehbuches in einen Kurzfilm waren die Fähigkeiten aller Jugendlichen gefragt. So galt es, neben der schauspielerischen Leistung auch den Umgang mit Kamera und Bildbearbeitungsprogrammen zu erlernen. Es entstanden fünf Videos und ein Hörspiel, deren Qualität mancher professionellen Dokumentation nicht nachstand. Den Eltern wurden diese Ergebnisse im Rahmen einer gemeinsamen Einheit am Mittwoch vorgestellt. Die Überraschungen, die dabei erlebt wurden, standen den Eltern förmlich ins Gesicht geschrieben. „Wir wussten überhaupt nicht, welche bisher ungeahnten Fähigkeiten in unseren Kindern schlummern.“, fasst ein überraschtes Elternpaar seine Eindrücke zusammen.

Neben dem Bildungsaspekt wurde den teilnehmenden Familien aber auch die zeitliche Möglichkeit geboten, die nähere Umgebung des Veranstaltungsorts zu erkunden. Ein erster gemeinsamer Ausflug führte die Familien zum Baumkronenweg in Waldkirch. Hier konnten auch die kleinsten Teilnehmer über die angelegten Holzsteige bis in die Kronen hoher Schwarzwaldbäume vordringen, um dort viele Dinge zu sehen, die ansonsten im Verborgenen bleiben. Ein Klettergarten und die längste Röhrenrutschbahn in Europa rundeten das Angebot ab, sodass auch die Mutigsten auf ihre Kosten kamen. Die geplante gemeinsame Wanderung auf bzw. um den Feldberg musste aufgrund des strömenden Regens leider ausfallen. Mit dem Besuch des Hauses der Natur an der Basisstation des Feldberges,



Bild 2: Die Jugendlichen unterstützten den Militärpfarrer Hubert Link während des Gottesdienstes

wurde jedoch eine sehr gute Alternative gefunden. Dort brachten unter dem Motto „Tiere und Natur zum Anfassen“ zwei Schwarzwald Ranger (Bild 1) insbesondere den Kindern die Region und deren Geschichte näher. Hierbei gab es einige interessante Entdeckungen zu machen, die auch bei den Erwachsenen so nicht immer bekannt waren.

Ganz traditionell wurde dann der Mittwochabend gestaltet. Ein Gottesdienst mit anschließendem festlichem

Abendessen waren auch in diesem Jahr vorgesehen. So wurde der Gottesdienst gemeinsam mit dem Standortpfarrer aus Müllheim, Militärfarrer Hubert Link, gefeiert, der seine Predigt unter die Thematik der Werkwoche stellte (Bild 2). Die musikalische Begleitung lag in den erfahrenen Händen von Markus Wolters, der auch wieder das eigens für die Werkwoche entworfene Liederheft zusammengestellt hatte. Als Neuerung fand das festliche Abendessen jedoch erstmals ohne Kinder statt. „Wir wollen den Eltern die Chance bieten, diesen Abend nur als Paar zu verleben.“, erklärte Albert Hecht die Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben.

Auch an den anderen Abenden der Woche stand die Begegnung im Vordergrund. So durfte das schon bei den Werkwochen des Bereiches West obligatorische Bingo-Spiel nicht fehlen. Hier ging mancher kleine Traum in Erfüllung und der angestrebte Gewinn konnte mit nach Hause genommen werden.

Die Abschlussrunde am Freitag, bei der alle Teilnehmer die Chance hatten, ihre Eindrücke der Woche darzustellen, bildete den Endpunkt der diesjährigen Familienwerkwoche, die im nächsten Jahr ihre Fortsetzung finden wird. □

(Text und Fotos: Andreas Quirin)

Kurznachrichten

Neues Gotteslob kommt im Advent 2013

Das neue katholische Gebet- und Gesangbuch für den deutschsprachigen Raum erscheint unter dem bekannten Namen „Gotteslob“ im Advent 2013. Die Bischofskonferenzen aus Deutschland und Österreich sowie der Bischof von Bozen-Brixen haben inzwischen ihr Einverständnis für die Drucklegung erteilt.

Der Würzburger Bischof Dr. Friedhelm Hofmann, Vorsitzender der Unterkommission Gemeinsames Gebet- und Gesangbuch der Deutschen Bischofskonferenz, meinte dazu: „Ich freue mich sehr, dass wir nach zehn Jahren intensiver Arbeit endlich in die Zielgerade einmünden. Jetzt ist noch eine einjährige Vorbereitungsphase bis zum offiziellen Start des neuen Gotteslobs notwendig. Nur so lässt sich sicherstellen, dass wir tatsächlich termingerecht ausliefern können und es nicht zu Engpässen kommt. Die Herstellung verlangt eine logistische Meisterleistung. Jede Woche müssen bis zu 75.000 Exemplare fertiggestellt werden, etwa 3.000 Tonnen Papier sind bereits bestellt.“ Jetzt habe man ein Ergebnis erreicht, das sich sehen lassen könne, erklärte der Bischof: „Das Buch könnte man als eine Art ‚Proviantpaket‘ fürs Glaubensleben bezeichnen. Es bietet konkrete Anregungen für das persönliche und gemeinsame Gebet zu Hause, es gibt Hilfen zur Glaubensvertiefung und es macht eine reiche Auswahl wichtiger Gebete und Lieder – alter und neuer – zugänglich.“ Das Gotteslob werde ein fester Begleiter durch die Feier der Liturgie sein und in den Gemeinden sicher gute Resonanz finden. Auch habe die römische Kongregation für den Gottesdienst und die Sakramentenordnung für die in

der Liturgie verwendeten Gesänge ihre Erlaubnis (Recognitio) gegeben.

Zum besonderen Wert des künftigen Gebet- und Gesangbuches sagte Bischof Hofmann: „Das neue Gotteslob ist völlig neu konzipiert. Dennoch tritt es, im Sinn einer Kontinuität, die Nachfolge des über Jahrzehnte bewährten Gotteslobs an. Mit ihm teilt es nicht nur den Namen, sondern fünfzig Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil auch den Anspruch, den Gläubigen etwas Gültiges zeitgemäß an die Hand zu geben: zum Lob Gottes und zum Heil der Menschen.“

Das Konzept und die Inhalte für das neue Gotteslob haben Bischöfe, Berater und rund 100 Experten aus den Bereichen Liturgie, Kirchenmusik, Pastoral, Biblexegese, Dogmatik und Spiritualität erarbeitet. Umfragen und Erprobungsphasen haben den Entstehungsprozess begleitet. Das Gotteslob wird zentral in der Katholischen Bibelanstalt Stuttgart herausgegeben. Die Höhe der Erstauflage von 3,6 Millionen Exemplaren wurde anhand der bisherigen Vorbestellungen ermittelt. Mit Blick auf die Wiedergabe des „pro multis“ in den Wandlungsworten erläuterte Bischof Hofmann: „In letzter Zeit war die Übersetzung der Kelchwandlungsworte immer wieder einmal Thema. Der Heilige Vater hat in dieser Sache nun eine Klärung herbeigeführt, und das soll auch im Gotteslob zum Ausdruck kommen, auch wenn für die Zelebration natürlich das aktuelle Messbuch gilt.“ Vor der Veröffentlichung im Advent 2013 werde es vielfältige, auch mediale Gelegenheiten geben, das neue Gebet- und Gesangbuch vorab kennen zu lernen. □ (ZENIT)



Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge



2013 Allg. Termine u. Bundesebene

19.01.	Vorstand Katholikenrat, Berlin
19.01.	geschäftsführender Bundesvorstand, Berlin
19.01.	Empfang Militärgeneralvikar, KMBA
08.03. – 10.03.	GKS Bundesvorstand, Kloster Arenberg
24. – 28.04.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
22. – 28.05.	55. Lourdeswallfahrt
29.05. – 02.06.	Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
07.06. – 09.06.	Vorstand Katholikenrat, Hamminkeln
28.06. – 30.06.	GKS Bundesvorstand, Fulda
29.07. – 03.08.	Int. Jugendwoche der AKS
14.09.	Vorkonferenz zur Woche der Begegnung
15.09. – 20.09.	53. Woche der Begegnung, Berlin
16. – 20.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
24.10. – 28.10.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
04. – 08.11.	GKS-Akademie Oberst Korn, Fulda
08. – 09.11.	Vorstand Katholikenrat, Berlin
16. – 17.11.	GKS Bundesvorstand, Bonn
29.11.	Verwaltungsrat

GKS-Sachausschüsse

SA „Innere Führung“

Bei Redaktionsschluss keine Termine bekannt

SA „Sicherheit und Frieden“

15.02.	Sitzung in Bonn
12.04.	Sitzung in Bonn
12. – 14.07.	Sitzung in Berlin (mit IF)
25.10.	Sitzung in Bonn

SA „Internationaler Sachausschuss“

Bei Redaktionsschluss keine Termine bekannt

Vorschau 2014

14. – 18.05.	56. Int. Soldatenwallfahrt nach Lourdes
14. – 18.05.	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
28.05. – 01.06.	99. Katholikentag, Regensburg „mit Christus Brücken bauen“
02. – 07.07.	Seminar 3. Lebensphase, Fulda
15. – 19.10	Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

Bereichs- / Arbeitskonferenzen / Familienwochenenden

KMiD Kiel / GKS Nord / Küste

15.03. – 17.03. Erkner

KMiD Erfurt (Berlin) / GKS Mitte

15.03. – 17.03. Erkner

KMiD Mainz / GKS West

14.02. – 15.02. wird noch bekannt gegeben

27.09. – 29.09. wird noch bekannt gegeben

KMiD München / GKS Süd

08.03. – 10.03. Kloster Roggenburg

11.10. – 13.10. Ferienhaus Lambach

Arb.Konf. Bereich Ausland

19.04. – 23.04. El Paso (Texas)

Regionale Zuständigkeit der Katholischen Militärdekanate

KMiD Kiel: Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Dienststellen im Bereich des Flottenkommandos

KMiD Mainz: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

KMiD München: Bayern, Baden-Württemberg

KMiD Erfurt: Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **DAK** – Dekanatsarbeitskonferenz im Bereich....., **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **KMiD** – Kath. Militärdekanat, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **KR** – Katholikenrat beim Militärbischof, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen
Druck: MVG Medienproduktion
Boxgraben 73, 52064 Aachen
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843